

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (setzgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumerando: 1 Mark 50 Pfg., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 25. August 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Rosafenkurs und Harakiri.

Man schreibt uns:

Der „Vorwärts“ hat schon wieder ein ganz gräßliches Verbrechen begangen, indem er ein von deutschen Behörden verübtes Unrecht ein Unrecht hieß, statt es, wie ein braver Staatsbürger immer thun soll, als den Inbegriff der Weisheit und Gerechtigkeit zu preisen. Der „Vorwärts“ war wirklich so schlecht, die Thatsache, daß der von japanischen Schlagschiffen geschlagene und verfolgte russische Kreuzer „Kowit“ in Tsingtau Zuflucht fand und sich sogar Kohlen einnehmen durfte, um dann wieder in See zu gehen, klipp und klar einen Neutralitätsbruch zu nennen. Ebenso benannte er das weitere Faktum, daß andre russische Kriegsschiffe, die sich ebenfalls nach Tsingtau geflüchtet, aber wegen Habarien feuntüchtig waren, nicht sofort desarmiert wurden und die Besatzung nicht der Internierung verfiel. Am 11. August waren sie eingelaufen und erst nach vier Tagen wurden sie entwaffnet! Der „Vorwärts“ war weiter so froh, durch ein Citat zu beweisen, daß der Igl. preussische Professor für Völkerrecht Lütz die nämliche Ansicht hat wie er. Angesichts dieser himmelschreienden Sünden ist es selbstverständlich, daß die gutgesinnte Presse über den „Vorwärts“ herfiel wie ein Hundel Wölfe über einen einsamen Wanderer und dabei ihre moralische Verkommenheit, der das Recht nicht ein absoluter, sondern ein von höherem Befehl oder vom Profit diktiert Begriff ist, in glänzendem Licht zeigte. Die bekannte gefällige Dame vom Rhein, die „Kölnische Zeitung“ gab sogar folgendes ungläubliche Blech aus den ruffischen „Wirschewija Wjedomosti“ wohlgefällig wieder: „Unsere Schiffe Gastsfreundschaft gewährend und sie gegen Ueberfälle der Japaner schützend thut Deutschland nur, was an seiner Stelle auch jede andre europäische Macht thun würde.“ Für Deutschland wie für jede andre Macht ist es wichtig, daß der Krieg bis zu seinem Ende ein Zweikampf zwischen Rußland und Japan bleibe. Das muß im Auge behalten werden bei der Beurteilung der Meldung, daß die deutschen Behörden in Tsingtau ihre Aufgabe ernst nahmen und alle Maßnahmen trafen, welche die Beobachtung strengster Neutralität erfordert. Das ist alles, was wir von einem benachbarten und befreundeten Land erwarten können, dessen Politik die Interessen des allgemeinen Friedens hochstelle. Sollten sich Leute finden, die wegen der unferen Schiffe gewährten Gastsfreundschaft lärm schlagen, und Deutschlands Neutralität verdächtigen wollen, so können wir ihnen schon heute ein ruhiges, auf bestehenden Gesetzen und Traditionen basiertes Gutachten eines der besten Kenner des Seerechtes vorhalten. Von kompetentester und zweifellos autoritativer Seite (!) wird uns geschrieben: Wenn unsere Kreuzer, die nach Tsingtau gingen, irgend welche Beschädigungen erhalten haben, so kann ihnen eine befreundete Macht ohne Verletzung der Neutralität alle Mittel zu ihrer Ausstattung anbieten. Wedürfen unsere Schiffe der Docks und Hafenerkstätten, so wird kein Hafen-Kommandeur und kein Gouverneur einer Kolonie sie fortreiben, und er wird im Einvernehmen mit unsren Schiffskommandeuren die Frist zur Ausbesserung der Beschädigungen festsetzen.

Zunächst ist sehr bedauerlich, daß das russische Blatt, die kompetenteste und zweifellos autoritative Seite, die obige Anschauungen entwickelt, nicht nennt. Ist es vielleicht der russische Marineminister? Auf jeden Fall ist sie ein Gewächs Rußlands, wie ja aus den Worten „unsre Kreuzer“ hervorgeht. Es ist also „strengste Neutralität“, wenn eine neutrale Macht einem geschlagenen und verfolgten Kreuzer die Einnahme von Kohlen ermöglicht, damit er seine Flucht fortsetzen kann. Daß mit einer solchen „Neutralität“ die andre kriegsführende Macht schwer geschädigt wird, weil ihr dabei eine nahezu sichere Deute entgeht, ist natürlich Nebensache. Die „autoritative Seite“ verlangt aber noch mehr: Eine „neutrale“ Macht soll geschlagene feuntüchtige Kriegsschiffe, die zu ihr geflohen sind, sogar ausbessern lassen, damit sie nach Beendigung der Reparaturen wieder munter auf dem Plan erscheinen können. Es fehlt nur noch, daß die „Neutralen“ ihnen auch die Munition ergänzen müssen. Man muß wirklich staunen, wie human der Kaiser, der kaltblütig Transportschiffe mit Hunderten von Menschen versenkte und sich gegen neutrale Schiffe mit Rosafenmäßiger Unverschämtheit benahm, geworden ist, nachdem er in der Tinte sibt. Wie blödsinnig das Gewächs der „autoritativen“ Seite ist, erweist sich sofort, wenn man es auf einen deutsch-französischen Seekrieg oder auf den Landkrieg überhaupt anwendet. Gesezt, die deutsche Marine trägt in der Nordsee einen großen Sieg über die französische davon. Ein Teil der letzteren erleidet so schwere Habarien, daß er einen französischen Kriegshafen nicht mehr erreichen kann. Vernünftigerweise gäbe es für ihn nur zwei Möglichkeiten: entweder würde er in holländische oder belgische Häfen fliehen und dort entwaffnet werden oder er fielen den deutschen Verfolgern in die Hände. Auf jeden Fall würden diese französischen Schiffe für die Dauer des Krieges unschädlich werden. Nach der Anschauung der russischen „autoritativen Seite“ aber, die der „Kölnischen Zeitung“ so ausnehmend gut gefällt, könnten die französischen Schiffe in holländischen und belgischen Häfen ruhig und sicher ausgebessert werden, um später von neuem gegen das Deutsche Reich zu sechten. Nehmen wir weiter an, daß es der deutschen Marine in unserer supponierten Seeschlacht gelungen ist, einen Teil der französischen Kriegsschiffe vom Rückwege nach Frankreich abzu- drängen. Nach den Regeln des gesunden Menschenverstandes müßten die Schiffe in den englischen oder schottischen Häfen, die sie viel-

leicht erreichen würden, desarmiert werden. Hat aber die „autoritative Seite“ recht und hat das Deutsche Reich mit seiner Begünstigung des russischen Kreuzers „Kowit“ dem Völkerrecht entsprechend gehandelt, so können die Franzosen in den bewachten Häfen Kohlen einnehmen und dann um die Nordspitze Großbritanniens herum bergnügt heimwärts dampfen. Das Verhalten der deutschen Behörden in Tsingtau gegen den Kreuzer „Kowit“ bedeutet also ein Präjudiz, das sich am Deutschen Reich blutig rächen kann. Ebenso können die von der „Kölnischen Zeitung“ reproduzierten russischen Karretieren Deutschland noch sehr gefährlich werden. So kommt man mit der Ablegeri des Rosafenstiefels bis zum Harakiri.

Wenden wir die Expektorationen der „autoritativen Seite“ auf den Landkrieg an. Gesezt, eine Schlacht spielt sich in nächster Nähe der Grenze eines neutralen Staates ab, wie dies zum Beispiel bei Sedan der Fall war. Nach der Praxis, die die deutsche Obrigkeit beim „Kowit“ entwickelt und die die „autoritative Seite“ vertritt, könnte der geschlagene Teil gar nichts Besseres thun, als auf das neutrale Gebiet überzutreten, wenn es ihm irgendwie möglich wäre. Mit demselben Recht, mit dem das Deutsche Reich dem russischen Kreuzer „Kowit“ Kohlen einnehmen ließ, könnte ein neutraler Staat einer geschlagenen Armee Gelegenheit zur Ruhe und Ergänzung des Proviants gewähren, ja nach den Principien der „autoritativen Seite“ müßte er ihr sogar erlauben, den Schaden an den Geschützen auszubessern und die verlorenen Pferde zu ersetzen. Und der siegreiche Gegner hätte an der Grenze unterthänigst Halt zu machen und die feindliche Armee in ihrer Erholung nicht zu stören! Es ist hier am Plage, an eine Stelle des deutschen Befehls zur Schlacht von Sedan zu erinnern. Hier heißt es, daß der auf belgisches Gebiet übertretenden Franzosen sofort dahin zu folgen ist, wenn sie nicht sogleich entwaffnet würden.

Diese gewiß vollkommen berechtigte Anordnung zeigt, daß die Japaner nur nach preussischem Vorbild gehandelt hätten, wenn sie den russischen Schiffen, die in Tsingtau nicht sofort, sondern erst nach vier Tagen entwaffnet wurden, in den Häfen gefolgt wären und sie hier vernichtet hätten.

Man sieht, daß das Vorgehen der deutschen Behörden vom kriegerischen Standpunkt aus einfach widersinnig war und nach Umständen eines Tages einem Gegner Deutschlands sehr angenehme Dienste leisten kann. Namentlich die saubere Geschichte mit dem „Kowit“ kann der deutschen Marine angesichts der Thatsache, daß die Nordsee an verschiedene Länder grenzt, einmal sehr fatal werden.

Uebrigens legen die besprochenen Ereignisse auch die „Genialität“ der deutschen Diplomatie dar. Zuerst wird der König von England nach Kiel geholt, er wird mit Festlichkeiten halbtot gemacht, um die englische Freundschaft zu erwerben, und einige Wochen später reizt man die Engländer durch einen offenkundigen Neutralitätsbruch zu Gunsten Rußlands. Außerdem ist man noch ganz unüthigerweise nach Japan und bringt ein Volk gegen sich auf, das noch eine große Rolle in der Weltgeschichte spielen wird.

Soweit unser Mitarbeiter. Die offiziöse und freiwillig offiziöse deutsche Presse hat sich nachträglich noch etwas Besonderes auf die „strenge“ Neutralität Deutschlands zugute gehen, die den „Cesarewitsch“ desarmiert“ habe. Nun, der „Cesarewitsch“ war derartig kampfunfähig, daß er nicht erst desarmiert werden brauchte! Den noch kampffähigen „Kowit“ ließ man aber entwischen. Deutsche Kohlen ermöglichten ihm die Flucht bis zur Insel Sachalin, wo ihm dann freilich sein Verhängnis in Gestalt japanischer Kreuzer ereilte!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. August.

Die Einheit der Reichspolizei.

Man sollte nicht mehr von partikularistischen Tendenzen reden. Die Einheit des Reiches ist fester denn je. Von der russischen Grenze an reichen sich alle deutschen Stämme brüderlich die Hände, sofern man nämlich als Vertreter der deutschen Stämme die — Polizisten gelten lassen will. Ein Reich — eine Polizei — eine Polizeiverordnung, das ist die unerlöschliche Einheit Deutschlands. In einem Polizeigewesam ist der deutsche Geist und die germanische Freiheit sorgsam behütet, in einer Fürsorge-Erziehung waltet die Obrigkeit über Ausländer, Rebellen und sonstigen Vagabunden! Ja, das Reich der deutschen Polizei-Einheit ist sogar größer als die geographischen Grenzen: es fängt bereits in Rußland an.

Da spricht man von den wilden demokratischen Vaterländern im Reiche. Blätter wie die „Hamburger Nachrichten“ haben schon bisweilen förmliche Reichsrevolutionen gegen die „revolutionären“ Bundesstaaten verlangt. Welch kindliche Furcht! Einig sind sie, alle einig, nur einer ist Herr im Reiche: die russisch-germanische Polizei!

Als des Grafen Willows Herrlichkeit vor ein paar russischen Schnorrern und Verschwörern erzitterte, da wurden die aus Berlin Ausgewiesenen auch aus dem liberalen Baden und sogar aus dem preußenfeindlichen Bayern ganz preußisch ausgewiesen! Im Geiste der russischen Polizei bereichern sich alle, alle Vasallen Preußen zu sein.

Besonders verdächtig hat sich das „rote Großherzogtum“ bei unsren Preußen gemacht, allwo sogar der Landesvater mit einem Sozialdemokraten bei Tisch sibt. Wie viel empörte Demunziationen hat es wegen dieser Unkeiblichkeit schon geregnet! Man hat dem Großherzogtum wirklich Unrecht gethan. Es ist genau so preußisch-polizeistromm wie das heilige römische Reich sonst.

Schon daß bei der Maifeier des letzten Jahres in Mainz den Parteigenossen die Stadthalle versagt wurde, weil gerade eine Brücke in Gegenwart des Kaisers eingeweiht wurde, zeigte, wie „zuverlässig“ auch das Großherzogtum ist.

Heute wird uns nun aus Offenbach telegraphiert: Das heffische Ministerium hat dem Einberufer der Versammlung in Offenbach mitgeteilt, daß Fernerstorfer ausgewiesen würde, wenn er den Versuch machen sollte, die Versammlung in Hessen zu besuchen. Als Grund wird angegeben: Fernerstorfers demonstratives Verhalten in der Frankfurter Versammlung und sein Brief an den Reichskanzler. Eine Offenbacher oder sonst heffische Versammlung mit Fernerstorfer als Redner wäre jetzt eine unzulässige Demonstration gegen einen befreundeten Bundesstaat.

Wo auch das Großherzogtum beweist seine Freundschaft für Preußen dadurch, daß es seine Polizeipolitik nachahmt. Von der Notwendigkeit, durch diese Einheit in der polizeilichen Auffassung die Reichstreue zu betätigen, hat sich offenbar die heffische Regierung erst neuerdings überzeugen lassen.

Als in der Demagogiezeit die Universtät Jena als Hauptherd der national gefinnnen, für die Einheit Deutschlands kämpfenden Jugend von den Agenten Wetternichs denunziert wurde, als der Jar den Herzog Karl August von Sachsen-Weimar, Goethes Freund, Vorstellungen wegen der Begünstigung der Revolution machte, ba stellte sich Karl August gänzlich taub und lehnte ein Einschreiten gegen die Professoren seines Ländchens ab.

Das war eben damals deutsche Herrlichkeit! Heute ist die deutsche Einheit vollendet und heute haben deshalb — ein paar Tage vor dem Verbot der heffischen Regierung — der König von Preußen mit dem roten Großherzog die vollständige Uebereinstimmung ihrer Ansichten bekunden können.

Der Klassenkampf in der Junkermonarchie.

Es ist wahr: wir sind etwas gestitteter wie die wilden Republikaner in Amerika oder Frankreich; Pinfertons und Miliz, Infanterie, Kavallerie und Artillerie werden bei uns gemeinlich nicht mobil gemacht gegen streikende Arbeiter.

Auf das Konto des Kapitalismus und Militarismus ist diese Gestittung jedoch nicht zu schreiben. Der Monarchismus bündigt die Ausbeutungs- und Herrschaftsgelüste des Kapitals nicht. Ganz allein den deutschen Arbeitern selber ist es zuzuschreiben, wenn sie nicht bei jedem größeren Streik mit Bajonetten und blauen Wöhen Bekanntschaft machen. Die deutschen Arbeiter sind im allgemeinen so wohldisciplinirt und so lug — ein wenig angeborene Polizeifrommigkeit läuft wohl auch mit unter — daß sie sich meist davor hüten, Gelegenheit zu Schiebversuchen zu geben.

Dennoch sind auch die Kämpfe der deutschen Arbeiter nicht ganz ohne solche Beispiele. Bei dem großen Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier im Mai 1889 wurde Militär gegen die Streikenden aufgeboden und fünf Tote und neun Verwundete düngten mit ihrem Blute das Schlachtfeld des Klassenkampfes in der Junkermonarchie. Daran reichen sich eine ganze Anzahl Fälle an, daß, wenn auch nicht durch Soldaten, so doch durch Polizisten undisciplinirte Arbeiter zu Paaren getrieben und niedergehäßelt wurden. Im großen Straßenbohrerstreik in Berlin arbeitete der Polizeifäßel gegen das mit den Streikenden sympathisierende Publikum. Bei dem Bauarbeiterstreik in Colmar im Elsaß im Frühjahr 1903 verwundete die Polizei eine ganze Anzahl Streikender. Militär wurde aufgeboden bei dem gleichzeitigen Bauarbeiterstreik in Bromberg, und auch da that der Polizeifäßel blutige Arbeit. Soldaten als Arbeitstwillige auf den Plätzen streikender Arbeiter sind keine seltene Erscheinung. In dem Riesenlampe der Crimmitschauer Weber ist es einzig und allein der Besonnenheit der Arbeiter zu danken gewesen, daß kein Blut geflossen ist. Hätten undisciplinirte Klassen oder hehblütige Romanen an Stelle der Crimmitschauer Weber gestanden: kein Monarchismus hätte ein Blutbad verhindert.

Bei unsren Maifeiern, insbesondere bei der ersten, war an vielen Orten Deutschlands das Militär marschbereit, und reitende Militärpatrouillen begleiteten den Maiausflug der Dresdner Arbeiter im Jahre 1890, um bei dem geringsten Anlaß das bereitstehende Militär zum Einschreiten heranzulassen zu können.

Inzwischen arbeitet die trodene Guillotine. Eine kapitalverständig tiftelnde Rechtsprechung nimmt dem Säbel und der Plinte die blutige Arbeit ab und umgiebt die falsche Aufhebung des sogenannten Koalitionsrechtes mit dem Scheine des Rechtes. Die 80 Jahre Zuchthaus, die den Waldenburger Bergarbeitern im Jahre 1889 die brutale Wirklichkeit des Klassenkampfes unter der Herrschaft des sozialen Adnigtaus zum Bewußtsein brachten, sind vielleicht dem Tagesgedächtnis etwas entschwunden. Daran aber reichen sich bis auf den heutigen Tag unzählige Jahre Zuchthaus- und Gefängnisstrafen über Arbeiter, die im Lohnlampe — nicht etwa die bestehenden Geseze berecht haben. Nichts weniger als das. So wie die deutschen Arbeiter in der Regel besonnen genug sind, sich nicht als Fleischscheibe vor die Kleinkalibrigen zu stellen, so suchen sie auch sonst ihre Lohnkämpfe im Rahmen der bestehenden Geseze zu führen. Aber die Gesezichte der deutschen Lohnkämpfe ist zugleich eine Gesezichte der deutschen Rechtsprechung, die alle festen Rechtsbegriffe auflöst und Schritt um Schritt dem Interesse des Kapitals folgt.

Was jüngst ein Rechtsanwält in einem Koalitionsprozeße gegen einen Arbeiter that und sagte: kein Richter könne sich ganz von seinen politischen Anschauungen frei machen, deshalb sei er der Meinung, der sozialdemokratische Schöffe hätte die Mitwirkung an dem Prozesse gegen den sozialdemokratischen Arbeiter von selbst ablehnen müssen. Das ist der Geist, der die deutsche Rechtsprechung kennzeichnet. Der sozialdemokratische Richter könnte der Gefahr erliegen, seinen angeklagten Parteigenossen schuldlos zu finden und das wäre gegen

den Geist der deutschen Rechtsprechung. So oft sich die deutschen Arbeiter in ihren Kämpfen einer neuen Rechtsauslegung anpassen, so oft paßt sich die Rechtsauslegung dem Kapitalinteresse an und macht zum Verbrechen, was gestern noch als zulässige Handlung galt.

Der Arbeiter, der mit Arbeitseinstellung droht für den Fall einer Nichtbewilligung einer Lohnzulage, wird als gemeiner Erpresser behandelt und ins Gefängnis geworfen. Der Streikende, der einen Streikbrecher schief ansieht, wird auf Wochen, Monate, Jahre eingesperrt. Der Streikbrecher geht für die größten Notheiten straflos aus; eingesperrt wird dafür der vom Streikbrecher mißhandelte Streikende. Daneben von Zeit zu Zeit einige Arbeiter als Weineidige ins Zuchthaus geworfen und zu Ehelosen gestempelt: das ist der Klassenkampf in der Junkermonarchie.

Das ist der einzige Unterschied zwischen dem Büten des Kapitalismus in demokratischen Ländern und dem im Reiche der frömmelnden Sozialreform: In der Republik, in demokratischen Ländern schlägt das Kapital mit brutaler Offenheit auf die kämpfenden Proletarier ein; es ist ihm nichts gelegen am Scheine des Rechts. Man denke von ihm, was man wolle, wenn es nur Herr der Masse bleibt und den Profit rettet. Bei uns dagegen ein elter Geist der Unerschlichkeit, der sich in den Mantel einer über den Klassen schwebenden höheren Gerechtigkeit hüllt und den Arbeiter glauben machen will, ihm sei recht geschehen, nur zu seinem Wohle werde er ins Zuchthaus gesteckt. Der Geist, der die Zuchthausvorlage geboren: „zum Schutze der Arbeitswilligen“, dieser Geist beherrscht das öffentliche Leben Deutschlands, in diesem Geiste fährt der Kapitalismus in der Monarchie den Klassenkampf.

Die Geschichte ist es, die die Klassenkämpfe in der Junkermonarchie vor den Klassenkämpfen in der Republik auszeichnet. Ein Vorzug, von dem wir nicht wissen, ob uns unsere Brüder in anderen Ländern darum beneiden.

Som südwestafrikanischen Kriegsschauplatz

Hi heute eine weitere Verlustliste eingegangen. Sie lautet:

Berlin, 21. August. Es fielen im Gefecht bei Omatupa am 18. August: Unteroffizier Viktor Schöder aus Vahn, Kreis Siegen, früher 2. Garde-Regiment, Reiter Otto Handrock aus Raumburg a. Saale, früher Regiment 71, Reiter Hermann Kämmler, früher Dragoner-Regiment 4, Gefreiter Wilhelm Mayer aus Jette bei Spremberg, früher Regiment 12.

Schwerverwundet: Oberleutnant Bischoff, früher Regiment 182, Schuß rechts Fuß, Unteroffizier Paul Kanitz, früher Dragoner-Regiment 2, Gefreiter Emil Wörbs, früher Pionier-Bataillon 5, Arm- und Hüftschuß.

Leichtverwundet: Lieutenant v. Maier, früher Regiment 115, Streifschuß linke Hand, Unteroffizier Oswald Standow, früher Regiment 96, Streifschuß Hals.

Im Gefecht bei Omatjatjewa am 13. August schwerverwundet Gefreiter Willers, früher Regiment 75, Schuß in den Kopf, Reiter Steinborn, früher Regiment 26, Schuß in die Schulter.

Leichtverwundet: Reiter Christoph, früher Grenadier-Regiment 1, Streifschuß.

Reiter Kruber, früher Eisenbahn-Regiment Nr. 3, erschoß sich am 19. Juli in Epuliro infolge Anfalls augenblicklicher Geistesstörung.

Zusammen also, außer dem Reiter Kruber, der Selbstmord beging, 4 Tote, 5 Schwere- und 3 Leichtverwundete.

Diese Verluste stammen aus den Zusammenstößen nach den Gefechten am Waterberg. Erschütterndste hat General Trotha die ihm jedenfalls telegraphisch übermittelte Kritik der deutschen Presse nunmehr beherzigt. Er meldet bei sämtlichen Personen die Namen. Die von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung behauptete technische Unmöglichkeit scheint bei einigem guten Willen nicht mehr vorhanden zu sein. Tadelswert ist nur, daß noch immer ein erheblicher Teil der durch die Gefechte am 10. und 11. August verurteilten Verlustliste aussteht!

Ferner werden heute zwei weitere Typhus-Todesfälle gemeldet. Gestorben sind der Reiter Friedrich Wilhelm Buchheim aus Ducherow und der Gefreite Johann Deichmann aus Rotenditold in Disfonda und Olesandja.

Nachdem erst vor einigen Tagen 1000 Mann Verstärkungstruppen nach Südwestafrika abgegangen sind, wird heute halbhoffnungslos gemeldet, daß ein neuer Truppentransport von 800 Mann am 30. d. M. nach Südwestafrika abgehen werde. Zugleich wird gemeldet, daß mit der Notwendigkeit gerechnet werde, die dienstfähigen Mannschaften etwa zwei Jahre lang in dem Schutzgebiet zu belassen.

Mit diesem neuesten Nachschub am 30. August dürften sich die Gefallenen und als invalide Heimgeschickten einbegreifen, jetzt ungefähr 10 000 Mann in Südwestafrika befinden. Und dies gewaltige Truppenaufgebot soll noch zwei Jahre lang in der Kolonie bleiben!

Ob die Kosten dieses traurigen, ökonomisch ganz ergebnislosen Feldzuges dann nicht noch 60 Millionen weit übersteigen werden? —

Das Gnadenmanifest des Zaren.

Nach Plehwe's Tod ist schon geraume Zeit vergangen, ein Nachfolger ist ihm bis jetzt noch nicht ernannt worden. Es hat sich vielleicht der eine oder andre naive Mensch im geheimen der Hoffnung hingegen, die Umgebung des Zaren sei durch die zahlreichen Schläge, die dem russischen Jarrismus in der letzten Zeit tagtäglich versetzt wurden, zu einer Besserung veranlaßt worden und das Interregnum sei vielleicht die vorsichtige Einleitung zu einer Umkehr. Wer so dachte, der wird von seinen Träumen nunmehr jäh aufgerüttelt, durch das Gnadenmanifest des Zaren, das heute der Telegraph verbreitet.

Plehwe ist tot, aber Plehwe's Geist schwebt über dem Zaren. Das Manifest mutet so an, als sei es Plehwe's Testament, das er dem Zaren in Erwartung seines unvermeidlichen gewaltigen Todes hinterlassen hat. Zu jeder Zeit verrät sich der reißende Wolf, der sich nur ungeschickt und plump mit einem Schafspelz umhüllt hat. Es klingt wie eine Wiederholung des verächtlichen Plehweischen Manifestes vom Februar des vorigen Jahres, das von der bürgerlichen Presse Deutschlands als die Einleitung eines konstitutionellen Regimes in Rußland bejubelt wurde, in der That aber einer der ersten Schritte zur Erdrosselung der spärlichen Semstwo-Selbstverwaltungrechte war.

Eine umfassende Würdigung des hinterlistigen Elaborats behaltem wir uns vor, bis sein Wortlaut vorliegt. Denn wir sind überzeugt, der Pferdesuß wird erst ganz zum Vorschein kommen, wenn wir das Manifest unverfälscht durch telegraphische Abklärung vor uns haben werden.

Aber eine kurze Würdigung soll schon jetzt zeigen, was das russische Volk noch nach Plehwe'schen Jarrismus zu erwarten hat. „Die Körperstrafe für die häuerliche Bevölkerung und die Soldaten soll aufgehoben werden, wo sie noch für wiederholte Pflichtverletzung zur Anwendung gelangte.“ Die Fassung des Telegramms ist so unklar, daß man nicht verstehen kann, ob die Körperstrafe bloß für Vergehen gegen das Strafgesetzbuch aufgehoben wird, ob sie aber als Mittel zur Eintreibung von Steuern und Zinsen (das war der häufigste Fall ihrer Anwendung) noch beibehalten wird. Von der Aufhebung des im Königsberger Prozeß vor Europa enthaltenen gefeimen Ufases, der mit Prügelstrafe Bauernrevolten bestraft, und von der Aufhebung der Prügelstrafe für revoltierende Gefängnisinsassen wird wohl im Manifest keine Rede sein. Die Dholensky und Wafis werden sicherlich noch ein weites Feld für ihre Verhätigung haben.

Die im Manifest verordnete Erlassung der Steuernückstände für die Bauern ist ja selbstverständlich nichts weiter als eine demagogische Umschreibung des Satzes: Wo nichts zu haben ist, hat der Kaiser sein Recht verloren. Der Finanzminister wird ja schon dafür sorgen, daß wo noch etwas zu haben sein wird, es durch eine Anlegung der Steuerfahne in einer neuen Weise sofort herausgepreßt wird. Eine Entwilligung des Parlaments braucht er ja in Rußland dazu nicht.

Der famose Satz: Politische Verbrechen, welche mindestens 15 Jahre vor der Geburt des Thronfolgers begangen wurden und bis zu diesem Tage unbekannt blieben, werden der Vergangenheit anheimgegeben, ist ja gewiß eine klassisch ullige Uebertragung des bekannten deutschen Sprichwortes über die Nürnberg, die keinen hängen, den sie nicht haben, ins Russische. Die politischen Verbrechen, die durch „gute Führung“ ausgezeichnet, nach Ablauf (!) ihrer Strafzeit (sic!) (und da magt unre molluskenhafte freisinnige Presse noch von Vergünstigungen für politische Sträflinge zu sprechen) den Wunsch haben, auf Fürsprache des Ministers ihre bürgerlichen Rechte wiederzuerhalten, werden gewiß an den Fingern einer Hand abzuzählen sein. Uebrigens steht für reuige Sünder schon jetzt der Weg zur Staatskrippe frei. Die enorme Majorität unserer Genossen aber wird noch wie vor alle Qualen der Jarenberfolgung im stolzen Bewußtsein ertragen, daß es ihre Aufgabe ist, bürgerliche Rechte für sich selbst und für ihr Volk im unablässigen — selbst im russischen Gefängnis und in der Verbannung nicht aufgehenden — Kampfe zu erobern.

Und so geht der freche Hohn im „Gnadenmanifest“ weiter. Es lohnt sich kaum zu erwähnen, daß auch die Juden und Finnländer in ähnlicher Weise durch „Gnade“ verhöht werden: Die Familien jüdischer Deserture sollen nicht mit Geldstrafen bedacht, den militärsüchtigen Finnländern soll die Rückkehr erlaubt werden, die Rückkehr in die — Hölle!

Fürwahr, sieht man sich das Manifest genauer an, so muß man allerdings sagen: das kann doch wohl nicht Plehwe vor seinem Tode geschrieben haben, denn Plehwe's frecher Eynismus ist hier noch übertrumpft. Und um diesen Gipfelpunkt eines rohesten Eynismus zu erklimmen, war Plehwe doch . . . zu klug.

Umso besser für das russische Volk — die Zahl der Dummen, die auf das neue Manifest reinfallen werden, wird doch erheblich zurückbleiben gegenüber denen, die möglicherweise noch durch das Plehwe'sche dilpiert waren. Und die Zahl derer, denen es die Augen öffnen wird, wird gewiß nicht gering sein.

Das das neue Manifest dem russischen Volke giebt, haben wir kurz gestreift. Doch nun wollen wir sehen, was es ihm beläßt: es bleibt die willkürliche Geseheschaffung durch eine kleine, den Monarchen beherrschende Clique; es besteht nach wie vor keine Pressefreiheit, keine Versammlungsfreiheit, keine Koalitionsfreiheit; es bleiben die Ausnahmeseetze gegen die Finnländer und Juden, es bleibt willkürliche Verfügung einer kleinen Clique über die Freiheit, das Leben, das Hab und Gut des Volkes.

Und es bleibt auch die Empörung der vorgeschrittensten Elemente des Volkes gegen diese Schandwirtschaft; sie bleibt nicht nur, sie ist in unaufhörlichem Steigen begriffen, und wir wollen hoffen, daß der Tag nicht allzu lange auf sich warten läßt, wo sie sie in Trümmer zer schlagen wird.

Am Mittwoch ist unter gigantischem Pomp die Taufe des Hetman aller Kosaken erfolgt. Auf alle Träger des zaristischen Schems haben sich durch die Huld des Säuglings hohe Orden ergossen: Es fehlen nur — wehe dem undankbaren Rußland! — die Wiktor, Schönstedt und die Königsberger Jarenshäger! —

Deutsches Reich.

Der deutsch-rumänische Handelsvertrag soll, wie verlautet, in kürzester Zeit zum Abschluß gelangen. Ein rumänisches Blatt, das nahe Beziehungen zu der dortigen Regierung hat, hebt hervor, daß die Verhandlungen voraussichtlich ein günstiges Ende nehmen würden, da Deutschland die Meistbegünstigungsklausel bewilligt, durch die Rumänien in die Lage versetzt werde, von den Vorteilen Nutzen zu ziehen, die Rußland für seine Viehaufzucht erhalten habe. „Danach scheint es“, fügt die „Deutsche Tageszeitung“ der Nachricht hinzu, „festzustehen und international bekannt geworden zu sein, daß Rußland gewisse Zugeständnisse für seine Vieheinfuhr erreicht hat. Welcher Art sie sind, ist freilich noch nicht bekannt; daß sie aber auf dem veterinären Gebiete liegen, darf wohl angenommen werden. Sollte das der Fall sein, und sollten diese Zugeständnisse, wie man in Rumänien annimmt, durch die Meistbegünstigungsklausel auch den anderen Vertragsstaaten zufallen, so würden sie für die deutsche Landwirtschaft um so bedenklicher, und es würde um so fraglicher, ob die Vertreter der deutschen Landwirtschaft einem derartigen Handelsvertrage ihre Zustimmung geben könnten.“

Die letzte Aeußerung wiederholt nur, was das Blatt schon vor einigen Wochen erklärt hat, als bekannt wurde, daß Rußland günstigere Bedingungen für seine Vieheinfuhr in Deutschland erlangen habe. Im Grunde genommen sind die Agrarier recht froh, daß die russische Regierung sich zur Annahme der deutschen Getreide-Windestöße bequemt hat, und daher fest entschlossen, für die bisher vereinbarten Verträge mit Rußland, Belgien und Italien einzutreten. Derartige Bemerkungen, wie sie sich das Intelligenzblatt der Landwirte leistet, haben lediglich den Zweck, die Zustimmung zu den Verträgen als ein „Opfer der Landwirtschaft“ an das „Volk des Vaterlandes“ erscheinen zu lassen und zugleich die Viehquattreibenden Bauern darüber hinwegzuführen, daß das Interesse des getreideproduzierenden Großgrundbesitzes weit höher steht, als das der häuerlichen Viehhüchter.

Die liberale Presse kommt denn auch immer mehr zur Erkenntnis, daß die Industrie zu Gunsten der Landwirtschaft in den neuen Handelsverträgen benachteiligt wird. Dennoch ist zweifellos, daß sowohl die Nationalliberalen als auch die Freisinnigen Richter-ger Couleur für jeden von der Regierung dem Reichstage vorgelegten Handelsvertrag stimmen werden, wie er auch aussehen mag. Die „Wagheb. Bl.“ warnt bereits die Nationalliberalen, an eine Opposition gegen die Verträge zu denken. „Es wäre einfältig“, meint sie, „zu vergessen, daß die Regierung materiell die Entscheidung in der Hand hat. Dadurch, daß sie den Termin für das Inkrafttreten des neuen Zolltarifes bestimmen kann, daß von ihr auch die Entscheidung über die Kündigung der alten Verträge abhängt, und dadurch, daß sie dem Verlangen der Agrarier, beides baldmöglichst zu vollziehen, widerstanden hat, hat sie schweres Ansehen von den deutschen Wirtschaftsverhältnissen abwehren können. Für diesen Gang der Dinge müssen Freihändler Dankbarkeit empfinden, denn ihre eigene Stärke reicht entfernt nicht aus, um zu verhindern, was sie so sehr fürchteten. Sie, die Regierung, hält auch das Gros der Rechten in ihrer Gewalt, sodaß sie den neuen Handelsverträgen zustimmen muß, trotz der stürmischen Anzugsfreiheit der extremen Agrarier, weil nicht alle ihre Wünsche erfüllt sind. Sie kann zu ihnen sagen: Bringt Ihr die Handelsverträge zu Fall, so bekommt Ihr gar nichts, denn dann sehen wir den neuen Tarif nicht in der Kraft und Ländigen die alten Verträge nicht. Nun lehrt sich die Sache aber auch gegen die Linke. Kann sich diese denn auch nur einen Augenblick im Ernst darüber täuschen, daß die Regierung auch sie in der Hand hat? Bringt Ihr die Handelsverträge zu Fall, so sehen wir den neuen Zolltarif in Kraft und kündigen die alten Verträge.“ Dann kommen für den Freihändler nicht Salomons Ruten, sondern Nebabams's Storpione. —
Edt nationalliberal.

Katholikentag. Die debattierten Verhandlungen von Regensburg haben am Dienstag und Mittwoch ihre Fortsetzung gefunden. In der zweiten geschlossenen Versammlung ward u. a. über die Lage der Katholiken in Berlin verhandelt, die Wachen als eine „Diaspora (Verfremdung) elendester Art“ und als schwerkgefährdet durch das „terroristische Auftreten der Sozialdemokratie“ bezeichnete. Erzpriester Franz bewunderte das Beispiel des Freiherrn v. Pirchard und empfahl sein System als leuchtendes Vorbild. — In der zweiten öffentlichen Versammlung monologisierte Professor Schnärer aus Freiburg (Schweiz) über „katholische Wissenschaft“, wobei er behauptete, daß es zwischen Glauben und Wissen keine Disharmonie gäbe, aber versuchte, daß die unfehlbare Kirche als letzte Instanz über Wahrheit oder Unrichtigkeit wissenschaftlicher Behauptungen entscheide. Ein Schriftsteller Guy v. Perri sprach über Belletristik und mußte anerkennen, daß der „Naturalismus“ Jolas, Tolstoj's und Zbiens eine Weiterentwicklung der Litteratur bedeute. Dr. Barth (Straßburg) toastete auf die Centrumspreffe, deren Leiter würdig seien, Ministerfessel zu zieren (was ja schwerlich lange ausbleiben kann), und klagte über das „undeutsche Blut“ in der Journalistik. Den Hauptkläger bildete aber eine Rede des Prälaten Dr. Schäbler über die Schulfrage. Er verdamnte die Simultanische als die Erfindung des „großen Schläfers Danton“ und einer Zeit, in der „die Köpfe von Königen über das Pflaster dahinstrollen“. Auch das alte Argument vom natürlichen Erziehungsrecht der Eltern mußte zur Begründung kirchlicher Schulpflichten dienen, obwohl ja bei dem heutigen Stand der Dinge ein ungeheurer großer Teil der Eltern sich die Erziehung der Kinder durch die Kirche hoflich verbitten würde. Aber die Eltern haben ja das erste Recht auf die Kinder nur nächst „Gott“, und „Gott“ ist in diesem Falle die Schule, wie sie Schäbler wünscht und zwar nicht bloß für die Volksschüler, sondern auch für die Mittel- und Hochschüler.

Ernstere Beachtung als dieses uralte Gerede verdient der Jahresbericht des Volksvereins für das katholische Deutschland, den Generaldirektor Pieper erstattete. Der Volksverein zählte Ende Juni 1903 insgesamt 300 000 Mitglieder, Ende Juni 1904 rund 400 000 Mitglieder. Davon kamen auf Rheinland 137 892, Hessen-Rassau 19 701, Westfalen 91 621, Hannover 20 328, Schleswig-Holstein 1090, Provinz Sachsen 3298, Brandenburg 4111, Pommern 27, Westpreußen 384, Ostpreußen 316, Posen 53, Schlesien 22 623, Hohenzollern 1067, Bayern rechts des Rheins 10 084, links des Rheins (Pfalz) 8291, Württemberg 27 933, Königreich Sachsen 4986, Baden 17 853, Hessen-Darmstadt 4156, Sachsen-Weimar 470, Mecklenburg 269, Oldenburg 3907, Braunschweig 441, Anhalt 214, Lippe-Deimold 200, Danzig-Bremen-Lübeck 2210, Elsaß-Lothringen 28 341. Den bedeutungsvollsten Zuwachs erfuhr der Volksverein in Elsaß-Lothringen, wo er um 12 500 Mitglieder zunahm. Im Rheinland wuchs die Mitgliederzahl um 27 900, in Westfalen um 14 600, in Hessen-Rassau um 8100 und Brandenburg um 3600.

Der Centralstelle wurden in dem Berichtsjahre 1707 Volksvereinsversammlungen gemeldet; insgesamt sind über 1900 Volksversammlungen abgehalten. — In dem Berichtsjahre wurden wiederum eine Reihe neuer Schriften und aller Schriften in erweiterter Auflage herausgegeben. Insgesamt wurden 6,9 Millionen Druckschriften verhandelt.

Die schwarzen Leibgardisten der protestantischen Monarchie sind also nicht faul, und ihre fieberhafte Thätigkeit wird der Socialdemokratie zum starken Ansporn dienen.

Am Mittwoch gab es nach einer Reliquienprozession in geschlossener Versammlung Verhandlungen über sociale Fragen. Man nahm Resolutionen an über Bauernvereine und ländliche Genossenschaften, geschlichen Schuß für Kaufmannschaft und Handwerk, Zusammenschluß der Privatbeamten und die Förderung katholischer Arbeitervereine und Arbeitersekretariate.

Auch eine leibhaftige Prinzessin aus königlichem Hause, die fromme Gemahlin des bayerischen Prinzen Ludwig Ferdinand, nimmt seit Mittwoch an der Centrumsparade Teil. Kaiser, Papst und Prinzregent haben telegraphiert. Sie alle haben am 51. Katholikentag Freude und wünschen ihm guten Fortgang seiner Verhandlungen. —

Der Kaiser hat an den Katholikentag ein sehr freundliches Telegramm gerichtet; man hebt hervor, daß er zum erstenmal persönlich, nicht durch Lucasius an den Centrums-Kongreß telegraphiert hat.

Mirbach-Akten. Zur Affaire Mirbach-Wittgenstein teilt die Dortmund „Tremonia“ jetzt den Wortlaut der verschiedenen Gerichtsentscheidungen mit, durch welche die Pfleger zur Rechnungslegung an den Prinzen Friedrich zu Sann-Wittgenstein, über die während dessen Minderjährigkeit geführte Pfliegenschaft und Vermögensverwaltung verurteilt worden sind. Das erste Urteil, welches das Dortmunder Landgericht am 16. Mai 1899 fällte, verurteilte die Pfleger, Oberhofmeister Febr. v. Mirbach, Flügeladjutanten Febr. v. Doiningen gen. v. Guene und Minister Gentic (damals Präsidenten der hiesig. Fürstentumskammer) vorbehaltlos zur Rechnungslegung und Herausgabe des in ihrem Besitz oder ihrer Verwaltung befindlichen Vermögens. Dies Urteil wurde vom Oberlandesgericht Hamm bestätigt. Hiernach erfolgte die bekannte Eitierung des Prinzen nach Berlin in das Wilhelmskabinett, wo er angewiesen wurde, „daß er sich sofort zu einem „Berliner Hotel zu begeben und sich mit den Pflegern zu einigen habe“, und der Prinz ließ sich dann am 28. September 1899 zur Unterscheidung eines Reverses bewegen, worin es hieß, „daß ihm Rechnung gelegt sei, und daß er auf seine Ansprüche aus dem Urteil des Dortmunder Landgerichts verzichte, während eine Rechnungslegung thatsächlich nicht stattgefunden hatte. Als nun der Prinz nachher auf die Vollstreckung des Urteils drang, weil er die Voraussetzungen jener Einigung nicht als erfüllt ansah, klagten nun die Pfleger auf Nichtzulässigkeit der Zwangsvollstreckung, wurden aber vom Landgericht Dortmund am 13. Oktober 1902 abgewiesen. Das dann angerufene Oberlandesgericht Hamm legte, wie schon bekannt, dem Prinzen zu Sann-Wittgenstein auf, zu bejahen, daß ihm von der Unterzeichnung des Reverses eine ihm vollständige, einheitlich gefasste Schlussrechnung des Rechtsanwalts Wailchade über sein mütterliches Vermögen nicht gelegt, in welches der Vermögensstand vom Beginn bis zur Beendigung der Pfliegenschaft vollständig dargestellt war, zweitens, daß er den Verzicht nicht unterschrieben habe, nachdem ihm Febr. v. Mirbach zugesagt hatte, daß ihm über sein mütterliches Vermögen Rechnung gelegt, dies von seinen Pflegern herausgegeben, und daß die Ständeserhöhung seiner damaligen Braut zur Prinzessin vom Febr. v. Mirbach erwirkt werden solle. Wäre er diese Eide vollständig, so besagte das Urteil weiter, „oder den ersten Eid vollständig und den zweiten Eid auch nur in Ansehung einer der drei Bedingungen“, so solle die Abrechnung der Pfleger erfolgen, bei Nichtleistung des zweiten Eides in allen drei Bedingungen die Zwangsvollstreckung für unzulässig erklärt, bei Leistung nur des zweiten Eides (ganz oder teilweise) die Pfleger zur Rechnungslegung verpflichtet sein. Das Reichsgericht hob am 23. Juni 1904 das Urteil des Oberlandesgerichts Hamm auf und wies die Berufung gegen das Dortmunder Urteil zurück, womit es also bei diesem und damit bei der Zulässigkeit der Zwangsvollstreckung gegen die Pfleger sein Verwenden behält. Die „Tremonia“ hebt besonders hervor, daß auch nach dem Hammer Urteil der Prinz die Macht hatte, ob er den zweiten Eid ganz oder teilweise schwören wolle; es hätte zum Obliegen des Prinzen genügt, wenn er eine dieser Bedingungen bejahen hätte. Wenn der Prinz aber nicht gefasst worden, sondern auf den hat seines Rechtsbestandes Revision eingelegt hat, so sei dies nicht geschehen, weil der Prinz die Eide nicht vollständig hätte leisten können, sondern weil er in erster Instanz bereits ohne Eidesleistung obgesagt hatte und sein Rechtsbestand mit Recht der Meinung war, daß es auf die Eide nicht ankommen könne, sondern die Klage der Pfleger ohne weiteres abzuweisen sei.

Die Thatfache, daß civilrechtliche Streitigkeiten als militärdienstliche Angelegenheiten behandelt werden, wird dem Reichstag Gelegenheit geben, — in diesem Verfall des Mirbachsbandals zu beschäftigen.

Zum neuen Fall Krenberg.

Der Händler Groeneveld, der die Unthat des ehemaligen Unteroffiziers Kossak zur Anzeige brachte und dafür, nach der Darstellung des Herrn Herfurth in der „Kolonialen Zeitschrift“, von dem Keetmanshooper Gericht in ungläublicher Weise geschädigt wurde, befindet sich auf der Reise nach Deutschland, wo er seinen Fall zur weiteren gerichtlichen Verfolgung zu bringen gedenkt. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Hamburg geschrieben:

Groeneveld ist von Südwestafrika nach Hamburg unterwegs, um in Deutschland persönlich seine Rechte zu vertreten und die gegen ihn von seinen Gegnern erhobenen Beschuldigungen — es ist unter andern behauptet worden, er habe dem Kuffant der Bondelewards Vorstoß geleistet — als nachsichtige Machinationen darzutun. Die Angelegenheit wird schon deshalb zu einer eingehenden Untersuchung kommen müssen, weil Groeneveld Schadenersatzansprüche an die deutsche Regierung stellen will. Groeneveld hat in einer der vielen gegen ihn anhängig gemachten Prozeßsachen sechs Monate in Untersuchungshaft zubringen müssen, während ihn dann das Obergericht in Winful freisprach. Während der Zeit seiner Untersuchungshaft ist seine Farm fast vollständig zu Grunde gegangen. Das Keetmanshooper Gericht hatte ihm zwar gestattet, sich vor seiner Inhaftnahme einen Verwalter zu besorgen, aber es war Groeneveld nicht möglich, einen geeigneten Mann hierzu zu finden, so daß er auch materiell schwer geschädigt worden sei.

Es könnte ja sein, daß die Regierung es nicht erst zu einem Prozeß kommen läßt, sondern Groeneveld die von ihm beanspruchte Entschädigung nach dem Studium der Akten ohne weiteres gewährt.

Sollte das der Fall sein, so müßte die Öffentlichkeit dafür sorgen, daß über dem Fall Groeneveld der Fall Kossak nicht vergessen wird. Sollte sich die Regierung nicht veranlaßt fühlen, der Öffentlichkeit freiwillig Kenntnis von allen Einzelheiten des neuen Falles Krenberg zu geben, so müßte eventuell der Reichstag die skandalöse Affäre vor sein Forum ziehen! —

Material zum Kontraktbruchgesch! Aus Halle berichtet man und unterm 23. August: In einer Zeit, in der man den Vertragsbruch im preussischen Landtage noch mehr erschweren möchte, dürfte folgender schamlose Vorgang, der sich auf einem Gutshofe in Pflöbinitz abspielte und vor dem Schöffengericht feierlichste feierte, sehr interessant erscheinen. Das fünfzehnjährige Dienstmädchen Hoffmann, das bei dem Gutsherrn Dietrich in Stellung war, wurde wiederholt von Dietrichs vierundzwanzigjährigem Sohne in unzüchtlicher Weise belästigt. Ging das Mädchen in den Stall, dann war der Gutsherr vor ihr da, wollte es in die Scheune, dann hatte sich der ausdringliche Mensch schon vorher dorthin begeben.

Nachdem das Mädchen von D. nun auf Schritt und Tritt verfolgt, herumgedrückt und umhergezerrt worden war, meldete es die Sache ihrer Herrin. Es trat aber keine Abhilfe ein, und die Folge davon war, daß die Hoffmann von ihrem Vater aus dem Dienst genommen wurde, und — eine Anklage wegen unberechtigten Verlassens des Dienstes erhielt.

Der Amtsrichter glaubte dem Mädchen, daß es von dem Gutsherrn nicht in Ruhe gelassen worden ist, hielt aber das sofortige Verlassen des Dienstes nicht für gerechtfertigt. Das Mädchen hatte zunächst eine Strafverfügung über 15 M. erhalten, und der Amtsanwalt beantragte heute „nur auf einen Verweis“ zu erkennen. Die Schöffen scheinen dem Amtsrichter im Beratungszimmer eine bessere Ansicht beigebracht zu haben; denn die S. wurde freigesprochen, weil die Herrschaft das Mädchen vor un-erlaubten Zumutungen ihres Sohnes nicht geschützt hatte.

Marienburgener Mauerer und Berliner Bankier. Die Herren Romeid und Schulz weilen irgend wo in der Sommerfrische, und überlassen es ihren Verteidigern, den Verurteilungszug gegen das schwere Urteil, das sie getroffen hat, vorzubereiten. Nicht ganz so gut geht es den Marienburgern Maurern Boldt und Klau, die zu vier und drei Monaten Gefängnis verurteilt sind. Auch sie haben Berufung eingelegt; man hat sie aber in Haft behalten und sie damit in die Lage versetzt, durch Ergreifung des Rechtsmittels der Berufung ihre Ackerzeit auf das Doppelte oder Dreifache verlängern zu müssen. —

Verstorbene Majestätsbeleidigung. Unter dem Titel: „Der große König Patalale“ erschien im Anfang d. J. in einem Wiener Verlag ein aus dem Französischen übersehtes Buch, welches auch bei Berliner Buchhändlern Abzug fand. Es wurde bald beschlagnahmt, da sich herausstellte, daß es viele „verstorbene Beleidigungen gegen den deutschen Kaiser“ enthielt. Das Buch unterlag jetzt im Wege des objektiven Verfahrens einer Prüfung der ersten Rechtsinstanz, der Landgerichts I. Es gelangte bei verabschiedeten Thüren teilweise zur Verlesung, woraus dahin erkannt wurde, daß es einzuziehen und in allen vorhandenen Exemplaren zu vernichten sei.

Das Auge des Gesetzes sieht scharf genug, um auch die „verstorbene“ Majestätsbeleidigung herauszufinden. Das arglose Gemüt findet solchen Scharfblick unbegreiflich. —

Afrika.

Die marokkanischen Unruhen. Oran, 24. August. Der Präfident von Karokko schied, um 83 seiner Anhänger, die von dem Maid Hamada hingemordet worden waren, zu rächen, gegen letzteren eine Truppenabteilung. Diese wurde jedoch geschlagen und verlor zahlreiche Tote und Verwundete sowie eine Anzahl Pferde, Waffen und einen Teil des Gepäcks. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Ein neuer russischer Schiffsverlust.

Nach einer Depesche aus Tokio ist das russische Schlachtschiff „Swastopol“ gestern aus Port Arthur ausgelaufen und auf eine Mine gestoßen. Es legte sich stark auf die Steuerbordseite und wurde im Schlepptau in den Hafen bugsiert. Man nimmt an, daß die russische Flotte, schwer bedrängt durch die fortwährende Beschichtung, einen neuen verheerlichen Ausfall gemacht hat.

Tschifu, 24. August. Die Führer einer hier eingetroffenen Division, die in der Nacht vom 21. d. Mts. Kap Lautschan verlassen hat, berichten, es sei den Japanern gelungen, das Fort auf dem Tschauderge und ein andres, ungefähr eine halbe Meile südwestlich davon gelegenes Fort zu besetzen. Die Japaner hätten die Russen von dem Parabelfeld vertrieben und zwei Forts bei Tschautschankau innerhalb der östlich von Port Arthur gelegenen Befestigungen zerstört. In Port Arthur selbst sei kaum ein einziges Gebäude unbeschädigt. Das Rathaus und das Magazin seien zerstört. Vier große Schiffe seien kampfunfähig. Nur ein einziges habe noch Kanonen an Bord. Der teilweise Mißerfolg des japanischen Angriffs sei auf das fürchterliche Feuer der Forts und auf die große Anzahl der Minen zurückzuführen.

Zur Dedarmierung der geflüchteten russischen Schiffe.

Schanghai, 24. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die russischen Kriegsschiffe sind dem Befehl des Tzotai, abzurufen oder den Hafen zu verlassen, nicht nachgekommen. Der Vizekönig von Kantung weigert sich, ein chinesisches Geschwader zu senden. Eine gestern abgehaltene zweite Versammlung der Konsula ist ergebnislos verlaufen; der russische Konsul hat daran nicht teilgenommen. Der amerikanische Konsul erklärte, seine Regierung beabsichtige sich nur einzumischen, wenn der Schutz des amerikanischen Eigentums es verlange. Der englische Konsul entschied sich nicht, der Bitte des Tzotai zu entsprechen, den russischen Schiffen die Reparatur zu untersagen.

Washington, 24. August. Das Staatsparlament wurde benachrichtigt, daß das Waiwupu die Frist für die Reparatur der russischen Kriegsschiffe in Schanghai bis zum 28. d. Mts., mittags, verlängert habe.

Schanghai, 24. August. (Meldung der Agence Havas.) Man glaubt, daß auf dringende Vorstellungen des englischen Konsuls die russischen Kriegsschiffe „Asold“ und „Rosowoi“ abzurufen werden; die russische Admiralität soll dem Kriegsschiff „Diana“ ähnliche Weisungen erteilt haben; dasselbe werde in Saigon ebenfalls abzurufen.

Einzelheiten über den Kampf mit dem „Nowik“

ergeben, daß es sich um einen Einzelkampf zwischen „Nowik“ und „Tschuschima“ handelte. Nach einseitigem Kampfe zog sich der „Nowik“ nach Korsakow zurück, zwang aber die „Tschuschima“ durch einen Schuß in den Stoblenunter, sich zur Ausbesserung der erlittenen Schäden ebenfalls zurückzuziehen. Am nächsten Morgen fand die „Tschitose“ den „Nowik“ auf dem Strande hart auf der Seite liegend, zum Teil unter Wasser. Die „Tschitose“ beschloß nach eine Stunde lang den „Nowik“.

Das Vorgehen der russischen Flotte gegen die Handelschiffe

hat die englische Handelskammer veranlaßt, die Regierung zu weiteren, energischeren Protesten gegen Rußland zu drängen. Einige Schiffsfahrtsgeellschaften haben nämlich die Beförderung von Fracht nach Japan abgelehnt, weil sie bei der Unsicherheit des Beschlusses Kriegsfontenbände fürchten, von russischen Kriegsschiffen gelapet zu werden.

Ueber die Folgen des Sieges Japans

bringt die „Münchener Post“ Auslassungen eines hervorragenden Diplomaten, der lange einen großen europäischen Staat in Japan vertreten hat.

Dieser Diplomat ist der Ansicht, daß Japans Sieg sehr zu bedauern wäre, wenn sein Gegner nicht gerade Rußland wäre. Rußland sei die Niederlage in Ostasien zwar durchaus zu gönnen. Aber darum noch lange nicht Japan der Sieg.

In Japan herrsche trotz alles europäischen Kulturstrebens ein wütender Europäerhaß. Japaner, die Fremden anscheinend freundschaftlich begegneten, spuckten vor Ekel aus, wenn der Europäer gegangen sei. Der Mikado sei im Grunde seines Herzens ein Stod-Japaner der alten Schule. Der japanische Hochmut finde in der Religion eine Stütze.

„Die japanische Religion — der eigentliche Buddhismus ist wenig verbreitet — ist ein Kult der Nation, die sich selbst als die auserwählte anbetet. Die höchste Adoration genießt der Mikado, der direkt als „Gott“ verehrt wird.“

Neben sich läßt der Japaner allenfalls noch den Chinesen gelten, der ihm unendlich näher als der Europäer steht.

Von der westlichen Kultur trennt also die Japaner auch die Religion. Schwärmer hoffen, durch das siegende Christentum hier Abänderung zu schaffen. Das Christentum wird aber in Japan keinen Eingang finden, denn wenn der Japaner auch religiös indifferent genug ist, um selbst in der Religion scheinbar „europäisch“ werden zu können — falls ein Mikado es wünscht —, so hindert schon die Polygamie (Vielehe) diesen Wechsel. Der Japaner, als echter Asiate, wird der Polygamie treu bleiben, wenn auch die vornehmen Japaner, um als „voll“ in Europa genommen zu werden, offiziell monogam (einhelig) leben. Der Mittelstand und das Volk aber werden diese Konzeption nimmermehr machen.

Ein endgültiger Sieg der Japaner wird ein Sieg der Reaktionen sein, der Europäerhaß und die Verachtung des Westens werden rapid zunehmen und das scheinbar europäisch zivilisierte Land wird sich rüsten auf einen Kampf auf Leben und Tod gegen Europa.

Deshalb, so sehr gerade Rußland die Niederlagen verdient, weil es seiner Kultur aufgabe nicht gerecht geworden ist, so sind diese Niederlagen auch Niederlagen Europas überhaupt.

Heute zeigt sich der Ekel des Japaners vor dem Europäer darin, daß er behauptet — wie manche Antisemiten von den Juden —, den „schlechten Geruch“ der Westleute nicht ertragen zu können — und daß die vornehmsten Bordelle Japans den Europäern verschlossen bleiben.

In der Zukunft wird der Japaner den schlechten Geruch so penetrant finden, daß nicht nur die Vorbeste, sondern das ganze Land sich den Europäern verschließen wird.

Dann aber wird die Scheinkultur zusammenbrechen; gewiß, Militär und Verwaltung werden nach verfallenen Mustern fortgeführt werden, aber die finstere religiös-ethische und politische Reaktion wird in dem Reich der Christenbremen herrschen.

Die Folgen des ostasiatischen Krieges werden auf alle Fälle so bedeutende sein, daß es unter allen Umständen verlohnt, alle irgend beachtenswerten Urteile über das so interessante und rätselhafte Japan zu hören. Wir geben deshalb auch die Ansicht des Diplomaten der „Münchener Post“ wieder.

Freilich will es uns scheinen, als ob dies Urteil ziemlich oberflächlich sei.

Daß Japans Nationalitätsdünkel durch einen Sieg mächtig gesteigert werden würde, erscheint sehr glaubhaft. Aber ein solcher Nationalitätsdünkel existiert auch in Europa. Und was die „Adoration“ des Mikado anlangt, so wird sie bei den aufgellärten Japanern bisher nicht größer sein als bei den alten europäischen „Kulturstaaten“. So schlecht auch immer die japanische Verfassung sein mag, besser als der russische Absolutismus ist sie auf alle Fälle. Und hat nicht auch Deutschland noch bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts ein absolutistisches Regime besessen?!

Ueber religiöse Intoleranz in Japan läßt sich aber sicherlich nicht klagen, wenn wir durch den Artikel eines Japaners in der „Post“ erfahren, daß in Japan jetzt bereits 1333 christliche Geistliche mit 1027 Kirchen gezählt wurden!

Auch wir überschätzen den japanisch-europäischen Kulturstimm nicht. Aber gar so dünn kann er doch nicht sein, wenn wir u. a. erfahren, daß Japan 217 Mittelschulen, 52 Lehrerseminare, 233 technische Schulen, 2027 verschiedene Specialschulen, 26 856 Volksschulen mit 92 889 Lehrern und Lehrerinnen und 4 683 598 Schülern zählt. So etwas hat bisher in so kurzer Zeit noch kein Land diesen „Asiaten“ nachgemacht und wir sollten deshalb doch nicht allzu sehr über die „Scheinkultur“ dieser Nation die Nase rümpfen!

Wunderlich ist auch die Annahme, daß Japan sich nach einem Siege gegen Europa abspalten werde. Seine bisherige Handelsentwicklung läßt gerade auf die entgegengesetzte Annahme schließen. Und die Produktionsverhältnisse des Landes lassen auch einen Bruch mit der bisherigen Praxis gar nicht zu!

Daß es Sache des internationalen Proletariats ist, wie gegen jeden Krieg auch gegen den in Ostasien zu protestieren, ist selbstverständlich. Wenn es aber gilt, Betrachtungen über die Folgen eines Krieges, den wir nun einmal nicht zu vermeiden vermögen, anzustellen, so sollten wir unser Urteil durch ästhetische, moralische und nationale Schranken nicht trüben lassen. Japan hat bis jetzt eine so rapide Kulturentwicklung genommen, daß wir dieser intelligenten Nation auch für die Zukunft wohl vertrauen dürfen, daß sie in der ferneren Kulturentwicklung nicht hinter den europäischen „Kultur“-Nationen zurückbleiben wird.

Aus Industrie und Handel.

Ernteschätzung für Preußen. Die Centralstelle der preussischen Landwirtschaftskammern giebt auf Grund der amtlich bekanntgegebenen Anbauflächen für die diesjährige Ernte Preußens an

Körnerfrüchten nachstehende vorläufige Schätzung. Die Centralstelle bemerkt dazu, daß positive Ernteschätzungen in der Schätzung nur sehr wenig berücksichtigt werden konnten. Die Anbauflächen verstehen sich in Hektar, die Ernte ist in Tonnen angegeben. Die in Klammern eingeschlossenen Zahlen sind die entsprechenden des Vorjahres.

Winterweizen Anbaufläche 1 039 879 (870 317) Ertrag pro Hektar in Tonnen 1,93 (2,02) Ernte 2 200 965 (1 759 952). Sommerweizen Anbaufläche 95 671 (172 225) Ertrag pro Hektar 1,85 (2,30) Ernte 176 991 (396 751).

Winterroggen 4 589 642 (4 501 837) Ertrag pro Hektar 1,55 (1,61) Ernte 7 113 945 (7 236 328). Sommerroggen 60 618 (75 581) Ertrag pro Hektar 0,91 (1,02) Ernte 55 042 (77 337).

Sommergerste 870 250 (917 104) Ertrag pro Hektar 1,66 (2,00) Ernte 1 444 630 (1 833 557). Hafer 2 733 900 (2 815 351) Ertrag pro Hektar 1,81 (1,84) Ernte 4 401 724 (5 172 140).

Danach wird sich die Ernte von Weizen um ca. 10 Proz. höher stellen als im vorigen Jahre, die Gerste- und Hafenernte dagegen um 20 bezw. 15 Proz. niedriger, während die Roggenernte nur um ein Geringes gegen die des Vorjahres zurückbleibt. Doch haben diese ganzen Angaben der Centralstelle nur sehr geringen Wert. Die bisherigen Schätzungen der Centralstelle haben sich vielfach hinterher als recht ungenau herausgestellt, zudem aber giebt sie selbst an, daß positive Ernteschätzungen in der Schätzung nur sehr wenig berücksichtigt werden konnten. Es fehlt also völlig an der nötigen Grundlage für die vorgenommene Verrechnung. Die ganzen Angaben machen den Eindruck, als seien sie reichlich niedrig gehalten, um die Wirkung der guten Erntebereichte einiger konservativer Blätter auf die Preislage abzuschwächen.

Im Kampf um die Verstaatlichung der Hibernia hat nun wieder der Geh. Kommerzienrat Kirdorf das Wort ergriffen. Er erklärt das Möllersche Dementi in der „Korbb. Allg. Ztg.“ für nicht richtig. „Bestimmt muß ich“, schreibt er der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, „aufrecht halten, daß ich den Vorschlag gemacht habe, der Fiskus möge das Vetorecht bezüglich der Preisbestimmung fordern, und bestimmt erinnere ich mich, daß Oberbergshauptmann v. Belsen daraufhin auf eine bestimmte Person verwies, deren Zustimmung niemals zu erlangen sein werde. Daraufhin habe ich eben meine Zuerst ausgesprochen, trotz aller Schwierigkeiten ein solches Vetorecht durchzuführen. Daß es sich hierbei nur um eine persönliche Anregung gehandelt habe, und nicht um ein formelles, vom Vorstand des Kohlenyndikats angebotenes Vetorecht, ist zutreffend; jedoch wird dabei übersehen, daß bei allen Verhandlungen betreffs der Syndikatsverneuerung der Vorstand, die einzig vertretungsberechtigte Stelle, eine Erklärung nicht abzugeben hatte, sondern alle Vereinbarungen, die getroffen wurden, zu ihrer Gültigkeit erst der einstimmigen Zustimmung der Besenbesitzer-Versammlung bedurften.“

Jetzt hat wieder der lange Möller das Wort. Weit wichtiger als diese Streiterei darüber, inwieweit der Regierung ein Vetorecht angeboten worden ist, sind verschiedene Enthüllungen der „Frankfurter Zeitung“ über die Motive, die den Handelsminister zu seinem Verstaatlichungsplan bestimmt haben. Bereits in der Nr. 194 des „Vorwärts“ brachten wir eine Mitteilung der „Morgenpost“ zum Abdruck, daß Fürst von Dornberg, der Besitzer des Eisenwerks „Kraft“ in „Stragwied“ bei Stettin, sich an „hoher Stelle“ über das Kohlenyndikat beschwert habe und dadurch Herr Möller plötzlich zum Anhänger der Verstaatlichungsidee bekehrt worden sei. Diese Meldung wird jetzt der „Frankfurter Zeitung“ von einer „dem Syndikat und den Vorgängen nahestehenden Persönlichkeit“ bestätigt. Es heißt in der Zuschrift nach einer Darlegung des Streits zwischen dem Kohlenyndikat und dem Eisenwerk „Kraft“:

„Von diesem Zeitpunkt an fühlte der Herr Handelsminister Möller das Bedürfnis, in dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat Fuß zu fassen. Was die sachlichen Vorhaltungen des Herrn Geheimrat Kirdorf bei dem Herrn Handelsminister nicht vermocht hatten, war auf andre Weise erzielt worden. Die Meinungsänderung war da und das Gesamtministerium wollte nunmehr ins Syndikat.“

Der Herr Handelsminister Möller hat nach der vollbrachten Hibernia-That den Herren Kirdorf und Vergat Behrens erklärt, daß er sich in „Kotwehr“ gegen die auschweifenden Pläne zweier rheinischer Industrieller befunden habe. Der Handelsminister hat sich dabei eine sehr gründliche Verächtung gefallen lassen müssen bezüglich Behauptungen über Aktienbesitz usw. an der in erster Linie schuldigen Gesellschaften Bergwerks-Aktien-Gesellschaft. Diese Verächtung hat ihn nicht gehindert, dieselben Behauptungen dem Herrn Generalsekretär Bued zu wiederholen und ihm außerdem zu erklären, daß der maßlose Widerstand gegen die Hibernia-Verstaatlichung die Staatsregierung veranlassen könne, nun auch andre Objekte anzugreifen. Drei Tage nach dieser Erklärung veröffentlichte die „Köln. Ztg.“ eine Erklärung der Regierung, wonach bestimmt nur die Verstaatlichung von Hibernia in Aussicht genommen sei.

Vergegenwärtigt man sich nun, daß die angeblich auschweifenden Pläne der beiden Industriellen nie zur Kenntnis der Regierung gekommen sein können, weil keine Regierungsorgane Ankauf gewünscht oder erhalten haben, vergegenwärtigt man sich weiter, daß es viel angenehmer nach außen ist, für eine Wundlung als Grund einen fremden Sündenbock und nicht einen sanften Druck von oben zu haben, so wird man leicht die wahre Sachlage erkennen. In den Kreisen der rheinisch-westfälischen Industrie ist man der Ansicht, daß die ganze Hibernia-Aktion die Folge eines Druckes von oben ist. Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat hat die berechtigten heimischen Interessen vertreten, hat aber an höchster Stelle nicht das Ohr, wie sein Gegner.

Bestätigt sich diese durchaus wahrscheinliche Meldung, dann sind es nicht die Trustpläne der Thyssen und Konforten, auch nicht die allgemeine Preispolitik und der monopolistische Charakter des Kohlenyndikats, sondern lediglich die etwas höheren Preise, welche das Eisenwerk „Kraft“ für westfälische Kohlen hat zahlen müssen, die Herrn Möller zu dem Versuch bestimmt haben, mittels Verstaatlichung der Hibernia sich jenen Einfluß auf das Kohlenyndikat zu verschaffen, den er früher umsonst hätte haben können. Die vielen eigenartigen Praktiken, die sich in den Jahren 1900/02 das Kohlenyndikat geleistet hat, haben bei Herrn Möller durchaus keine Bedenken gegen das Kohlenyndikat erregt, aber daß dem Fürsten Dornberg die Kohlenpreise ein wenig erhöht worden sind, das stachelte ihn zu kuriozen Verstaatlichungsplänen auf, die er dann mit Hilfe des Herrn Eugen Gutmann in der möglichst ungeschicktesten Weise auszuführen unternimmt. Daraus ergibt sich auch, was das ganze offiziöse Gerübel von der Notwendigkeit eines größeren Einflusses der Regierung auf das Kohlenyndikat wert ist: nämlich nichts. Mögen die Konservativen sich durch dieses Gerübel zu einer Aenderung ihrer Haltung gegenüber dem Möllerschen Verstaatlichungsplan bestimmen lassen; uns ist es, so lange Leute wie Möller, Rheinbaben usw. in der Regierung sitzen, keinen Pfifferling wert. Will die Regierung den sogenannten „Ausführungen“ der Syndikats- und Kartelle entgegenzutreten, dann bietet dazu die Gesetzgebung weit bessere und gründlichere Mittel, als die Erwerbung der Hibernia.

Der amtliche bayrische Saatensstandsbericht für Mitte August hebt hervor, daß die langanhaltende Dürre das Wachstum der Pflanzen empfindlich geschädigt hat, namentlich in Mittel- und Oberfranken und ganz besonders in der Oberpfalz. Die Getreide-Ernte ist größtenteils beendet. Das Ernte-Ergebnis für Wintergetreide ist gut, für Sommergetreide weniger günstig, immerhin ist es im allgemeinen nicht gering. Futterpflanzen stehen schlecht, Klee spärlich. Die Grummeternte ver-

Nicht nur geringen Ertrag. In einigen Gegenden herrscht Mangel an Grünfütter. Trockene Wiesen sind völlig ausgebrannt. In mehreren Gegenden, namentlich der Oberpfalz, ist Futtermittel eingetreten. Die Durchschnittszahlen sind für Winterweizen 2,00, Sommerweizen 2,00, Winterroggen 1,74, Wintergerste 1,87, Sommergerste 2,19, Sommerweizen 2,11, Hafer 2,53, Raps 1,95, Kartoffeln 2,57, Acker 3,42, Luzerne 2,99, Wiesen 3,49, Tabak 2,32, Hopfen 2,69, Wein 1,49. (1 bedeutet sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering.)

Gewerkchaftliches.

Krokolidschranen.

Der „Kreuz-Zeitung“ scheint es verwunderlich, daß wir in unserer Sonntagsnummer des denkwürdigen Grimmitzhauer Kampfes gedenken und die damals vom Kapital strupellos auf die Straße geworfenen Proletarier als Helden feiern. Dem Junkerblatt erscheint es unschicklich, daß auch die Erinnerung an eine Niederlage den Betroffenen als ein Ruhmesblatt in ihrer Geschichte erscheinen könnte. Man pflege gemeinlich schwere Niederlagen nicht festlich zu begehen und die Führer, die sich blamiert haben, nicht mit Ruhmeskränzen zu beehren.

Wir würden an Stelle der „Kreuz-Zeitung“ allerdings ebenfalls die preussischen Junker nicht preisen, die seiner Zeit ihr Vaterland verrieten, Festung auf Festung in die Hände des Erbfeindes fallen ließen und die Truppen von Niederlage zu Niederlage führten. Es giebt aber einen Kampf aus jüngerer Zeit, den Voerenkrieg, der ebenfalls mit einer Niederlage endete und bei dem doch nur die Unterlegenen nicht die Sieger, von aller Welt mit Ehren genannt werden.

Auch Helden können eine Schlacht verlieren! —

Es ist charakteristisch, daß dem Junkerblatt an dem großen Kampfe nichts anderes imponiert als die Summen, mit denen das deutsche Proletariat in selbstverständlicher Pflichterfüllung den kämpfenden Arbeitern an die Seite trat. Da heißt es:

„Es ist allerdings staunenswert, daß in der Zeit von etwa sechs Wochen über eine Million Mark zusammengebracht worden ist; aber man sieht daraus wieder nur, über welche finanziellen Hilfsquellen die Socialdemokratie verfügt. Das beste Geschäft dabei hat der Textilarbeiter-Verband gemacht, der bei Ausbruch des Streiks nur über 14 951 M. verfügte. Nach der im Mai d. J. erfolgten Abrechnung hat der Verband nämlich während der Ausstandsmonate eine Einnahme von 1 151 148 M. gehabt, aber an Kriegskosten nur 780 948 M. verbraucht. Mitin ist zu seinem Gunsten ein Reingewinn von rund 420 000 M. übrig geblieben. Man sieht also, daß ein solcher Streik für die socialdemokratische Klasse recht vorteilhaft sein kann, während freilich die in den Ausstand getriebenen Arbeiter darben und ihre Existenz auf das Spiel setzen müssen.“

Als der Kampf tobte, hat die „Kreuz-Zeitung“ mit dem übrigen Preßklingel zusammen wader gehetzt, daß die Grimmitzhauer Textilarbeiter eine nicht dem Wunsch der Ausgesperrten willfährten und ihnen unter Bewilligung des Zehnstundentages die Fabrikthore öffnen mögen. Kein Wort des Mitleids fand sie mit den auf die Straße geworfenen Arbeitern, sondern lästete strupellos — wie auch jetzt noch — die Ausperrung in einen Ausstand um.

Jetzt, wo der Kampf vorbei ist, heuchelt sie ein Mitgefühl mit den (durch wen?) in den Ausstand getriebenen Arbeitern, das sie nie gehabt hat. — Die Textilarbeiter bedanken sich für die Krokolidschranen der „Kreuz-Zeitungs“-Leute; ihnen ist die thatkräftige Hilfe der Socialdemokratie lieber! —

Im übrigen: Wo sind die Siegesfanfaren des Central-Verbandes der Industriellen, die der Socialdemokratie eine Niederlage bereiten wollten, an die sie noch lange denken soll? Der Textilarbeiter-Verband steht stärker und gefestigter da als er vor dem Kampfe war. Die Grimmitzhauer Textilarbeiter können in Wahrheit sagen: „Noch ein solcher Sieg, und wir sind verloren!“

Berlin und Umgegend.

Streik und Ausperrung der Formner.

Wie in der gestrigen Formnerversammlung mitgeteilt wurde, beläuft sich die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten auf 1498. Eine weitere Anzahl hat in räumlicher Obergrenze Beschäftigung gefunden; abtrünnig geworden ist bisher noch kein Mann. Der Geist unter den Formnern ist nach wie vor ein durchaus zuverlässiger. — Den einzelnen Kühnemannsfirmen sind nunmehr sämtlich die Forderungen der Formner zur Unterschrift vorgelegt worden. Die Kommissionen wurden in den meisten Fällen von den Fabrikanten resp. Direktoren mit großer Juvorenlichkeit empfangen. Anerkannt oder unterschrieben hat die Forderungen jedoch niemand. Die Herren erklärten meistens, sie müßten erst die Anweisungen des Metall-Industriellen-Verbandes abwarten, ehe sie eine definitive Antwort geben könnten. Würden sie vorher unterschreiben, so müßten sie sich ja auch als Streikbrecher betrachten, und das könne doch kein Arbeiter von ihnen verlangen.

Dieses indirekte Eingeständnis, daß „Streikbrecher“ unter den Fabrikanten von diesen selbst als mit dem Makel der Ehrlosigkeit behaftet angesehen werden, sollten sich alle Arbeiter zur höchsten Lehre dienen lassen. Die Herren häßeln zwar die Streikbrecher unter den Arbeitern und schwören offiziell gerne von dem bedammenswerten Terrorismus Streikender gegen die lieben Arbeitwilligen, wenn diese von jenen an ihre Arbeiterrechte gemahnt werden, sie selbst aber erkennen innerlich die Verächtlichkeit und Ehrlosigkeit organisierter Arbeiter von der Würdlosigkeit und Ehrlosigkeit freibührender Elemente vollständig an und handeln selbst nach diesen Grundsätzen untereinander. Hieran müßten sich sämtliche Arbeiter ein Beispiel nehmen. Nach diesem Geständnis der Kühnemannsfirmen darf es keinen Arbeiter mehr geben, der sich zu Streikbrecherdiensten gebrauchen läßt, wenn anders er nicht seine Ehre selbst mit Füßen treten will. Und wohl gemerkt: Jeder Arbeiter müßte doch mindestens ebensoviel Massenerne in Liebe haben, wie die Kühnemannsfirmen.

Den Kommissionsmitgliedern wurde auch weiter gesagt, daß sie, die Fabrikanten, eine Verhandlung mit den Vertretern des Metallarbeiter-Verbandes nach wie vor ablehnen, ebenfalls ein Zusammenwirken mit denselben in einer Schlichtungskommission. Die Verhandlungsvertreter seien aufstrebende Leute, die nicht mehr im Berufe tätig sind, Agitatoren, Dabiler usw., und mit diesen sei ein Verhandeln unmöglich. Dagegen seien ihnen ihre eigenen Arbeiter stets willkommen (das heißt, wenn letztere die Organisation der Kühnemannsfirmen bedingungslos anerkennen). In der Versammlung wurde denn auch treffend erklärt, daß die Fabrikanten meistens selbst „aufstrebende Leute“ seien, die keine Ahnung von den Arbeitsverhältnissen in ihren Betrieben hätten, sich zu deren Regelung vielmehr bezahlte Werkleiter halten. Im Interesse der Fabrikanten liege es auch, nur mit „ihren“ Arbeitern zu verhandeln, weil sie diese dann meistens über Ohr haufen. Mit den Verbandsvertretern haben sie allerdings nicht so leichtes Spiel, denn diese sind vom Fabrikanten unabhängig und können nicht wegen energischer Wahrnehmung der Arbeiterinteressen von ihnen gemahregelt werden wie die „eigenen“ Arbeiter. Sind doch die Agitatoren, Dabiler usw. meistens nichts anderes als Leute, die früher wegen ihres freiwilligen Eintretens für die Interessen ihrer Arbeitskollegen von den Fabrikanten gemahregelt worden sind, worauf sie dann später sich selbst unabhängig gemacht haben oder von den Arbeitern in unabhängigen Stellungen gebracht wurden, damit sie auch ferner die Arbeiterinteressen den Fabrikanten gegenüber zu wahren im Stande sind. — Aus der Provinz laufen Tag für Tag Mitteilungen ein, daß Modelle zu Berliner Geharbeiten dort waggontweise eingeliefert

werden; auch Meister und Ingenieure werden von Berlin nach auswärts geschickt, um Anweisungen über die Herstellung dieser Arbeiten zu geben. Die Formner sind der Ueberzeugung, daß die Fabrikanten von der Ausperrung selbst einen ganz enormen Schaden haben; deshalb sind sie sich auch einig, so lange im Kampfe auszuharren, bis die Kühnemannsfirmen ihren starksinnigen Herrendienst auf finanziellen Rücksichten ein wenig abdämpfen.

Ueber die Ursachen des Streiks bei der Firma Pfaff läßt uns die Streikleitung der Bildhauer folgendes zugehen: Da vielfach unrichtige Darstellungen über die Ursachen des Streiks der Bildhauer bei der Firma J. C. Pfaff in Umlauf sind, sehen wir uns veranlaßt, dieselben einmal richtig zu stellen und darzulegen, daß der Kampf sich hauptsächlich um die Anerkennung der Organisation der Gehilfen dreht. Als am 1. Oktober vorigen Jahres ein neuer Bildhauer-Werksführer in das Geschäft trat, gab derselbe den dort beschäftigten Gehilfen die ehrenwörtliche Versicherung, bei Bedarf nur die Stellenvermittlung des Centralvereins zu benutzen, um jedoch nach kurzer Zeit diese nicht innezuhalten. Es wurde dieser Fall noch in Güte beigelegt und die ehrenwörtliche Erklärung von Seiten des Herrn Hoffmann nochmals erneuert. Die Kollegen, die nun eingestellt wurden, wurden auch vom Arbeitsnachweis des Centralvereins bezogen, und ist der Herr Hoffmann, seiner eigenen Aussage gemäß, stets gut bedient worden. — Leider ließ das persönliche Verhalten des genannten Herrn den Gehilfen gegenüber viel zu wünschen übrig und ist hierin eine der Hauptursachen zur Arbeitsniederlegung zu finden. Gleich zu Anfang seiner Thätigkeit führte er sich damit vorteilhaft ein, daß er bei zwei Kollegen den Wochenlohn um je neun Mark reduzierte. Einzelne seiner Maßnahmen waren direkt ungeschicklich und würden vor dem Gewerbegericht eine Probe kaum bestanden haben. In den neun Monaten seiner Thätigkeit brachte Herr Hoffmann es glücklich fertig, die Kollegen, von denen viele zehn bis fünfzehn Jahre bei der Firma thätig sind, so zu erbittern, daß es nur noch eines kleinen Anstoßes bedurfte, um den Stein ins Rollen zu bringen. Abermals brach Herr Hoffmann sein Wort, das er betreffs der Neueinstellung von Gehilfen gegeben. Als nun die Organisation vorstellig wurde, regelte Herr Hoffmann mit deren Vertretern die Frage zur allgemeinen Zufriedenheit und gelang auch sieben Kollegen, die im Gegenzug zu ihrer Leistungsfähigkeit zu niedrig entlohnt wurden, einen Lohnausgleich zu. Nach nicht 48 Stunden später waren die Verabredungen schon wieder durchbrochen, und am nächsten Jahrlag erhielten die Kollegen ihren alten Lohn. Auf eine Anfrage wurden sie in der Herrn Hoffmann eigenen verletzenden Weise aus dem Comptoir verwiesen. Provokierend wirkte dazu, daß am andern Morgen durch die Zeitung Bildhauer verlangt wurden. Auf diese Herausforderung erfolgte die Arbeitsniederlegung. Der Direktion wurde unter Klarstellung der Sachlage folgendes unterbreitet: 1. Das Verhalten des Werksführers den Bildhauern gegenüber ist zu rügen. 2. Den sieben Kollegen ist der verprochen Lohnausgleich auch auszuführen. 3. Auf Grund des gegebenen Ehrentwortes bei Bedarf von Bildhauern den Arbeitsnachweis des Centralvereins zu benutzen. — Ueber Punkt eins und zwei erfolgte eine Einigung. Auf Punkt drei eingegangen lehnte der Direktor ab, da Herr Hoffmann als untergeordneter Beamter gar kein Recht habe, sein Ehrentwort zu verpfänden. — Bei einer früheren Angelegenheit bezeugte jedoch der Herr Direktor den Herrn Hoffmann als seinen Stellvertreter, dessen Anordnungen er jederzeit gutheißen würde. — Die Kollegen erklärten sich zur sofortigen Weiterarbeit bereit, wenn die Direktion Vertreter der Organisation empfangen und mit diesen den strittigen Punkt regeln wolle. Dem Resultat dieser Verhandlungen würden sie sich ohne weiteres fügen. Herr Direktor Winkel jedoch lehnte dieses ab, da er mit der Organisation nichts zu thun habe. Die Aeußerung bedeutet nun nichts anderes weiter als eine Nichtanerkennung der Organisation. Unter diesen Umständen konnte von einer Wiederaufnahme der Arbeit erst dann die Rede sein, wenn von Seiten der Streikleitung die Organisation anerkannt würde. — Dieses ist der Sachverhalt, und glauben die Streikenden in ihrem Kampf um die Anerkennung der Organisation der Unterjüngung sämtlicher organisierter Arbeiter sicher zu sein.

Der Ausstand der Schlauchmacher (Gummiarbeiter) in der Norddeutschen Gummi- und Guttaperchawaren-Fabrik vorm. Honobert u. Reimann Aktiengesellschaft am Tempelhofer Ufer wurde gestern mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter beendet. Die gemachten Abzüge sind rückgängig gemacht worden, nur soll die Accordarbeit nach einer Kartabelle (bisher nach Gewicht) angefertigt werden. Schlauchmacher, die in Arbeit treten wollen, werden jedoch erludt, den Betrieb bis auf weiteres noch zu meiden, bis die neue Tabelle auf ihre Brauchbarkeit geprüft ist. Anfragen sind an den Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter zu richten.

Achtung, Schuhmacher! In der Filzschuhfabrik von Schwegler, Rungestraße 18, haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Veranlassung dazu gaben eingetretene Lohnbesserungen und die Wahrgelung eines bereits lange Jahre bei der Firma beschäftigten Arbeiters. Am Ausstand beteiligt sind 17 Personen. Wir bitten den Bezug streng fernzuhalten.

Verein deutscher Schuhmacher.

Vom Verband der in den Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Berliner Laternenwärter sind vor einiger Zeit aus dem Verbands der städtischen Arbeiter ausgetreten und zwar wie seitens der damaligen Leitung der Sektion angegeben wurde, wegen der Erhöhung des Beitrages von 20 auf 25 Pf. Es ist inzwischen festgestellt worden, daß man der Mehrheit der Laternenwärter diesen Schritt damit erleichterte, daß man die Märchen verbreitete, die Arbeiter der englischen Wasenstellen wären auch ausgetreten und hätte der Hauptvorstand die Sterbunterstützung für einen verstorbenen Laternenwärter zu Unrecht verweigert. Um diesen Unterstellungen zu begegnen, wurde seitens der Organisation der ganz natürliche Versuch unternommen, die früheren langjährigen Mitglieder von der Sachlage in Kenntnis zu setzen. Zu diesem Zwecke unternahm es ein Mitglied unseres Verbandes, der früher als Laternenwärter selbst Vorsitzender dieser Sektion war, einige seiner Kollegen zu einer unverbindlichen Zusammenkunft einzuladen. Von diesem offen und frei ausgeführten Schritt unterrichtet, gestattete sich der Vorsitzende des jetzigen Vereins, ein gewisser Webermeister Koenig, an diesen folgendes offene Schreiben zu richten:

Herrn Wagner, hier.

Im Auftrage des Vorstandes des Vereins der städtischen Laternenwärter Berlins ersuchen wir Sie, Ihre verwerfliche Agitation gegen genannten Verein zu unterlassen, widrigenfalls dies für Sie von unangenehmen Folgen begleitet sein könnte.

Achtungsvoll

Verein der städtischen Laternenwärter Berlins.

E. Roenigk,

Frankfurter Allee 137.

Der letzte Satz zeigt so recht, was Geistes Kind dieser Führer einer Arbeitergruppe ist. Der Kollege Wagner ist Krankenkontrolleur der Berliner Betriebsklasse für städtische Arbeiter. Er unternimmt es, in seinen freien Stunden an seine früheren Berufskollegen heranzutreten, um durch die Schuld einiger Personen hervorgerufene Mißverständnisse beseitigen zu helfen. Das paßt dem Herrn Roenigk nicht in den Kram, fugs setzt er sich hin und schreibt eine Karte, in welcher er in unabweisbarer Weise droht, daß jener Schritt für die unangenehme Folgen haben werde, oder mit andern Worten, daß seine vorgelegte Behörde von dieser Thätigkeit Kenntnis erhalten solle.

Das Urteil über ein solches Gebaren überlassen wir der Öffentlichkeit.

Verband der Gemeinde-Arbeiter. Ortsverwaltung Berlin.

Bei der Firma Pfaff, Akkumulatoren-Werke Köpenick und Oberkornweide sind Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter streuen sich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit von 8 $\frac{1}{2}$ Stunden auf 10 Stunden. Vor allen Dingen ersuchen wir die Bleiditer usw. dem Betrieb fern zu bleiben. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Schnelle Sinnesänderung. In Haan bei Solingen sind sämtliche 35 Maurer, die dort überhaupt bei drei Unternehmern beschäftigt werden, zur Durchdringung der minimalen Forderungen einer Stundenlohnserhöhung von 44 Pf. sofort auf 46 Pf. und vom 1. April 1905 ab auf 48 Pf. in den Streit getreten. Die drei Unternehmer hatten sich schon auf dem Vergleichsweg mit den Arbeitern geeinigt. Allen Anschein nach sind sie aber nun scharf gemacht worden und haben die Forderung rundweg abgelehnt. Sie gehörten bis jetzt keinem Unternehmerverbande an.

Gerichts-Zeitung.

Einen erbitterten Kampf um sein Kind führt der Kaufmann Peter G. mit den Behörden. G. lebt in einer unglücklichen Ehe und er führt einen Scheidungsprozess. Er seinerseits bezichtigt seine Frau des Ehebruchs mit einem Baron, der bei ihr ein Zimmer gemietet hat, während sie ein ferneres Zusammenleben mit ihm verweigert, weil er eine Vorstrafe erlitten hat. Dies ist auch der Grund gewesen, daß das Gericht ihr das Erziehungsrecht über den einzigen aus der Ehe hervorgegangenen vierjährigen Knaben zugesprochen hat. G., der mit seiner ganzen Seele an dem Knaben hängt, hat seit dieser Zeit alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das Kind wieder in seine Gewalt zu bekommen. Er hat die höheren und höchsten Instanzen mit einer Menge Eingaben, Gesuchen und Beschwerden überschüttet und dabei haben seine Ausführungen bisweilen einen so scharfen Charakter angenommen, daß der Amtsrichter, der den ersten Beschluß fasste, sich beleidigt fühlte. In einer der Beschwerden behauptete G., daß der unehrenhafte Lebenswandel seiner Frau durch den ihr günstigen Beschluß geradezu unterstützt werde, in einem andern Schriftstück heißt es: „Die Macht und das Ansehen des Richters geht weiter als die kalte, unheilvolle Buchstabenweisheit des formgedrillten Richters.“ In verschiedenen Eingaben ließ der Verfasser durchblicken, daß er die Sache der Öffentlichkeit übergeben würde, wenn alle seine Anstrengungen ohne Erfolg blieben sollten. Daraus wurde gegen G. Anklage wegen Beleidigung und Bedrohung erhoben und gestern vor der ersten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I gegen ihn verhandelt. Der Angeklagte vertrat auch im Termin die Ansicht, daß ihm Unrecht geschehen sei; er bedauere es, wenn er in begrifflicher Erregung die Grenzen des Erlaubten überschritten habe.

Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten beider Strafthaten für überführt und beantragte gegen ihn einen Monat Gefängnis. Der Verteidiger, Justizrat Stern, nahm für den Angeklagten den Schutz des § 193 Str.-G.-B. in Anspruch, bestritt das Vorliegen einer Bedrohung und plädierte infolgedessen auf Freisprechung.

Der Gerichtshof hielt nicht eine Bedrohung, wohl aber eine wiederholte Beleidigung für vorliegend und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 500 M.

In der Maske eines „Kollporteurs“ hat der Klempner Joseph Bospuch, der gestern der Ferienstrafkammer vorgeführt wurde, leichte Gelegenheit zu Einbruchsdiebstählen gesucht und gefunden. Auf sein Erjüden um Beschäftigung war er von einem Buchhändler in Friedebau als Kollporteur für das Lieferungsnetz „Der ärztliche Ratgeber“ eingestellt worden. Er hatte eine Tasche mit Probeheften eingehändig erhalten und sah dann nicht mehr bei dem Buchhändler sehen lassen. Letzterer erfuhr erst einige Zeit darauf durch die Polizei, was Geistes Kind sein Kollporteur war. Bospuch ist nämlich ein alter Verbrecher, der auf frischer That bei einem Einbruchsdiebstahl abgefaßt wurde. Er pflegte seine „Kollportage“-Geschäfte in der Weise zu betreiben, daß er mit der Kasse unter dem Arm von Haus zu Haus zog, an den Wohnungsthüren klingelte und auf diese Weise Gelegenheit zu Diebstählen ausbaldoberte. Im Hause Solbeinstrasse 25 zu Groß-Lichterfelde erliefte ihn sein Schicksal. Er hatte in der Wohnung einer Witwe, die zu Einkäufen ausgegangen war, gerade die leicht transportablen Wertgegenstände zusammengepackt, als die Wohnungsinhaberin zurückkehrte. Sie schloß sofort Bedacht, als sie die Wohnungstüre unverschlossen vorfand, ehe sie aber noch recht zur Besinnung gekommen war, stürzte plötzlich der Angeklagte an ihr vorüber und lief zum Hause hinaus. Die Frau lief hinterher und infolge ihrer Hilferufe gelang es, den Eindringling auf der Straße festzunehmen. Ihm konnte vor Gericht mit Sicherheit die Thäterschaft bei drei Einbruchsdiebstählen nachgewiesen werden. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu 5 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht.

Der Geizdieb, der in diesem Frühjahr so viele Gemeindeschulen unsicher machte, wurde gestern der siebensten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I in der Person des 19jährigen Hausdieners Georg Lechner vorgeführt. Er legte ein offenes Geständnis ab. Zu einer Zeit, wenn der Unterricht beendet war, schlich der Angeklagte sich in die Klassenzimmer, erbrach dort den Schrank, in welchem der Lehrer seine Geige auszubewahren pflegte, und entfernte sich mit dem Instrument; er nahm bisweilen auch andre, minderwertige Gegenstände mit, wenn sich solche vorfanden. Die Diebstähle nahmen einen solchen Umfang an, daß innerhalb kurzer Zeit 15 Fälle zur Anzeige gelangten. Die Geigen hatten durchschnittlich einen Wert von 25 bis 30 M., der größte Teil wurde bei Pfandleihern ermittelt. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 2 Jahren Gefängnis und fünfjährigen Ehrverlust.

Das Urteil wegen der nächtlichen Prügeleien in Hannover. Hannover, 24. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Strafkammer Hannover verurteilte den Bankier Freiherr von Bodenhausen-Berlin wegen Widerstand und Verwundung hiesiger Schulleute zu 6 Monaten Gefängnis, den an der Affaire mitbeteiligten Kaufmann Speyer-Berlin zu 70 M. und den Hauptmann a. D. von Besser-Berlin zu 50 M.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 24. August. (B. T. V.) Die Presse hat bemängelt, daß die Verlusttelegrame aus dem Schutzgebiet nach dem Gesetzt vom 11. August so lange auf sich warten ließen. Die Sache findet nun eine Erklärung durch ein Telegramm des Generals von Trotha, welcher meldet: der Feldtelegraph zerstört gewesen, Depesche durch Telegramme für Operationen überloset, ist namentliche Verlustliste durch Offizierpatrouille nach Ostahandja auf den Draht gebracht, daher die Verzögerung.

Konstantinopel, 24. August. (B. T. V.) Die sanitären Maßnahmen gegen die Heerläste aus Port Said sind aufgehoben.

Beunruhigung der australischen Schifffahrt. Brisbane, 24. August. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Man ist hier in Aufregung berührt durch die Möglichkeit, daß ein russischer Kreuzer den australischen Schiffsverkehr beunruhigen könnte. Die vereinigte Kaufmannschaft in Brisbane hat beschlossen, sich an den Commonwealth-Minister für Verteidigung zu wenden, damit dieser die kaiserliche Regierung angebe, eine Kommission zu bestimmen, die die besten Mittel ausfindig mache, um die Küstenschifffahrt zu beschützen.

Son ostasiatischen Kriegsschauplatze. Saigon, 24. August. (Melbung der Agence Havas.) Der Kreuzer „Diana“ wurde in dem Kampfe am 10. d. Mts. von einem Geschoh unter der Wasserlinie getroffen; ein andres Geschoh tötete einen Offizier und drei Mann und verwundete 23 Mann. Die „Diana“ ging nach Schantung, wurde aber gezwungen, den Kurs zu ändern, da sie japanische Torpedoboote traf, welche neun Torpedos gegen sie abfossen, ohne sie zu treffen.

Veranst. Redakteur: Paul Bäcker, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die Berliner Parteiverfassungen.

In der Versammlung des ersten Reichstags-Wahlkreises sprach Genosse Dr. Leo Krone zu dem Thema: Der Bremer Parteitag. Das Programm desselben bietet kein außergewöhnliches Bild. Nur das Referat über die Kommunalpolitik steht etwas abseits von dem gewöhnlichen. Trotzdem ist anzunehmen, daß sich keine große Polemik daran knüpfen wird. Ebenso wird es sich bei dem Bericht von dem internationalen Kongreß verhalten. Dagegen ist anzunehmen, daß der Antrag auf Aenderung des Organisations-Statuts lebhaft Auseinandersetzungen hervorrufen wird. Redner vertritt übrigens die Meinung, daß die Regelung einer anderen Frage seitens der Parteileitung, nämlich Vorschriften über die Zahl der Delegierten der einzelnen Kreise sowie über die Art der Nominierung derselben. Diese Frage müßte doch endlich in ernste Erwägung gezogen werden, damit nicht da einmal eine Ueberwälzung stattfindet. Zur Schulfrage in Preußen will Referent durch eine besondere Konferenz der preussischen Delegierten über die Notwendigkeit einer regen Agitation Beschlüsse herbeizuführen suchen. Redner bespricht noch kurz die übrigen vorliegenden Anträge, welche nun der Reihe nach zur Diskussion gestellt werden.

Nach langen Auseinandersetzungen über den Wert der einzelnen Anträge, Abwehr der Militärministerhandlungen betreffend, beschließt die Versammlung auf Antrag des Genossen Korschel die Unterstufung des nachstehenden Elbinger Antrags:

Das letzte Bollwerk des Klassenstaates ist das stehende Heer. Im Hinblick hierauf und in weiterer Erwägung, daß eine planmäßige Erziehung der deutschen Arbeiterkinder zu überzeugten Sozialdemokraten nicht stattfindet, beantragen die Elbinger Genossen: Die Partei möge unter den Proletariern, die zur Arme einberufen werden, vor dem Eintritt in dieselbe in geeigneter Weise Propaganda für die Ideen des Sozialismus machen. Insbesondere sind die künftigen Soldaten durch Broschüren über ihre Pflichten gegenüber dem sogenannten „inneren Feinde“ aufzuklären. In diesen Broschüren ist den Soldaten auch Rat zu erteilen, wie sie sich angesichts der zahlreichen Soldatenmishandlungen zu verhalten haben.

Vorher war schon der Antrag: die Schulfrage mit Dr. Leo Krone als Referenten auf das Programm des Parteitag zu setzen, einstimmig angenommen worden. Desgleichen ein anderer Antrag:

Der Parteitag möge für die Durchhandlung Vorwärts einen Gehaltstaxi festsetzen, aus welchem das Anfangs- und Höchstgehalt sowie das stufenweise Steigen desselben bis zum Höchstgehalt nach der Dauer der Thätigkeit ersichtlich ist. Die achtstündige Arbeitszeit ist dabei zu berücksichtigen.

Eine recht ausgedehnte Debatte zeitigte übrigens auch der Antrag, die Kandidatenfrage betreffend, der aus Anlaß des Falles Wöhre gestellt worden ist. Der Antrag lautet:

Die Besprechung der Aufstellung der Kandidaten erfolgt in der Kreisversammlung des Wahlkreises, zu der das Landes- resp. Provinzial-Agitationskomitee einzuladen ist. Hat das Agitationskomitee gegen den Kandidaten der Majorität Bedenken und schließt sich 1/3 der Delegierten diesen Bedenken an, so kann das Agitationskomitee die Entscheidung des Parteivorstandes anrufen. Diese Anrufung muß sofort erfolgen.

Nachdem Genosse Dr. Krone die Notwendigkeit dieses Antrages, den er schon in seinem Referat eingehend erwähnte, noch einmal begründet, wird seitens des Genossen Dr. Droh dieser Antrag heftig bekämpft. Er verlangt auch für die Kandidatenfrage breitere Öffentlichkeit und fürchtet, daß die Parteileitung durch die Annahme dieses Antrages ein Mittel in die Hand bekommt, ihr nicht genehme Kandidaturen zu unterdrücken und die Reichstagsfraktion nach ihrem Sinne umzugestalten. Nachdem noch Wanasse sowie Droh und Krone wiederholt das Wort ergriffen, wird auch dieser Antrag gegen eine Stimme angenommen. Ein Antrag Kahenstein, die „Alkoholfrage“ auf das Programm des Bremer Parteitag zu setzen, wird nach kurzer Diskussion durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Es folgt nun die Wahl der Delegierten, die folgendes Resultat ergibt: Genossen Dr. Leo Krone, Richter Wilhelm Fischer, Erasmann; Genosse Volzmann.

Den Bericht der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg erstattete Genosse Alwin Schuster. Auf seinen Antrag werden wieder drei Genossen zur Brandenburgischen Provinzialkongress delegiert und die Genossen Volzmann, Dressel und Zucht gewählt.

Die Generalversammlung des zweiten Kreises tagte im Hofjäger, dessen großer Saal dicht gefüllt war. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Genossen Kaiser, Schall und Jhloff in der üblichen Weise. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Brandenburgische Provinzialkongress, führte Genosse Werner aus, daß die Agitationskommission die Endergebnisse abgeleitet und Genosse Augustin dies übernommen habe. Die von den Schwieber Genossen gestellten Anträge seien an den Zahlhabenden diskutiert und deren Ablehnung beschlossen worden. Die Delegierten hätten also in diesem Sinne auf der Konferenz zu stimmen.

Genosse Zinke stellte den Antrag, die Kommission um sechs Mitglieder aus der Provinz zu verstärken. Nach kurzer Begründung wurde der Antrag angenommen.

Die Versammlung beschloß hierauf, drei Delegierte zur Provinzial-Kongress zu entsenden und zwar die Genossen Keimann, Hensel, Hingze, und Woite als Stellvertreter. Zum Bremer Parteitag sei, führte Genosse Werner weiter aus, von den Vertrauenspersonen Berlins dem Parteivorstande empfohlen worden, die Schulfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Wunsch sei jedoch abgelehnt worden, obwohl den Genossen Berlin ein geeigneter Referent für dieses Thema zur Verfügung stand.

Ein gleiches sei bezüglich der Wahlrechtsfrage und der Kartelle der Fall gewesen.

Weiter liege ein Antrag Hensel vor bezüglich der Sicherung des Koalitionsrechts. Als derselbe zur Begründung das Wort erhielt, erklärte er unter Heiterkeit der Versammlung, daß nicht er, sondern Stadthagen der Vater des Antrages sei.

Stadthagen: Es könne sich natürlich nur darum handeln, Wünsche auszusprechen; über die Tagesordnung selbst habe der Parteitag zu entscheiden, dem allerdings ein reiches Arbeitsfeld beschieden sei. Er wolle sich ja nicht gerade gegen den Schul-Antrag wenden, die Diskussion darüber möge ja sehr interessant werden — ob aber ein praktisches Resultat sich ergebe, möge dahingestellt bleiben. Dagegen sei die Frage der Sicherung des Koalitionsrechts von eminentester Wichtigkeit und zwar gerade mit Rücksicht auf die Kartelle. Diese hätten sich in ungekannter Weise ausgebreitet und ein weiteres Wachsen sei zu erwarten, wenn die neuen Schutzgölle in Kraft treten würden. Es sei dies zweifellos ein schwieriges Gebiet; insbesondere sei zu unterscheiden: Wie wirken die Kartelle auf das Koalitionsrecht ein? Daß die Arbeitgeber im wachsenden Maße Macht entfalten, sei keine Frage; das beweise gerade jetzt der Kampf der Berliner Metallarbeiter. Und ferner: Was könne geschehen gegenüber den Uebergriffen der Kartelle gegen das Koalitionsrecht? Nachdem Redner noch durch Beispiele nachgewiesen, daß die Kartelle auch für die Konsumenten verberlich würden, die nach dem Auslaß billiger verlaufen als im Inland, betonte er, daß durch die Debatte auf dem Parteitag über den Zusammenhang der Kartelle in der Wirtschaftsordnung und deren Stellung gegenüber dem Koalitionsrecht die Öffentlichkeit auf die Gemeingefährlichkeit der Kartelle gelenkt werde. Würden etwa

äußerliche Gründe: Mangel an Zeit usw. den Parteitag verhindern, zur Frage Kartelle und Koalitionsrecht Stellung zu nehmen, dann solle wenigstens der folgende Parteitag sie auf seine Tagesordnung setzen.

Hierauf wurden beide Anträge: Schulfrage und Kartelle und Koalitionsrecht auf die Tagesordnung zu setzen, angenommen.

Ein weiterer Antrag, ein Wochen-Abonnement auf den „Vorwärts“ zum Preise von 20 Pf. einzuführen, wird nach der Erwiderung des Genossen Richard Fischer, daß dies vor das Forum der Berliner Prekommission gehöre, abgelehnt. Nachdem auch die Genossen Arnheim und Hensel sich ablehnend ausgesprochen, entgegnet der Antragsteller dem Genossen Fischer, daß ja eben die Prekommission derartige Anträge unter dem Hinweis abgelehnt habe, daß der „Vorwärts“ Zentralorgan sei und sie darüber nicht beschließen könne. Ein inzwischen weiter eingegangener Antrag, daß das Wochen-Abonnement 25 Pf. nicht übersteigen solle, wurde nach einer kurzen Begründung durch Stadthagen ebenfalls abgelehnt bezw. der Prekommission überwiesen.

Genosse Fischer bezeichnete die Auffassung Hensel über die angelegliche Stellungnahme der Prekommission zu den bezeichneten Anträgen als eine irrtümliche. Gerade die Prekommission habe in Verbindung mit der Expedition diese Frage des Wochen-Abonnements eingehend behandelt, sei aber, eben infolge der Erfahrungen, die andere Zeitungen damit gemacht hätten, zu einem ablehnenden Standpunkt gekommen. 20 Pf. bedeuteten auch einerseits keine „Verbilligung“ — andererseits aber eine schwere finanzielle Einbuße des Blattes. Er sei ja ein sehr vorsichtiger Geschäftsmann, aber er könne versprechen, daß, nachdem sich die finanziellen Verhältnisse der Druckerei konsolidiert, die Geschäftsleitung aus eigener Initiative im Laufe der nächsten Jahre das Abonnement auf 1 M. herabziehen werde. (Beifall.)

Zum Punkt Organisation wurde der Antrag gestellt:

Der Parteitag möge die Vertretung der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der organisierten Genossen regeln.

Stadthagen führte begründend aus, daß von Seiten des Parteivorstandes Anträge zur Organisationsfrage gestellt seien; Breslau fordere eine straffe Centralisation. Daß es nunmehr den Genossen zur Pflicht gemacht werden solle, sich zu organisieren, sei zweifellos ein Fortschritt. Eine Centralisation über das ganze Reich aber ständen vereinsrechtliche Schwierigkeiten entgegen, z. B. in Westfalen. Die Centralisation beschränke die Selbstthätigkeit der Genossen und erziehe zur Schematik. (Widerspruch.) Die Anträge auf Centralisation gingen daher meistens von Kreisen aus, die in ihrer Organisation zurückgefallen seien. (Widerspruch.) Redner sucht dies zu beweisen und kommt auf das Proportional-Wahlrecht zu sprechen, das natürlich nicht in seiner rigorosesten Form bei der Delegation zum Parteitag in Anwendung kommen müsse. Es sei nicht richtig, daß wenige organisierte Genossen so viel Macht hätten wie 100 000. Was nun die Aenderung betreffe, die bezüglich der Teilnahme der Reichstagsfraktion an den Parteitag verlangt werde, so habe er nichts gegen den Antrag, könne sich aber keinen besonderen Erfolg davon versprechen.

Silberschmidt erklärt, gegen den Antrag an sich nichts einzuwenden. Dagegen müsse er energisch Front machen gegen die Begründung durch Stadthagen, der offenbar glaube, mit seinen Behauptungen den Gedanken einer festen Organisation todschlagen zu können. Das gehöre jedoch nicht zum Antrag. Daß die Delegation nach Stärke der Organisationen erfolge — dagegen sei nichts einzuwenden. Aber er müsse dagegen protestieren, daß die wichtige Frage der Centralisation in einer solchen Weise behandelt werde, wie von Stadthagen geschehen. Er wünsche, daß dieser Gegenstand in der nächsten Vereinsversammlung auf die Tagesordnung gesetzt und nach allen Seiten hin diskutiert würde.

Der Antrag wird abgelehnt, die Frage der Centralisation soll in der nächsten Vereinsversammlung beraten werden.

Ein weiterer Antrag, der die Aufklärung der Jugend über die Schädlichkeit des Militarismus verlangt, wird nach eingehender Begründung und Diskussion, woran sich die Genossen Lürke, Sudrian, Reimann, Polenske und Manowski beteiligten, abgelehnt und die Diskussion geschlossen.

Als Delegierte für den Parteitag in Bremen wurden bestimmt die Genossen Schneider, Frey Karl und Antia. Stellvertreter Reines.

Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Parteiverammlung für den dritten Reichstags-Wahlkreis, welche in der Ressource, Kommandantenstraße, tagte, war gut besucht. Genosse Hoch gab einleitend einen Ueberblick über die Tagesordnung der Provinzialkongress und des Bremer Parteitag. Er verwies auf das Bestreben der Provinzialkreise Brandenburgs, zur Mitarbeit in der Brandenburgischen Agitationskommission herangezogen zu werden. Man werde in der Beziehung dem Kompromißantrag der Agitationskommission zustimmen können, wonach die Kommission, deren Zusammenlegung im übrigen dieselbe bleiben solle, wie bisher, um sechs Mitglieder zu verfahren ist und zwar derart, daß je drei von den Genossen des Regierungsbezirks Frankfurt und von den Genossen des Regierungsbezirks Potsdam gewählt werden. Was nun den Parteitag in Bremen angehe, so werde man nicht ohne weiteres damit einverstanden sein können, daß als einziger Punkt von allgemeiner öffentlicher Bedeutung dort die Kommunalpolitik verhandelt werde. Es gebe so mancherlei noch, was gerade jetzt die Öffentlichkeit im hohen Maße beschäftige, zum Beispiel die Wahlrechtsänderungen in verschiedenen Staaten Deutschlands, die ewigen Forderungen bezüglich Vereinfachung des Reichstags-Wahlrechts und die Schulfrage. Nun könnte man ja nicht verlangen, daß alle diese Punkte noch in die Tagesordnung des Parteitag aufgenommen würden, indessen einen von ihnen könne die Tagesordnung noch vertragen. Die Vertrauensleute Berlins hätten sich darüber verständigt, die Erörterung der Schulfrage in Deutschland vorzuschlagen, wozu Genosse Dr. Leo Krone das Referat übernehmen solle. — Die Vorschläge des Parteivorstandes in Sachen der Organisation dürften auf dem Parteitag zu lebhaften Debatten führen; soweit es sich um den Ausschluß von Parteimitgliedern handele, würden sich zweifellos andre Anträge anschließen müssen. Und ferner würden sicher die Vorschläge, welche die Vertretung der Fraktion auf den Parteitag regeln wollen, Aenderungen erfahren müssen.

Hoch, der den Vorsitz hatte, stellte dann zunächst die einzelnen Punkte der Tagesordnung der Provinzialkongress zur Debatte. Eine solche erfolgt nicht, Anträge wurden hierzu auch nicht gestellt, der schon oben mitgeteilte Antrag der Agitationskommission, ihre Zusammenlegung betreffend, dagegen einstimmig den Delegierten zur Vertretung auf der Konferenz empfohlen. Als Konferenzdelegierte wurden die Genossen Wilhelm Hingz, August Wartenberg und Karl Lange gewählt.

Beim Punkt „Parteitag in Bremen“ befragte der Vorsitzende ebenfalls die Versammlung in der Weise, daß er die Tagesordnung Punkt für Punkt durchging. Zu den einzelnen Punkten ergriff niemand das Wort. Ohne Debatte wurde einstimmig beschlossen, beim Parteitag zu deantreten, daß als sechster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werde: „Die Schulfrage in Deutschland“. Referent Dr. Leo Krone. Erst beim Punkt: „Sonstige Anträge“ kam es zu Diskussionen.

Genosse Dr. Friedeberg beantragt, die Genossen des dritten Wahlkreises beim Parteitag beantragen, auf die Tagesordnung des Parteitag für 1905 zu setzen: Die Frage des Generalstreiks. Der Antragsteller erklärt kurz, er halte eine solche Erörterung auf dem nächsten Parteitag für sehr wichtig, namentlich, weil wir in Deutschland vielleicht zu allererst und nach einem neuen Kampfmittel würden umsehen müssen.

Genosse Buschil erhebt um Ablehnung des Antrages. Aus der ganzen Situation in Deutschland und in andren Ländern ersehe er nicht, daß die Frage des Generalstreiks so wichtig sei. Im übrigen finde man die Propaganda des Generalstreiks gerade in solchen Ländern, wo die Gewerkschaftsbewegung am meisten zerstückelt sei. Gerade sie, vornehmlich betrieben von Anarchisten, habe in verschiedenen Ländern, z. B. Spanien, das Ausblühen der gewerkschaftlichen Bewegung verhindert. Die Frage des Generalstreiks sei durchaus unfruchtbar. An ihre Diskussion könnte man vielleicht einmal dann denken, wenn die Idee des Generalstreiks, was er nicht glaube, jemals in den Reihen der großen Gewerkschaften sich Bahn brähe.

Genosse Dr. Friedeberg: Sein Antrag habe gar nicht bezweckt, daß die Versammlung oder der diesjährige Parteitag in materielle Erwägungen zur Frage des Generalstreiks eintreten solle. Nach dem Antrage solle ja erst in Bremen darüber bestimmt werden, ob die Besprechung der Frage auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitag gesetzt werden solle. Da aber Buschil auf die Frage selbst eingegangen sei, so müsse er etwas erwidern. Buschil sage, wo die schlechteste gewerkschaftliche Organisation bestände, da sei die Idee aufgetaucht. Das sei richtig und auch nicht richtig. Früher sei allerdings in dem auch mit erwähnten Frankreich die Gewerkschaftsbewegung eine schlechte gewesen. Das erkläre sich aus der revolutionären Vergangenheit des Landes. Es habe sich aber geändert. Auch in Frankreich habe man eingesehen, daß eine gute Organisation das allernötigste sei, auch für den Generalstreik. Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich siehe jetzt hinter der in Deutschland nicht mehr zurück. Der Vorredner habe auch betont, daß besonders die Anarchisten den Generalstreik propagierten. Allerdings thäten sie es. Aber man brauche doch nicht eine Idee deswegen herunterwerfen, weil sie von einer andern Seite komme! Ein Generalstreik mit einer stark organisierten Masse sei übrigens ganz etwas andres, als wenn man mit einer unorganisierten Masse zu rechnen habe, und gerade die Generalstreiksidee sei ein organisatorisches Mittel. Das wichtigste Kampffeld des Proletariats sei das ökonomische, da das Proletariat unentbehrlich sei zur Aufrechterhaltung der Produktion und wir über unsere Arbeitskraft verfügen könnten. Eine unserer bisher wichtigsten Waffen, das allgemeine Stimmrecht, könne und genommen werden, und man gehe schon darauf aus, es und zu nehmen. Wenn die Sozialdemokratie der Bourgeoisie noch unangenehmer werde, dann werde man uns das Wahlrecht nehmen. Ja, welche Waffen hätten wir dann? Darüber müsse man sich doch aufrufen. Neue Kampfmittel müsse man jahrelang diskutieren und propagieren, ehe sie so dem Volke bekannt würden, daß sie mit Erfolg angewendet werden könnten. Mit der Diskussion der Frage verberge man sich nach keiner Richtung etwas. Redner sieht auch in der weitergehenden Idee des Generalstreiks ein Mittel, in den immer größer werdenden Gewerkschaften den Klassenkampfgedanken aufrecht zu erhalten.

Genosse Kahlen begrüßt ja den guten Willen des Genossen Dr. Friedeberg, tritt seinem Antrage aber entgegen. Wenn das Proletariat erst zur vollen Erkenntnis gekommen, wenn es sich erst in so großen Massen verbunden habe, daß ein Generalstreik möglich wäre, dann bedürfte es des Generalstreiks nicht mehr. So wichtig die Aufgaben der Gewerkschaften seien, die soziale Frage vermöchten die Gewerkschaften nicht zu lösen.

Genosse E. Dittmer ist ebenfalls gegen den Antrag. Die Partei habe jetzt wichtigere Dinge zu thun, als sich mit der Frage des Generalstreiks zu befassen. Sollten wir einmal in große Verlegenheit hinsichtlich eines Kampfmittels kommen, dann würden wir schon wissen, wie wir uns herauszubekommen hätten. Für die Leute aus den Gewerkschaften sei die Frage schon damit gelöst, daß die Gewerkschaften doch noch viel zu schwach seien zur Durchführung eines Generalstreiks. Gerade auf dem kürzlich abgeschlossenen internationalen Kongreß sei bezeichnenderweise hervorgehoben, daß den Anhängern des Generalstreiks unter den französischen Sozialisten Bedenken aufgesprochen seien und daß sie sich zum Teil in Segner des Generalstreiks verwanbelt hätten. Was die angeblich 700 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Frankreichs angehe, so siehe die Hälfte davon wohl nur auf dem Papier. Und dann die materielle Schwäche vieler Gewerkschaften Frankreichs nicht zu vergessen! Zum Teil rechneten sie mit Monatsbeiträgen von 50 Centimes, also 40 Pfennigen, was die Woche knapp 10 Pfennig seien. Also stimme nicht, was Genosse Friedeberg von der Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen Frankreichs gesagt habe. Durch die Idee des Generalstreiks ließen sich jammervoll wenig Leute zur Organisation heranziehen. Man sehe die Anarchisten seit Jahren dafür eintreten und nichts erreichen. Sie hätten weder in den Gewerkschaften Einfluß erzielt, noch sonst gewonnen. Versetzt wäre es natürlich, den Stab zu drehen über die Personen, die solche Ideen vertreten. Warum solle Genosse Friedeberg nicht dafür eintreten? Indessen sachlich sei er im Unrecht. — Wenn uns das Wahlrecht genommen würde, dann würden wir uns vielleicht nach einem neuen Mittel umsehen. Die Gefahr ersehe aber nicht so nahe. Je mehr die Sozialdemokratie wachse, je fester ihr Rückhalt werde, um so mehr werde man sich bestimmen, der Arbeiterchaft das Wahlrecht zu nehmen oder zu verläumern. Wie gesagt, im Notfall würden wir uns schon zu helfen wissen; mit der Propaganda für den Generalstreik wäre uns aber nicht geholfen. Redner, der noch auf die Erfahrungen des Genfer Generalstreiks eingeht, spricht noch den Wunsch aus, daß die Delegierten des Kreises mit aller Energie auf dem Parteitag für rein sachliche Diskussionen eintreten möchten, damit man nicht ein zweites Dresden erlebe.

Genosse Frey meint, formell ließe sich nichts gegen den Antrag sagen, aber betrachte man ihn materiell, dann müsse man ihn ablehnen. Es sei richtig, daß man ein Mittel finden werde wenn es nötig werden sollte, eins zu suchen. Bei einer Propagierung des Generalstreiks könnten uns aber die Segner leicht durch Entziehung des Wahlrechts in einen Generalstreik und schließlich vor die Bajonette treiben. Die Hauptsache sei die Aufklärungsarbeit und darin hätten wir noch viel, sehr viel zu leisten.

Genosse W. Ahle betont, daß sich die Genossen des dritten Wahlkreises nicht zur Einbringung des Antrages gebrauchen lassen sollten. Friedeberg habe als Parteigenosse ja das Recht, den Antrag selbst beim Parteitag zu stellen. — Sonderbar sei es, daß Friedeberg auf der einen Seite die Vorteile anerkenne, welche das Wahlrecht als Kampfmittel der Partei geboten habe und daß er andererseits (Versammlung der Lokalorganisierten) davon sprechen könne, man würde dem Wahlrecht keine Ehre nachweisen, wenn es genommen würde.

Genosse E. Ert findet Friedeberg durch die Vorredner völlig widerlegt. Er ist der Meinung, daß ein Generalstreik im vollsten Sinne des Wortes nichts weiter heiße, als die Massen des Proletariats vor die Bajonette zu stellen.

Genosse Buschil hält dem Genossen Friedeberg entgegen, daß es in Frankreich einige Tausend Organisationen gebe, während bei uns in Deutschland mächtige Verbände vorherrschten. Verfehlt sei die Beschränkung, in Deutschland könnte die Gewerkschaftsbewegung infolge des angenommenen Umfangs verflachen. Man brauche bloß die brutal herausgeschworenen Ausperrungen der Metallarbeiter betrachten, dann könne man nicht sagen, daß einer von den Beteiligten nicht zum Klassenkampf gezwungen werde. Der Kampf in Grimnitzau habe aufeinander gewirkt, als es alle schönen Reden vom Generalstreik vermöchten. Ueberhaupt denke man an die Generalstreiks in Holland und Belgien. Die schlimmste Wirkung hätten sie auf die Arbeiterbewegung selber ausgeübt. Wie seien auch in Deutschland gar nicht im stande, einen Generalstreik durchzuführen. Die Bourgeoisie könne sich 14 Tage ganz gut helfen, die größte Masse der Arbeiter würde aber schon nach acht Tagen am Hungertode nagen. Am schlimmsten würde die Arbeiterschaft darunter leiden. Wenn wir aber so weit seien, den Generalstreik vollendet durchzuführen, dann brauchen wir ihn nicht mehr.

Ein Schlußantrag aus der Versammlung, gegen den Genosse Friedeberg sich wendet, da doch vieles zu beantworten sei, wird angenommen und darauf der Antrag Friedeberg gegen 28 Stimmen abgelehnt.

Genosse Conrad Müller stellt den Antrag: „Der Parteitag möge beschließen, auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages die Alkoholfrage zu setzen.“ Er und Wiazowski treten lebhaft für den Antrag ein, indem sie hervorheben, daß der Alkoholgenuß überaus schädlich sei, die Gesundheit der Arbeiterklasse gefährde und auch geeignet sei, das Fortschreiten der Arbeiterbewegung zu hemmen. — Die Genossen Ziggel und Ebert bekämpfen den Antrag und wenden sich gegen die Uebertreibungen, welche sie in den Anschauungen der Abhäniger finden. — Der Antrag wurde gegen eine erhebliche Minorität abgelehnt.

Genosse Fröhlich stellt folgende Resolution:

„Die Parteigenossen des dritten Reichstags-Wahlkreises sprechen die Erwartung aus, daß der frühere Parteitagbeschluss, bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien sich strikte der Wahl zu enthalten, nicht zur Folge wird. Speziell gegenüber dem jämmerlichen Verhalten der freisinnigen Volkspartei ist strikteste Wahlenthaltung Ehrensache jedes Genossen.“

Genosse Gehrman tritt gleich Fröhlich für die Resolution ein. Er hat es seiner Zeit bitter empfunden, daß von oben herab z. B. für die Stichwahlbeteiligung zu Gunsten von Gerlach eingetreten worden sei. Nachdem noch Hirschfeld und Kahle dazu gesprochen hatten, wurde die Resolution gegen fünf Stimmen angenommen. Sie soll dem Parteitag zur Kenntnisnahme unterbreitet werden.

Zum Parteitag delegiert wurden die Genossen Paul Hahn, Emil Rosin und Karl König; als Ersatzmann wurde Genosse Buschid gewählt. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Socialdemokratie schloß die Versammlung.

Vierter Wahlkreis. In der gemeinsamen Versammlung für den Osten und Südosten des Kreises sprach Genosse Scholz zu der Brandenburgischen Provinzialkonferenz. Er ging besonders auf die Anträge der Parteigenossen von Sorau-Forsit und Schwiebus-Sommerfeld ein und erklärte, daß diesen verschiedenen Wünschen soweit entgegengekommen werden könnte, daß von jedem der beiden Regierungsbezirke Frankfurt und Potsdam drei Genossen zur Erweiterung der Berliner Agitationskommission gewählt würden. Auf keinen Fall aber könne dem Antrag auf Anstellung eines besoldeten Agitationsleiters entsprochen werden und ebensowenig dürfe der Berliner Parteigenossen das Recht genommen werden, zu entscheiden, welche Genossen sie ihrerseits für befähigt halten, die Agitation zu leiten. Im übrigen bemerkte der Redner, die Agitationskommission habe nach besten Kräften ihre Pflicht erfüllt, wenn, wie das selbstverständlich sei, auch nicht allen Wünschen nachgegeben werden konnte. — Genosse Wäzner äußerte sich im allgemeinen im selben Sinne, erklärte es aber für ein gutes Zeichen großen Interesses für die Partei, daß so viele Wünsche von den Parteigenossen der Provinz vorgebracht wurden. Im Gegensatz zum Genossen Scholz hielt der Redner die Anstellung eines besoldeten Agitationsleiters für wünschenswert und notwendig. — Da niemand mehr das Wort wünschte und Anträge zur Provinzialkonferenz nicht vorlagen, wurde hierauf die Wahl der Delegierten vorgenommen.

Zu dem Punkt: der Bremer Parteitag teilte der Vorsitzende Gadebusch mit, daß der Abgeordnete des Kreises, Genosse Singer, leider infolge seines Fußleidens verhindert sei, in der Parteiversammlung zu erscheinen. Genosse Gadebusch sprach dann über die Aufgaben des Parteitages, erwähnte zunächst den Fall Göhre und erklärte, daß der Parteivorstand hier vollkommen richtig und nach Recht und Pflicht gehandelt habe, und wenn ähnliche Fälle sich wieder ereigneten, ebenso handeln müßte. Er erwähnte dann die Notiz im „Vorwärts“ aus Hof in Bayern, wonach Göhre wiederum als Kandidat aufgestellt ist. Ehe ein Genosse ein derartiges Ehrenamt übernehme, müsse er erst einmal Schule in der Partei durchmachen. (Lebhafte Zustimmung.) Des weiteren ging der Redner auf die Angelegenheit Schippel ein und bemerkte hierzu, es sei auch nach den neuesten Veröffentlichungen schwer zu beurteilen, welche Stellung Schippel eigentlich zur Agrar- und Zollfrage einnimmt. Man gewinnt wohl den Eindruck, daß Schippel viel schimpfen könne, eine klare Antwort aber habe er nicht gegeben. Der Redner äußerte sich ferner sehr befriedigt über die Ergebnisse des Amsterdamer Kongresses, namentlich hinsichtlich der Taktikfrage, über die Einigkeit, die hier geschaffen wurde, und die beweise, daß der Dresdener Parteitag gute Früchte getragen habe. Zum Schluß bemerkte der Redner, daß dieser Parteitag bei seiner scheinbar mageren Tagesordnung die beste Gelegenheit biete, die ihm vorliegenden Anträge gründlich und gewissenhaft zu prüfen. — In der Diskussion sprach zunächst Genosse Lether. Die Taktikfrage sei nun in Amsterdam erledigt worden und es habe sich gezeigt, daß Dresden unter Partei nicht geschadet habe; der Streit, der dort ausgefochten wurde, sei notwendig gewesen. Bei Aufstellung der Kandidaten sei Disziplin notwendig, es könne nicht zugegeben werden, daß jeder Kreis handle, wie er wolle. Des Gallimathias Schippels seien die Parteigenossen gänzlich überdrüssig geworden. Der Redner sprach des weiteren über die Stellung der Partei zur Zollfrage und erklärte, daß unter den jetzigen Verhältnissen nur noch die Großkapitalisten für hohe Zölle sein könnten. — Zu den Fällen Göhre und Schippel äußerte sich Genosse Wäzner in ähnlichem Sinne.

Genosse Wermuth ging in längerer Ausführungen auf Schippels Stellung zur Zollfrage sowie auf die Zollfrage überhaupt ein. Er würdigte die früheren Verdienste Schippels als Redner und Schriftsteller, verurteilte aber seine jetzige Sonderstellung zur Zoll- und Handelspolitik und brachte folgenden Antrag ein:

„Der Parteitag wolle zu dem Fall Schippel und seine Haltung zur Zoll- und Handelspolitik Stellung nehmen.“

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ferner wurde folgender Antrag, den der Antragsteller Genosse Stumppe kurz begründete, angenommen:

„Bei allen Massen-Agitationsvorhaben ist auf der ersten oder letzten Seite das socialdemokratische Programm nach Möglichkeit zum Ausdruck zu bringen.“

Ebenso wurde der Antrag der Vertrauensleute, die Schulfrage als Punkt 6 auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, angenommen.

Außerdem auch folgender Antrag:

„Um das Interesse für die „Neue Welt“ zu heben, sowie dem Mangel an einer socialistischen illustrierten Zeitung abzuhelfen, haben sich die Illustrationen der „Neuen Welt“ auch auf belehrende und interessante Vorgebenheiten zu erstrecken.“

Dann wurde noch der Antrag des Bezirks 179b angenommen:

„Bei allen Wahlen und Stichwahlen ist der Freisinn nicht zu unterstützen.“

Der folgende Antrag Gadebusch mit einer im letzten Satz enthaltenen Ergänzung des Genossen Pösch wurde ebenfalls angenommen:

„In das neue Organisationsstatut ist unter § 2 folgender Absatz anzufügen: Beantwortet der ausgeschlossene seine Wiederannahme in die Partei-Organisation, so hat zunächst die betreffende Instanz, die seinen Ausschluß verfügte, über die Wiederannahme zu entscheiden; sodann kommen dieselben Instanzen in Betracht wie bei dem Ausschluss.“

Eine längere, teils recht lebhaft debattierte die von mehreren Wahlkreisen zum Parteitag gestellten Anträge auf Centralisation der Partei-Organisation hervor. Genosse Pösch stellte und verteidigte in eingehender Weise folgenden Antrag:

„Die Versammlung des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises weist ihre Delegierten an, auf dem Parteitag die Anträge, die Centralisation der Partei betreffend, zu unterstützen.“

Für diesen Antrag sprachen außerdem die Genossen Prädner und Wäzner, dagegen Engels und Latzer. Der Antrag wurde gegen wenige Stimmen angenommen und damit ein weiterer Antrag, die Mitgliedsbücher zu centralisieren, für erledigt erklärt. — Zur Tagesordnung über-

gegangen wurde über einen Antrag Latzer, die Delegierten sollten dahin wirken, daß der Generalkreis auf die Tagesordnung des Parteitages von 1905 gesetzt werde, ferner über den Antrag eines anderen Genossen, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen, und ebenso über einen Antrag Wäzner, den „Vorwärts“ zum Vorkämpfer der Berliner Parteigenossen zu machen. — Zu einer längeren Aussprache gaben dann noch die Wahlen der Delegierten zum Parteitag Veranlassung. Von einem Genossen wurde hierbei ein Antrag zur nächsten Generalversammlung der beiden Wahlkreise des Kreises angekündigt, der statt des jetzigen Wahlmodus der Parteifunktionäre die Listenwahl einzuführen bezweckt.

Fünfter Wahlkreis. In der außerordentlichen Generalversammlung des socialdemokratischen Wahlkreises, die am Dienstag im Alten Schützenhause tagte, wurde zunächst das Ableben der verstorbenen Mitglieder Max Müller und Robert Amelung in der üblichen Weise geehrt, worauf die Bestätigung von 30 neu aufgenommenen Mitgliedern erfolgte. Sodann sprach Davidsohn über die Tagesordnung der am 4. September stattfindenden Brandenburger Provinzialkonferenz. Redner betonte besonders, daß die Konferenz nicht verjämert werde, das neue preussische Kontraktbüchlein agitatorisch zur Gewinnung größerer Massen der ländlichen Arbeiterklasse auszunutzen, denn mit diesem Gesetz habe die Regierung der Socialdemokratie das denkbar beste Agitationsmaterial zur Aufklärung der Landbevölkerung in die Hände gegeben. Außerdem besprach er mehrere Anträge, die voraussichtlich auf der Konferenz zu erörtern werden dürften. Der Wunsch der Genossen aus der Provinz, zukünftig ebenfalls in der Agitationskommission vertreten zu sein, hielt er für berechtigt und war der Meinung, daß derselbe auch Annahme finden werde. Ebenfalls befürwortete er den Standpunkt, der Kommission ein Mitwirkungsrecht bei der Nominierung von Reichstagskandidaten einzuräumen. Anträge aus dem Kreise zur Konferenz waren nicht gestellt; die Wahl der Delegierten ergab das bereits gestern mitgeteilte Resultat.

Das einleitende Referat der Stellungnahme zum Bremer Parteitag hielt Leo Zucht. In weiteren Parteikreisen, so führte Redner aus, herrsche die Auffassung, als sei die festgesetzte Tagesordnung des Parteitages ein wenig trocken und dürrig. Doch ganz dieselbe Meinung habe man ursprünglich auch über die Tagesordnung des Dresdener Parteitages gehabt, trotzdem aber sei es in Dresden bekanntlich recht lebhaft zugegangen. Wenn nun auch nicht zu erwarten stehe, daß es in Bremen zu ähnlichen Auftritten kommen werde wie in Dresden, so seien doch immerhin eine Reihe von Fällen aus dem inneren Parteileben zu erörtern, die ebenfalls eine gründliche Besprechung notwendig machen. So z. B. würde der Parteitag entscheiden zu dem Falle Schippel Stellung nehmen müssen, denn die Haltung Schippels in der Zollfrage komme einer Veräusserung der Partei gleich. Auch die Frage des Generalkreises sei der Erörterung wert, besonders so weit sie die Friedebergischen Ideen und Anschauungen betreffe. Er könne wohl sagen, daß die Ausführungen des Abgeordneten von b. Berliner Reichstags-Wahlkreise, des Genossen Robert Schmidt, die dieser in der Polemik gegen Dr. Friedeberg auf dem Amsterdamer Kongress gemacht habe, durchaus im Sinne der weitaus meisten Genossen des fünften Kreises gehalten seien. Der Kreis müsse ebenfalls ganz energisch gegen Friedbergs Worte protestieren: Wir weinen dem Wahlrecht keine Thräne nach. Um so bedauerlicher sei es, daß die Sozialisten, die sich sonst stets als die allein rechtgläubigen Socialdemokraten hinstellen ließen, den Friedbergischen Ideen huldigen und sich dessen Resolution zu eigen gemacht haben. Ferner dürfe das Ergebnis der letztjährigen Reichswahlen und die damit verknüpften unliebsamen Vorgänge in einigen Wahlkreisen sowie die auffällige Stimmenthaltung der Reichstags-Fraktion bei Bewilligung der Herero-Kredite eingehend besprochen werden. Erfreulich sei, daß jetzt voraussichtlich den socialdemokratischen Kommunalvertretern eine bindende Richtschnur für ihr ferneres Verhalten in den kommunalen Körperschaften gegeben werden solle, denn es lasse sich nicht leugnen, daß es auf diesem Gebiete noch sehr an Klarheit der Anschauungen und an Einseitigkeit des Handelns mangelt. — Was nun die Vorschläge des Parteivorstandes zur Aenderung des Organisationsstatuts anbelange, so wäre es nur mit Freuden zu begrüßen, wenn zukünftig bestimmt würde, daß jeder Genosse, soweit nicht zwingende Gründe ihn hindern, Mitglied einer Parteiorganisation sein muß. Daraus würden die politischen Vereine wesentlich an Mitgliedern gewinnen, besonders aus den Reihen der Gewerkschaften. So wie es jetzt ist, nehmen sich die meisten Gewerkschaftsmitglieder zwar Parteigenossen, ja, sie fühlen sich sogar sehr gekränkt, wenn man an ihrer socialdemokratischen Gewinnung Zweifel hege, doch einer Partei-Organisation anzugehören und diese pflichtgemäß zu unterstützen, das falle ihnen gar nicht ein. — Auch der § 2 des Parteistatuts betreffend den Ausschluß aus der Partei erheische dringend eine Aenderung. Gerade der fünfte Kreis habe in dem unfinnigen Ausschlußantrag gegen den Genossen Weis die Erfahrung gemacht, daß hier Remedur geschaffen werden müsse. — Redner unterbreitete der Versammlung sodann einen Antrag des Vorstandes, auf dem diesjährigen Parteitag die Schulfrage zu erörtern. Auf der Tribüne des Landtages könne diese so hochwichtige Frage nicht besprochen werden, weil die Partei dank des elenden Wahlsystems im Landtage nicht vertreten sei; deshalb müsse die Tribüne des Parteitages dazu benutzt werden, vor dem In- und Auslande, vor der gesamten Kulturwelt die schmuckvollen deutschen und vor allem die preussischen Volksschulzustände in ihrer nackten Wirklichkeit zu brandmarken. Die Wirkung werde auch eine ungleich größere sein, wie die bisherigen Kritiken unres Schulwesens. (Weifall.)

Genosse Otto begründete hierauf einen Antrag, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen, mit dem Hinweis auf die enormen volkswirtschaftlichen Schäden, die der Genuß des Alkohols im Gefolge habe und hob hervor, daß im Kampfe gegen den Kapitalismus nur Arbeiter mit klarem Kopf und nüchternem Verstande die besten Erfolge zu erzielen vermöchten, dagegen dem Trunke ergebene Arbeiter eher ein Hemmnis im Emancipationskampfe des Proletariats bilden.

Genosse Kregge, Leiter der localistischen Kärntner-Organisation, befürwortete alsdann einen von ihm eingebrachten Antrag, die Frage des Generalkreises auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen. Die Generalkreislösung verjämert nicht, sondern gewinne fortgesetzt mehr Anhänger in Gewerkschaftskreisen. Deshalb sollte auch die Partei ihr Augenmerk darauf richten. Was wollte man zum Beispiel thun, wenn aus das Reichstags-Wahlrecht genommen werde? Bei der gegenwärtigen Taktik wahrscheinlich nichts. Man möge nur nicht so thun, als wolle man unsere Gegner bloß nicht vorzeitig verraten, was für Maßnahmen man im Falle des Wahlrechts-Nahes treffen werde. In Wirklichkeit werde dann ebenso wenig etwas passieren wie bei dem Wahlrechts-Raub in Sachsen. Wohl habe der „Vorwärts“ scharfe Artikel geschrieben, als die Wanteuffelien der Herrenhaus-Junker bekannt wurden, der Parteivorstand aber schwieg, wahrscheinlich im Gefühl der politischen Ohnmacht der Partei. Und doch sei der Parteivorstand nicht nur dazu da, um einen Geschäftsbericht herauszugeben, sondern er solle auch ein Wegweiser für die Genossen sein in Zeiten ernster Situationen. Davon sei aber bei der Wahlrechtsfrage nichts zu merken gewesen. Genosse Jaurès habe in Amsterdam gar nicht so unrecht gehabt, als er von der Schwäche der deutschen Socialdemokratie sprach. (Weifall.) Die eingehendste Macht der Partei sei doch nur auf Stimmzettel aufgebaut; ein reale, positive Macht stehe indessen nicht hinter den drei Millionen. Bei aller Anerkennung des Verhaltens der Fraktion während des Kampfes im Reichstage habe es doch Befremden erregen müssen, daß die deutsche und vor allem die Berliner Arbeiterklasse damals eine so tüchtige Ruhe an den Tag legte. Ein paar Versammlungen, ein paar Resolutionen, das sei alles gewesen, was die Parteigenossen zu Wege brachten. Angesichts einer so schwächlichen Haltung der Arbeiterklasse habe sich die Reaktion lächelnd sagen müssen, die Socialdemokratie sei in Wirklichkeit ohnmächtig. Da würde ein Generalkreis, das einmütige Niederlegen der Arbeit auf der ganzen Linie, über eine andere Wirkung herbeiführen haben. Anstatt aber diesen Gedanken zu erfassen, gefalle man sich in hochstehenden Verhöhnungen Dr. Fried-

Bergs, eines Mannes, der 18 Jahre der Partei seine Dienste geleistet habe; ja man trage sich offen mit der Absicht, ihn aus der Partei hinauszutreiben. Ueber solche Unterdrückung der Meinungsfreiheit müsse die Freiheitgöttin beschämt ihr Haupt verhalten. Auch er, Redner, habe bis vor zwei Jahren alles gedanklos nachgehört, was „von oben herab“ in Punktlo Taktik gelehrt worden sei, doch jetzt sei er in manchen Dingen und besonders in der Generalkreisfrage wesentlich anderer Ansicht geworden. Die Uebergangszeit zu einer socialistischen Gesellschaftsform könne bedeutend verkürzt werden, wenn die Socialdemokratie ihre ungeheure Macht nur richtig anzuwenden wisse; dies gesehe aber am besten durch die systematische Erziehung der Massen zur Generalkreisfrage.

Genosse Weis bezeichnete es als einen krassen Widerspruch, daß der Vordränger förmlich in einem Atem von der „Ohnmacht“ der Socialdemokratie, dann aber wieder von der „ungeheuren Macht“ derselben sprach. Es müsse doch recht eigentümlich berühren, wenn Dr. Friedeberg, der doch die Arbeiter zu voll in sich abgeschlossenen Persönlichkeiten erziehen wolle, als eine in sich abgeschlossene Persönlichkeit den Parlamentarismus verteidigt und dennoch sein Stadtverordnetenmandat behält. Konsequenterweise hätte er sein Mandat in die Hände seiner Wähler zurückgeben müssen. Da er dies aber nicht gethan, so sei es nur zu begreiflich, wenn der vierte Kreis dazu Stellung nehmen wolle, denn kein Genosse könne es dulden, wenn ein Erwärter der Partei sage, dem Wahlrecht weine er keine Thräne nach. Was die Freiheitgöttin anbelange, so brauche dieselbe keineswegs ihr Haupt zu verhehlen, denn nirgends herrsche so viel Meinungsfreiheit wie gerade innerhalb der Socialdemokratie. Der beste Beweis liege hierfür doch darin, daß Dr. Friedeberg ungehindert schon seit 1 1/2 Jahren seine Generalkreisidee propagiere, ohne daß ihm dabei irgend etwas in den Weg gelegt worden sei. Eine offensichtliche Verhöhnung der Partei und eine vollständige Verächtlichmachung der ganzen bisherigen Parteithätigkeit aber könne man sich dem doch nicht stillschweigend gefallen lassen. Eine vernünftige Erziehung und Belehrung der Arbeiter in ihren Organisationen nach der bisherigen Weise sei für die Befreiung des Proletariats jedenfalls wertvoller wie Straßendemonstrationen und Putzke, denn darauf laufe die Friedbergische Generalkreisidee doch in letzter Linie hinaus. Wenn es schon einmal zu einem Massenstreik käme, dann müsse er plötzlich inszeniert werden, ähnlich wie der schwedische Massenstreik, der nach dem Zeugnis Beantworts nur deshalb so wirksam war, weil er der Bourgeoisie völlig unerwartet kam. Es schade ja nichts, wenn die Generalkreisfrage auf einem Parteitage erörtert werde, doch seien bestimmte Anträge in dieser Hinsicht überflüssig.

Genosse Liepmann will die Generalkreisfrage ganz nüchtern und vom rein praktischen Standpunkte aus behandelt wissen. Es seien schlechte Taktiker, die den Gegnern schon im Voraus ihre Kriegspläne auf die Nase binden, die sich im Falle politischer Komplikationen notwendig machen. Falls es zu einem Wahlrechtsraub kommt, dann würde die Partei gerade so gut ihre Maßnahmen treffen wie zur Zeit des Socialistengesetzes. Ideen wie die Friedbergische würden meistens nur von Leuten vertreten, die in der Masse nicht mitarbeiten möchten, von Eingängern, die sich vor der mühsamen Kleinarbeit scheuen, die Welt dafür aber mit „großen“ Plänen beglücken. Ihre Scheu vor der Kleinarbeit leiten sie dann aus dem „Recht der Individualität“ her. Es sei dies derselbe Herrenlandpunkt, den die Junker vertreten; doch dieses Herrenmoral könne er weder bei Junkern, noch bei Anarchisten anerkennen. Bertunden müsse er sich, daß Kregge als localistischer, so besonders zielbewußter Socialdemokrat sich auf den opportunistischen Genossen Jaurès beruft, ganz so wie es jemand gerade in den Kram passe. Es sei nicht angängig, daß Friedeberg und sein Anhang alles für null und nichtig erklären wollen, was die Partei in 40jähriger Tätigkeit an Aufklärungsarbeit und politischer Energie geleistet habe. Deshalb werde sich die Partei auch weder von rechts, noch von links von ihrer bewährten Taktik abbringen lassen.

Genosse Partle erklärt es für sehr auffallend, daß Dr. Friedeberg sich immer so über die sächsischen Genossen erstrüßelt, weil sie sich das Wahlrecht nehmen ließen, derselbe Dr. Friedeberg aber dem Reichstags-Wahlrecht keine Thräne nachweinen will. Das zeuge von einem nur wenig abgeklärten Verstande. Die Arbeiterbewegung sei wie ein Baum, dem in sicherem Boden rationales Kraftstoffe zugeführt werden müßten, wenn er langsam wachsen und gedeihen solle. Wer aber den jungen Baum mit einer Winde hochstauben will, hebt ihn aus dem nahenden Erdrück, so daß er vorzeitig verdorrt. Im übrigen ist Redner für eine Besprechung der Generalkreis-Theorie auf dem Parteitage, um die weitere Verbreitung der Friedbergischen „Wirknis“ möglichst zu verhüten. Redner wendet sich dann gegen den Vorschlag des Parteivorstandes, nur den vierten Teil der Fraktionsmitglieder an den Beratungen des Parteitages teilnehmen zu lassen. Der Vorschlag sei unpraktisch, weil sich die übrigen Abgeordneten dann von ihren Wahlkreisen delegieren lassen würden. Er müsse sich wundern, daß gerade die Berliner Vertrauensleute als die eigentlichen Väter dieses Vorschlages dem Parteivorstand solche unzumutbaren Anregungen gegeben haben.

Davidsohn hält es nicht für opportun, sich schon jetzt für oder gegen den Generalkreis festzulegen. Alle Maßnahmen zur Abwehr reaktionärer Gewaltstöße müssen nach Zeit und Umständen gewählt werden. Im übrigen habe Bebel die Sachlage klar gekennzeichnet, als er aussprach, das Proletariat habe kein Interesse mehr an den Weiterbeständen des Reiches, falls den Arbeitern das Reichstags-Wahlrecht geraubt werde. Redner befürwortet sodann in längerer Ausführungen die Besprechung der Alkoholfrage auf dem nächsten Parteitag. Es folgten eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Bei der alsdann vorgenommenen Abstimmung wurde der Antrag, die Schulfrage auf die Tagesordnung des Bremer Parteitages zu setzen, gegen 2 Stimmen angenommen; ebenfalls der Antrag betreffend die Alkoholfrage mit 90 gegen 87 Stimmen. Der Antrag, die Generalkreisfrage auf dem nächsten Parteitag zu behandeln, wurde dagegen mit 93 gegen 82 Stimmen abgelehnt. — Es entspann sich hierauf noch eine lebhaft debattierte darüber, ob der fünfte Kreis diesmal drei oder zwei Delegierte nach Bremen entsenden solle. Die Mehrheit entschied für zwei Delegierte, deren Namen bereits gestern mitgeteilt worden sind.

Liepmann gab zum Schluß noch bekannt, daß der fünfte Kreis demnächst wieder vor einer Stadtverordnetenwahl stehe, da durch den jüngst erfolgten Tod des freisinnigen Stadtverordneten Sutter das Mandat des 80. kommunal-Wahlbezirks freigeworden ist. Er ermahnte die Genossen, rechtzeitig eine rege Agitation zu entfalten, damit die hier in Frage kommende dritte Abteilung unter der als selbstverständlich vorausgesetzten thätigsten Mitwirkung des sechsten Kreises das freigewordene Mandat für die Partei erobern werde.

Mit einem Hoch auf die Partei schloß darauf der Vorsitzende die Versammlung.

Sechster Wahlkreis. Die Versammlung tagte im Germaniaaal in der Chausseestraße. Sie war so stark besucht, daß der Saal kaum alle Erschienenen zu fassen vermochte. — Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die Brandenburger Provinzialkonferenz, sprach Paulant. Die Verhandlungen über Agitation und Organisation wurden wohl das lebhafteste Interesse der Konferenz hervorgerufen. Der Redner beleuchtete die Anträge, welche zu diesem Punkt sowohl von einzelnen Provinzfreisen, wie von der Agitationskommission gestellt sind. — Ohne Debatte wurden die Genossen Mars, Trapp und Arendsee zur Provinzialkonferenz delegiert.

Darauf trat die Versammlung in den zweiten Punkt der Tagesordnung ein: Der Bremer Parteitag.

Der Vorsitzende Freyhafer verlas mehrere erst eingegangene Anträge an den Parteitag. Ein Antrag forderte, daß der „Vorwärts“ in derate großkapitalistischer Betriebe nicht aufnehmen, weil dadurch die kleinen Geschäfte geschädigt würden. — Die Versammlung nahm diesen Antrag mit Heiterkeit auf. — Ein anderer Antrag will, daß der Parteitag die Frage des Generalkreises auf die Tagesordnung setze. — Ein dritter Antrag, der ebenfalls belächelt hervorrief, be-

früher die Einführung von Massenfahrgeldern. — Ein Antrag des Genossen des 881. Bezirks will, daß der Parteitag den „Vorwärts“ veranlasse, Wochenabonnements zu 25 Pf. einzuführen. — Der Vorsitzende bemerkte, daß die Verhandlung über diese Anträge nach dem Statut unzulässig sei, weil dieselben dem Vorstande nicht rechtzeitig eingereicht seien. — Ein Antrag des Genossen Scholz, der die Einreichungsfrist amändernd innegehalten hat und deshalb noch der Kreisversammlung vorgelegt werden konnte, erwidert den Parteitag, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen: Welche Taktik hat die deutsche sozialdemokratische Partei einzuschlagen, um die Angriffe der Reaktion auf das Reichstags-Wahlrecht erfolgreich abzuwehren, und welche Stellung hat die Arbeiterklasse bei einem etwaigen Raube des Wahlrechts einzunehmen? — Die Kreisversammlung hat diesen Antrag abgelehnt, weil sie der Ansicht ist, es sei nicht angängig, daß der Parteitag veranlaßt werde, die Frage zu beantworten, welche Taktik die Partei in einem Falle einschlagen solle, der vielleicht einmal eintreten könnte. — Ein Statutgemäß behandelnder, von der Kreisversammlung bereits angenommener Antrag erwidert den Parteitag, die Schlußfrage auf die Tagesordnung zu setzen.

Das Sekretat über den Parteitag ersichtete Ledebour! Er gab der Erwartung Ausdruck, daß die Debatten des Bremer Parteitages nicht so stürmisch verlaufen würden, wie die des Dresdener Parteitages, denn die Frage der Taktik sei in Dresden im Prinzip zu Gunsten unserer alten revolutionären Taktik entschieden worden. Der bevorstehende Parteitag werde jedoch eine Anzahl interessanter Fragen zu behandeln haben. Der Antrag des Parteivorstandes, welcher das Verfahren des Ausschusses regelt, sei eine Neuerung, die man billigen könne. Ueber die Vertretung der Reichstagsfraktion durch eine Delegation wolle Redner kein Urteil abgeben. Die Vertretung der Wahlkreise im Verhältnis zur Zahl der Parteigenossen der Kreise halte er für eine wichtige Angelegenheit, die im Interesse unseres Parteilebens geregelt werden müsse. Die Behandlung der Schlußfrage durch den Parteitag werde der Agitation einen starken Impuls geben. — Voraussetzlich werde die Frage der Sicherung des Wahlrechts in irgend einer Form auf dem Parteitag erörtert werden. Wir erleben bereits das Vorbild zur Verschlechterung des Wahlrechts. Was aber auch die Reaktion in dieser Hinsicht plane, es könne der Sozialdemokratie nicht schaden, wenn sie sich selber trenn bleibt. Allerdings habe sich der Genosse Friedeberg in letzter Zeit in einer Weise über das Wahlrecht ausgesprochen, die die Interessen unserer Partei schädigt. Es sei möglich, daß Friedeberg auch in Bremen seine Ansichten vertritt, und deshalb sei es angebracht, hier auf diese Angelegenheit einzugehen. Zu der von Friedeberg vertretenen Generalstreiks-Idee habe der internationale Kongress eine sehr vernünftige Stellung eingenommen. Welch ein Widerspruch sei es doch, wenn man den Generalstreik zur Sicherung des Wahlrechts empfehle und gleichzeitig sage: Wir weihen dem Wahlrecht, wenn es uns genommen wird, keine Thräne nach. Wenn Friedeberg das wirklich gesagt hat, dann habe er sich damit zum Bundesgenossen unserer Gegner gemacht. — Wenn wir erst so weit wären, um die Einführung der sozialistischen Gesellschaft durch den Generalstreik zu erzwängen, dann bedürften wir dieses Mittel zu diesem Zweck nicht mehr. Der Massenstreik zur Durchführung politischer Forderungen könne unter Umständen Erfolg haben, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Gewerkschaften von sozialistischem Geiste durchdränkt seien. Friedeberg verzele aber den Gewerkschaften die Sozialdemokratie, indem er die Tätigkeit und die Erfolge der sozialdemokratischen Partei als ganz bedeutungslos hinstelle. Wir überschätzen den Parlamentarismus gewiß nicht, aber die Art und Weise, wie Friedeberg sich gegen denselben wendet, sei nicht zu billigen. Wenn auch der Einfluß und die Macht des Parlaments in Deutschland nur gering sei, so wäre es doch eine Thorheit, wöllen wir die Waffe, die uns die Beteiligung am Parlamentarismus bietet, fortwerfen. Wenn Friedeberg sich so absprechend über den Parlamentarismus und das Wahlrecht äußerte, und wenn eine große Versammlung ihm darin zustimmte, so sei das wohl eine Folge der großen Hitze, die diesen Sommer herrsche. (Beifall.) Sollte die Wahlrechtsfrage auf dem Parteitag auftauchen, so werde sie ohne Zweifel, wie bisher, in dem Sinne entschieden werden: Wir weisen kein Mittel zurück, durch das wir etwas erreichen können, wir halten aber auch die unvollkommene Waffe fest, um unsere Gegner damit zu schlagen. (Lebhafter Beifall.)

Vor Eintritt in die Diskussion empfahl der Vorsitzende Freythaler, nur den Antrag Scholz und den die Schlußfrage betreffenden Antrag zu diskutieren, die anderen Anträge aber, weil zu spät eingebracht, nicht zu berücksichtigen. — Ernst regte an, den Antrag, betreffend Wochenabonnements des „Vorwärts“, der Pressekommision zur instanzmäßigen Erledigung zu überweisen. Die Antragsteller erklärten sich damit einverstanden, worauf der Antrag, weil nicht zu diesem Punkt der Tagesordnung gehörend, einstweilen zurückgestellt wurde.

Hierauf begann die Diskussion. Halfter trat dafür ein, daß der § 2 des Organisationsstatuts, den Ausschluß betreffend, so bleibe wie bisher, daß die Schlußfrage nicht auf dem Parteitag erörtert werden brauche, weil unser Standpunkt zu derselben im Programm festgelegt sei und daß auch eine anderweitige Regelung der Vertretung der Wahlkreise nicht notwendig sei.

Weyke wandte sich gegen die Ausführungen, welche Ledebour gegen Friedeberg machte. Der Redner meinte, Ledebour habe Friedeberg persönlich heruntergerückt. Das sei nicht recht. Friedeberg sei als guter Parteigenosse bekannt, er habe sich namentlich in der Agitation für Verbesserung der sozialen Gesetzgebung große Verdienste erworben. Er, Redner, sei durch Friedebergs Vortrag nicht irritiert worden. Man könne doch solchen Vorträgen anhören, wenn man auch nicht mit allen Ausführungen des Vortragenden einverstanden sei. Er müsse dem ersichtlichen widersprechen, daß ein nicht anwesender Parteigenosse hier so heruntergerückt werde.

Hirsch bemerkte, er fühle sich durch Ledebours Ausführungen gegen Friedeberg nicht befriedigt. Man brauche nicht mit Friedeberg übereinstimmen, müsse aber doch zugeben, daß die von ihm erörterten Fragen in der Partei diskutiert werden können.

Arböhn führte aus, Friedeberg habe mit seinen Ausführungen allen Genossen, die treu und ehrlich der Partei dienen, ins Gesicht geschlagen. Friedeberg habe die Partei angegriffen und zwar auf einem Boden, wo derartige Erörterungen nicht angebracht waren, denn Friedeberg habe in einer gewerkschaftlichen Versammlung gesprochen und die sozialdemokratische Taktik kritisiert vor Zuhörern, die zum Teil aus Nichtsozialdemokraten bestanden. Wie lämen denn die Anarchisten dazu, sich hinter unsere Taktik aufzuhalten? Wenn Friedeberg den Sozialdemokraten anarchistische Schriften empfehle, so müsse er auch die Konsequenzen daraus ziehen. Daß Friedeberg ein ehrlicher Mensch sei, bezweifle niemand. Es empfehle sich vielleicht, Friedeberg zum Vortrag im Wahlverein aufzufordern und mit ihm zu diskutieren. — Es siehe noch die Angelegenheit Schippel auf der Tagesordnung.

Hier unterbrach der Vorsitzende den Redner mit der Bemerkung: Nicht der Fall Schippel, sondern der Parteitag siehe auf der Tagesordnung. Der Redner brach darauf keine weiteren Ausführungen ab. Ledebour wandte sich, beziehungsweise auf die Ausführungen Meykes, nochmals scharf gegen den Friedebergischen Standpunkt. Die Abwesenheit Friedebergs sei kein Grund, mit der Kritik zurückzuhalten, denn es handle sich um eine für die Partei sehr wichtige Angelegenheit. Gewiß sei Friedeberg ein guter Mensch, er möge auch vieles für die Partei gethan haben, aber die Ansichten, die er jetzt vertritt, seien so thöricht, so schädlich für die Partei, daß sie mit größter Entschiedenheit zurückgewiesen werden müssen. Redner nehme nichts von dem zurück, was er gegen Friedeberg gesagt habe. (Lebhafter Beifall.) Wenn er Friedebergs thörichte Ausführungen, namentlich die Bemerkung: Wir weihen dem Wahlrecht keine Thräne nach, nicht mit der Hundstagsheute entschuldigend hätte, dann müßte er ein solches Verhalten als Parteiverrat bezeichnen. (Sehr richtig!) Es sei fandalös, daß Friedeberg solchen Standpunkt vertrat und eine Versammlung ihm zustimmte in einer Zeit, wo wir einen Kampf für die Erhaltung des Wahlrechts zu führen haben. Es sei zu bedauern, daß in jener Versammlung kein Parteigenosse zum Wort gekommen sei, um gegen Friedebergs Ansichten zu sprechen. Wäre das geschehen,

dann hätte sich die Versammlung vielleicht nicht durch Friedeberg irre machen lassen, und die Resolution wäre wahrscheinlich abgelehnt worden. Der Redner schloß unter allgemeinem lebhaftem Beifall mit einer scharfen Zurückweisung des Friedebergischen Standpunktes.

Nachdem noch Weifel gegen die dem Genossen Friedeberg zu teil gewordene Kritik gesprochen hatte, wurde ein Schlußantrag angenommen.

Die Versammlung stimmte dem Antrage, die Schlußfrage auf dem Parteitag zu erörtern, zu, lehnte den Antrag Scholz ab und wählte Vitorf, Anders und Freythaler als Delegierte zum Parteitag.

Hierauf wurden einige Vereinsangelegenheiten erledigt. Zwei Mitglieder, die wegen unsolidarischen Verhaltens in der Gewerkschaft durch Beschluß der Kreisversammlung ausgeschlossen waren, hatten an die Generalversammlung Berufung eingelegt. Die Versammlung billigte nach kurzer Besprechung der Angelegenheit den Beschluß der Konferenz.

Der Antrag, das Wochenabonnements betreffend, wurde bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt.

Anschließend erklärte der Vorsitzende Freythaler die Tagesordnung für erledigt und wählte die Versammlung mit einer kurzen Ansprache schließend. Von mehreren Seiten ertönte jedoch der Ruf: „Schippel“. — Schippel erbat darauf und erhielt das Wort zur Geschäftsordnung. Er sagte: Er habe angelündigt, hier über die Anzuspargungen, die ihm im „Vorwärts“ zu teil geworden seien, zu reden. Er habe an dieser Absicht festgehalten, bis er heute im „Vorwärts“ folgenden Satz gelesen habe:

„In seiner sogenannten „Berichtigung“ (Nr. 105 des „Vorwärts“ vom 20. August) bestreitet Schippel die „Unterstellung“, daß er jemals daran gedacht oder gar der Sozialdemokratie empfohlen hätte, der kontinentalen Landwirtschaft in ihrer Krise „durch Preisconservierung und damit Grundrentenerhaltung zu helfen“. Soll der Ausdruck „Preisconservierung“ Befangen, Konservierung der Agrarproduktpreise, dann bestreitet Schippel etwas, dessen wir ihn nicht beschuldigt haben. Es ist uns nirgends eingefallen zu behaupten, Schippel wolle die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse konservieren, noch daß er dieses Ziel, ähnlich wie die bürgerliche Politik, durch die Erhebung von Agrarzöllen erreichen wolle.“

Hier unterbrach der Vorsitzende den Redner mit der Bemerkung, die Verlesung einzelner Sätze aus der Polemik gegen Schippel sei keine Ausführung zur Geschäftsordnung. — Schippel sagte darauf: Nachdem der „Vorwärts“ in den verlesenen Sätzen das zurückgenommen hat, was ich in seinen Ausführungen suchte, habe ich keine Veranlassung mehr, über diese Angelegenheit hier zu reden. Wöllen Sie über meine Ansichten mit mir diskutieren, so bin ich zur Stelle.

Vorsitzender Freythaler bezeichnete das Soeben von Schippel eingeschlagene Verfahren als unangebracht. Nach der Verlesung eines Satzes könne sich niemand ein Urteil bilden. Keinem Mitgliede siehe das Recht zu, auf Grund einer Anklage hier gegen einen Mitarbeiter des „Vorwärts“ zu sprechen. Wer sich durch einen Mitarbeiter des „Vorwärts“ verletzt fühle, müsse sich an die Pressekommision wenden. Die Generalversammlung des Wahlvereins sei nicht der Ort dazu. Schippel habe nicht zur Geschäftsordnung gesprochen, sondern ein Urteil abgegeben. Dasselbe sei als nicht gegeben zu betrachten.

Mit einem Ausruf an die Genossen zur regen Beteiligung an den Partei-Arbeiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Partei-Nachrichten.

An die Delegierten zum Parteitag!

Das unterzeichnete Komitee richtet an die Delegierten zum Parteitag die dringende Bitte, rechtzeitig ihre Anmeldung bewirken zu wollen. Das Lokalkomitee wird spätestens eine Woche vor dem Parteitag an die bis dahin angemeldeten Delegierten verschiedene Drucksachen (Festschrift, Führer durch Bremen, Programm) versenden, um die Delegierten in den Stand zu setzen, sich noch vor ihrer Abreise nach Bremen über verschiedene für sie wichtige oder interessante Thatsachen informieren zu können.

Es ist dem Wohnungsausschuß erwünscht, wenn die Delegierten über die Art der von ihnen gewünschten Logis (ungefähre Preis, ob einzeln oder mit mehreren etc.) bei ihrer Anmeldung nähere Angaben machen, damit diese Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt werden können.

Anträge zum Parteitage.

Eine Versammlung der Rürnberger Parteigenossen, die sich mit dem Bremer Parteitag befasse, beschloß einstimmig, an den Parteitag folgenden Antrag zu stellen:

Die Parteigenossen Rürnbergs beantragen: Zur Entlastung des Parteivorstandes ist eine Agitationskommission zu bilden, die mit den Provinzial- und Landesvorständen der Partei stets Fühlung zu unterhalten hat. Aufgabe der Kommission ist die Organisation einer systematischen Agitation in Wort und Schrift. Die Zahl der Mitglieder dieser Agitationskommission wird auf jedem Parteitage neu bestimmt; die Wahl derselben überläßt er ebenso vielen Orten beziehungsweise Landesorganisationen, als die Kommission Mitglieder zählt.

Das Mandat der Agitationskommission endet auf dem Parteitage, der seiner Wahl folgt. Die Wahl der Orte, welche die Mitglieder zu bestimmen haben, erfolgt von neuem auf jedem Parteitage.

Die Kommission erhält einen ständigen Sekretär, der vom Parteitage gewählt wird oder mit dessen Einverständnis vom Parteivorstande und den Kontrollreuen ernannt werden kann. Der Sekretär der Agitationskommission hat Sitz und beratende Stimme in den Sitzungen des Parteivorstandes. Die Kommission tritt nach Bedarf, mindestens einmal in jedem Vierteljahre, zusammen.

Einstimmig beschlossen wurde ferner, an den Parteitag den Wunsch zu richten, daß zum Punkte Organisation ein Referent aufgestellt wird. Endlich wird beantragt, den Parteitag 1906 in Rürnberg abzuhalten.

Die Dortmunder Parteigenossen nahmen folgende Resolution an:

„Die Kreisversammlung spricht die ernste Erwartung aus, daß sich in Bremen ähnliche Szenen nicht wiederholen, wie sie in Dresden zum schweren Schaden der Partei frivolesweise herbeigeführt wurden. Die Konferenz erwartet ferner, daß der Parteitag eine straffere Centralisation und Organisation im Sinne der bekannten Breslauer Vorschläge in die Wege leitet. In der Weisheitfrage spricht sich die Konferenz entschieden gegen jede Abmilderung der bisherigen Form aus. Endlich wünscht die Konferenz, daß der Parteitag die Haltung der Fraktion in der Heresfrage mäßigigt, und der Affäre Schippel das Ende bereitet, das allein dem Ansehen und dem Interesse der Partei entspricht.“

Die Parteigenossen von Dresden-Kreuzstadt nahmen folgende Anträge an:

„Der Parteitag wolle beschließen: Der Beschluß des Mainzer Parteitages, die zwangswelche Beteiligung bei den Landtagswahlen betreffend, ist aufzuheben. Die Beteiligung an den Landtagswahlen bleibt den einzelnen in Betracht kommenden Ländern überlassen.“

„Der Parteitag wolle beschließen: Redakteuren an Zeitungen, die im Parteiverlag erscheinen, ist die Mitarbeit gegen Honorar an anderen Zeitungen, politischen und wissenschaftlichen Rednern, Genossenschaftsblättern usw., sowie die Herausgabe eigener Broschüren fernerehin nicht mehr zu gestatten. Die Verleger von Zeitungen sind gehalten, Arbeiten von angestellten Redakteuren abzulehnen.“

Den letzteren Antrag begründete Genosse Paulus nach den uns vorliegenden Bericht der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ so:

Die Gehaltsfrage unserer Redakteure sei eine gerechte. Der Parteiredakteur habe seine ganze Kraft seiner Zeitung zu widmen. Es sei nicht nötig, daß die Mitarbeiterkosten immer größer würden. Auch der Redakteur brauche Ruhe und Erholung; durch zu intensive

Rebenarbeit schädige er seine Gesundheit, verlege aber auch unsere Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit. Die freien Schriftsteller drücke die Konkurrenz der Parteiredakteure. Der Dresdener Parteitag und andre Vorkommnisse hätten das bewiesen.

„Freier“ Schriftsteller ist der Begründer des Antrages sicher nicht.

Dem Parteitage in Bremen widmet die „New Yorker Volkszeitung“ eine Betrachtung, die sie folgendermaßen schließt:

„Wir mögen uns nicht an, von hier aus entscheiden zu wollen, wie weit persönliche Auseinandersetzungen auf dem Bremer Parteitage noch absolut notwendig sein dürften; davon aber sind wir überzeugt, daß die Massen der deutschen Sozialdemokratie solche Auseinandersetzungen auf Fälle beschränkt zu sehen wünschen, in welchen die persönliche Frage auch die Verleumdung oder Verteidigung eines grundlegenden Prinzips involviert, also unter allen Umständen zum Austrag gebracht werden muß. Und wir begen die feste Überzeugung, daß unsere deutschen Genossen aus der Vergangenheit eine Lehre ziehen und die Verhandlungen des Bremer Parteitages so gestalten werden, daß sie zu Ausgangspunkten neuer Siege für die Partei und für die Sache des Sozialismus werden müssen.“

Die Parteigenossen des vierten hannoverschen Wahlkreises (Donaukreis) beschloßen, falls sich nicht infolge der Beschlüsse des Bremer Parteitages etwas anderes notwendig machen sollte, einen Verein für den ganzen Wahlkreis zu bilden.

Soziales.

Die Polizei ist keine ästhetische Anstalt.

Der Bürgermeister zu Minderoth im Rheinlande hatte verboten, einen öffentlichen Fahrweg, der zu einem Ausflugsort in schöner Berglandschaft führt, mit Lastfuhrwerken zu befahren. Dadurch wurde es dem Steinbruchbesitzer Vey unmöglich, seinen Steinbruch weiter zu betreiben. Es handelt sich um den einzigen Zufahrtsweg zu seinem Steinbruch. Er verging sich gegen die Polizeiverordnung, um im Gerichtswege feststellen zu lassen, ob sie rechtsgültig sei. Er behauptete, sie sei nur erlassen worden, um seinen Steinbruchbetrieb unmöglich zu machen, nachdem der Verschönerungsverein vergeblich über den Ankauf des Besitzums mit ihm verhandelt habe. Das Landgericht Köln als Berufungsinstanz verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe und erklärte die Verordnung für gültig. Sie werde genügend gestützt durch verkehrspolizeiliche Gründe, da der Weg stellenweise so schmal sei, daß Fußgänger einem Lastwagen nur dadurch ausweichen könnten, daß sie ins Gebüsch sprängen. Unerheblich wäre demgegenüber, daß die Einstellung des Steinbruchbetriebes im Interesse der Erhaltung landschaftlicher Schönheit dem Bürgermeister als ein wünschenswerter Erfolg der Verordnung vorgeschwebt haben möge.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob dies Urteil auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Es sei anzunehmen, daß die Polizeiverordnung nicht den Schutz der Fußgänger auf dem schmalen Kommunikationswege bezweckt habe, sondern erlassen worden sei, um die Einstellung des Steinbruchs des Angeklagten zu erzwingen. Das gebe zur Evidenz daraus hervor, daß die Sperre durchweg statgefunden habe und nicht bloß für die Stunden des hauptsächlichsten Fußgängerverkehrs. Weiter gebe es daraus hervor, daß der Bürgermeister, der sich im übrigen hinter die Amtverschwiegenheit steckte, doch in zweiter Instanz als Zeuge die Einstellung des Steinbruchs als einen erwünschten Erfolg der Verordnung bezeichnete. Eine solche aus ästhetischen Gründen erlassene, dem Schutze landschaftlicher Schönheiten dienende Polizeiverordnung sei aber unzulässig, da § 8 des Polizeiverwaltungsgezetzes nicht den Schutz landschaftlicher Schönheiten zu den Gegenständen des polizeilichen Verwaltungsrechtes zähle, wie ästhetische Interessen überhaupt nicht dem polizeilichen Schutze unterlägen.

Aus der frauenbewegung.

An die Frauen und Mädchen des Kreises Teltow-Beetzow-Storkow-Charlottenburg.

Genossinnen! Unsere Kreisversammlung findet in diesem Jahre in Nixdorf im Lokale des Herrn Thiel, Bergstr. 151—152, statt, in welcher der Stadtverordnete Genosse Paul Hirsch einen Vortrag über die Bedeutung der Frauenkonferenz, den Parteitag und die Provinzialkonferenz hält. Hierzu werden gleich die Delegierten gewählt, also ist es Pflicht aller Genossinnen unseres Kreises, in dieser Versammlung zu erscheinen. Wir haben Nixdorf gewählt, weil es der Mittelpunkt und von allen Orten leicht zu erreichen ist. Es wird pünktlich angefangen, damit jeder zeitig nach Hause fahren kann. Recht zahlreichen Besuch, auch der Genossen, erwartet.

Die Kreisvertrauensperson: Fr. Thiel, Tempelhof.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 20. August findet auf Wunsch einer Anzahl von Mitgliedern ein nochmaliger Ausflug nach Treptow zu Joel, Köpenicker Landstr. 21, statt. Um rege Beteiligung wird gebeten. Unsere nächste Kreisversammlung ist am 5. September.

Der Vorstand.

Wasserstand am 23. August. Elbe bei Kuffig — 0,95 Meter, bei Dresden — 2,29 Meter, bei Magdeburg — 0,06 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,65 Meter. — Oder bei Rathbor + 0,78 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 4,08 Meter, bei Breslau Unter-Regel — 1,94 Meter, bei Frankfurt + 0,04 Meter. — Weisfel bei Grabenände + 1,58 Meter. — Bärthe bei Hofen — 0,20 Meter. — Rye bei Uch + 0,20 Meter.

Hohlweins

Kegler-Schlösschen.

(H. Redlich.)

Treptow, Köpenicker Landstr. 27.

Großer schattiger Garten.

Jeden Sonntag:

Frei-Konzert. Saale: Grosser Ball.

Stasche 1/2, Alter 70, 1/2 Alter 40 Pf.

Glas Bier 10 Pf. Kleine Beige 10 Pf.

Auto Speisen zu soliden Preisen.

Wilhelm Trapps

Sommer-Theater.

Regel, Bahnhofstraße 1.

Jeden Sonntag u. Donnerstag:

Großes Garten-Konzert

u. Spezialitäten-Vorstellung.

Eintritt 10 Pfennig. Sonntags

reiserpret 20 Pf. 55242*

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41,

Haut- und Harnleiden.

10—2, 5—7, Sonntags 10—12 2—4.

Dr. Schönemann

Spezialarzt für Haut-, Gyn- und

Frauenleiden, Seydelstr. 9,

Wochentags 1/2, 12—1/2, 1/2, 6—1/2, 8.

Steppdecken

Gelegenheitskauf.

Kattun, buntfarbig, 2,85

Wollatlas, alle Farben 4,05

Similiseide, alle Farben 6,00

Normal-

Schlafdecken 2,00, 3,00

Special-

Haus

Emil Lefèvre,

Berlin

Oranienstrasse 150.

Reine ästhetisch haltbare

Rahmbierkäse

aus Vollmilch, mild pikant schmelzend, etc.

exquisit feines, süßlich haltb., Steine u.

3 Pf. Gem., offerierte in Staniolpackung,

4 1/2 Pf. netto zu 10 Pf. Rahn. G. Maisch

Nacht, Mommings (Bayer. Würtg.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 2. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Spernhaus, Lohengrin.
Neues königl. Opern-Theater.
Der Vogelhändler.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Geschlossen.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Figaros Hochzeit.
Wochen. Kammerle Wittwe.
Berliner. Popsentzug.
Neues. Kabale und Liebe.
Weibenz. Die 300 Tage.
Kleines. Nachtsyl.
Carl Weis. Wiedergebunden.
Trianon. Die Rotbrücke.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Belle-Alliance. Kam'rad Lehmann.
Hippolyt. Bemis auf Erden. Spezialitäten.
Herrfeld-Theater. Nur eine Nacht.
Am andern Morgen.
Stadt-Theater Wodwit. Der reiche Kutscher.
Wintergarten. Spezialitäten.
Hochschallen. Stettiner Säng. **Passage-Theater.** La Belle Georgette.
Spezialitäten. Anfang 5 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Im Theater: Die Weltausstellung in St. Louis.
Hierauf: Der Gardasee.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Kabale und Liebe
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Elton Jux will er sich machen.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachtsyl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Elektra.

Belle-Alliance-Theater.

Heute bis Sonntag abend 8 Uhr:
Charlens Taute.
Golds Thiescher in der Tischoffe.
Am 3. Akt Bozina Bradzky mit neuen Charaktern von Oscar Strauß.
Im Sommergarten, Anfang 6 Uhr:
Großes Max Schmidt-Konzert und glänzendes Spezialitäten-Vorstellung.

Residenz-Theater.

Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwan in 3 Akten von Paul Genault u. Robert Charvet. Deutsch v. H. Halm.
Der Richard Alexander in der Hauptrolle.

Trianon-Theater.

Georgenstraße zwischen Friedrich- und Unterfildstraße.
Die Rotbrücke.
Zuspiel in 3 Akten von Fred Grefae und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.

8 Uhr:
Venus auf Erden.
Operette von Paul Lincke.
6 1/2 Uhr: Die phänomenalen Attraktionen des großen August-Programms und Roh. Steidl mit neuen Schlagern.

Metropol-Theater

Josef Giampietro a. D.
Henry Bender, Josef Josephini.
Anton Grünfeld, Frid Frid.
Der größte Erfolg dieses Jahres

Ein tolles Jahr.

Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Ranochen überall gestattet.

Bernhard Rose-Theater

Gefandbrunnen, Badstraße 58.
Heute: **Elite-Tag.**
Wie einst im Mai.
Paul Coradini, Arthur Wolff.
Ein Neubaun mit Hindernissen
Die Blücherei im Lohengrin.
Im Saal: **Elite-Ball.**
Entrée 30 Pf. Kamerierter Platz 50 Pf.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Weltausstellung in St. Louis.
Hierauf: **Der Gardasee.**
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
Passage-Panoptikum.
Das Bärenweib, lebend.
Der 16jährige Riesenknahe
Der lange Josef
217 cm gross.
Nada und Mimosa.
Gedankenleser.
Der Leichenfund.
Aga, die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

P. CASTAN'S PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Das grösste Ehepaar der Welt
die grösste Sehenswürdigkeit des 20. Jahrhunderts.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entrée 1 R., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: Der See-Elefant.
Entrée vom Garten 20 Pf., von der Straße 30 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Cirkus Sarrafani.

Grösster und elegantester Zeit-Cirkus Europas.
Täglich:
Mlle. Sandwina
das Wunder der weiblichen Kraft.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Röpnickerstr. 67, Sial. Jannowitzbrücke.
Sonabend, 6. 27. Aug., abds. 8 Uhr:
Wieder-Eröffnung
Gastspiel Adolf Philipp.
Am 31. Diele.
„Ueber'n grossen Teich“
Der Vorverkauf beginnt am Donnerstag, d. 25. Aug., 6. Werkheim, Invalidenbank und an der Theaterkassa.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

(XIII. Berliner Winter-Saison.)
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ue.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Eröffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Fröbels Allerlei-Theater

St. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Heute: **Sonder-Abend.**
Das Sensations-Vollstück
Das alte Lied
und 15 Attraktionen ersten Ranges.
Grosser Extratanz.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 75/76.
Direkt Ringbahnstation.
Ob Regen! Täglich Ob Regen!
im herrlichen Garten od. gr. Saal:
das neue konfurrenzlose Programm, ca. 35 erstklassige Nummern. Mit herrlichem Dekor!
Orig. **Les trois Daffis**, die Fahrt im kleinsten Todesring.
Belle Motor-Reum-Gesellschaft mit ungeliebten Original-Trip.
Orig. **Köhley-Trio**, senft. Zelter-Atrodaten und Hochturnkünstler.
Hedy Bramien, der kleine Rehold.
Elsa u. Paul Jeschek, informell.
Orig. Luigia o don Giglio, touffurereu-Loier Relange-Mit.
Max Tripps, der beliebte Fritz Brand u. Kaffeelücker. Volksbelustigungen.
Bis 2 Uhr: **Ball.** Entrée 20 Pf. Sonntag 30 Pf.

Berliner Pfater Theater

Kastellan-Allee 7-9
Täglich: Der rechte Weg.
Pantomime: Ein ruhiges Zimmer vorverloren.
Satanelli-Trio. Waldins.
Grigolati-Truppe. Konzert.
Ball, Specialit. Anf. 4 Uhr.
Entrée 30 Pf. Sonn. 50 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Geschlossen bis inkl. Freitag.
Sonabendabend 8 Uhr:
Eröffnung der Schauspiel-Saison.
Zum erstenmal: **Nedea.**
Trauerspiel in 5 Akten von Franz Grillparzer.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntagabend 8 Uhr:
Iphigenie.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) Morwitz-Oper.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Figaros Hochzeit.
Komische Oper in vier Akten von B. A. Mozart.
Freitagabend 8 Uhr:
Gastspiel **Georg Hölzel.**
Martha, oder: Der Markt zu Richmond.
Sonabendabend 8 Uhr:
bei halben Preisen:
Oberon, König der Elfen.
Im Garten: Großes Militärkonzert.

Freie Volksbühne

Die Vorstellungen beginnen eine halbe Stunde früher wie im Vorjahr, pünktlich um 2 1/2 Uhr. Die Mitglieder werden dringend gebeten, 2 1/2 Uhr spätestens zu erscheinen.
I. Serie I. Abteilung. Sonntag, 4. September, im Berliner Theater 2 1/2 Uhr:
Götz von Berlichingen.
Die Monatsschrift „Freie Volksbühne“ gelangt von Ende August ab in den Zahlstellen zur Ausgabe.
Die neuen Mitgliedskarten müssen abgeholt und mit der eigenhändigen Unterschrift des Mitgliedes versehen werden. Die in den Karten enthaltenen Daten der Veranstaltungen sind massgebend. 229/9
Gründer-Sitzung: Sonnabend, 27. August, im Gewerkschaftshaus 8 1/2 Uhr.

Neue Freie Volksbühne

Die I. Serie der Vereins-Vorstellungen für das Spieljahr 1904/5 beginnt am 4. September im **Neuen Theater** mit
Die Kindermörderin.
Bürgerliches Trauerspiel von Heinrich Leopold Wagner.
Die der II. Serie am 2. Oktober im **Schiller-Theater N.** mit
König Lear.
Tragödie von Shakespeare.

Morwitz-Oper (Schiller-Theater N.)

Chaussee-Straße 25.
Dienstag, 30. August, abends 8 Uhr (letzte Opernvorstellung):
Zar und Zimmermann.
Komische Oper von Lortzing.
Eintrittskarten für Mitglieder a 90 Pf., für Gäste a 1,10 R. (Parkett, Parquet, 1. Parquet und Logenplätze) sind in allen Zahlstellen zu haben. 150/20
Der Vorstand. V. V.: Heinrich Neff, Veteranenstr. 6.
Zahlstellen: H. Neff, Veteranenstr. 6. A. Knapp, Grünhaldenstraße 5. Petrich, Brenzlauer Allee 215. R. Kannapka, Brunnenstraße 1. K. Kleinau, Gerichtstr. 4. G. Bluma, Chausseestr. 26. W. Schroll, Landwehrstr. 3. M. Probst, Zinnowstr. 8. H. Becker, Gohlfeldstr. 9. W. Wendschek, Schiffbauerdamm 6. H. Landgraf, Neuburgerstr. 15. J. Poch, Röderstr. 120. Martensen, Belle-Alliancestr. 7. H. Bobzien, Kommandantenstr. 62. O. Gradhand, Potsdamerstr. 26. H. Köhn, Neumannstr. 63. H. Kautzold, Brangelstraße 52. III. A. Strangfeld, Bräuerstr. 24a. U. Stangenberg, Röpnickerstr. 20a. part. W. Tabert, Warststr. 14. H. Hirsch, Matternstr. 3. Seitenstr. III. A. Gorn, Franzfurter Allee 119. L. Grubert, Fruchtstr. 55. M. Kasbaum, Kofstr. 12. **Schöneberg: Arndt, Übersickerstr. 2. Friedmann: C. Danz, Kirchstraße 15. Seitenstr. III. Rixdorf: C. Heinrich, Mühlengassestr. 19. Charlottenburg: E. Schläfer, Schillerstr. 102.**

Nur noch kurze Zeit!
Flotten-Schauspiele
Kurfürstendamm 153-156.
Straßenbahn-Verbindung: Linien A, A/E, T, V, 81.
Größte Wasser-Schauspiele der Welt
auf 6000 qm großem See. 23/14
In die Luft sprengen von Kriegsschiffen.
Vorstellungen: Wochentags 4 und 8 Uhr.
Sonntags 3, 5 1/2, u. 8 Uhr.
Heute Donnerstag: **Ellitag**, verbunden mit **Pracht-Feuerwerk** am Schlusse der Abendvorstellung. Gewöhnl. Eintrittspreise.
Ab Donnerstag täglich Rettung Schiffbrüchiger vom Marine-Jugend-Verein Berlin, während der Abend-Vorstellung.

Hasenheide 108/114. **Neue Welt.** Arnold Scholz.
Donnerstag, den 25. August 1904:
Elite-Tag.
Gala-Monstre-Feuerwerk
Das Bombardement von Sebastopol und der Sturm auf den Malakoff.
Militär-Konzert
der Kapelle des Lehr-Regiments der Feld-Artillerie-Schießschule Bitterberg. Div. Stadtkompete Fritzk, unter Mitwirkung des mit dem ersten Preise im Berliner Sängerkonkurrenz 1904 gekrönten **Berliner Lieder-Quartett.**
Dir. R. Fiering.
Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entrée 50 Pf.

Max Kliem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. - Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

2. Fachausstellung für die Schuh- und Leder-Industrie

Veranstaltet vom
Neue Welt (Hasenheide)
25.-30. August a. cr.
GEÖFFNET von 9-9 Uhr
TÄGLICH KONZERT
Eintritt 50 Pfennig.
Militär-Stiefel-Wettbewerb

Passage-Theater.

Nur noch wenige Tage!
Das
glänzende August-Programm.
Bioskop. **Ringkampf: Haackenschmidt-Jenkins.**
Vierzehn erstklass. Nummern.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brannenstr. 16.
Ein Berliner Augenichts.
Sensations-Vollstück in 2 Bildern.
Nach Mitternacht. Geschw. Kaiser.
Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche u. 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.

Etablissement Sagenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Garten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstag, Donnerstag, Sonntag:
Fährmann-Walde-Sänger.
Sonabend:
im Kaiserfaal: **Tanz.**

Sanssouci.

Kolduser Thor - Stat. der Hochbahn
Täglich:
Hoffmanns Norddeutsche Säng.
Sonabend, 27. August:
Benefiz.
Extra-Vorstellung und Tanzkränzchen.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Säng.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Räderdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

WINTER GARTEN

Eröffnungs-Programm.
Pas de Deux oriental.
Tilly Bèbb mit ihren 12 Löwen
Paula Worm, Operettensängerin
Ital. Harmonorchester, 23 Harfenistinnen
Rudolf Segomer, Ventriloquist
Severin und Mlle. Dorville in der Pantomime „Der Trunkenbold“.
Nirvana, lebende Bilder.
Die Klein-Familie, Radfahrer.
Die 3 Cocktails, Tanz-Ensemble.
Die Bagassons, komische Jongleure.
Die 3 Motors, Hochturner.
Marcell Salzer, Vortragskünstler.
Biograph, darstellend d. Ringkampf zwischen Haackenschmidt u. Jenkins.

Schweizer-Garten

am Königspl., am Friedrichshain 29/32.
Täglich: Theater, Ball u. Spezialitäten-Vorstellung.
Das Eiserl. Liebespiel v. Knell.
Das Damenregiment.
Große Posse mit Ballett u. Evolution von Ull.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater. Frankfurter-Allee 85.
Täglich:
Das grossartige August-Programm.
Erstklassige Kräfte, ausserordentliches Programm. Anf. Wochentags 7 Uhr, Sonntag 4 Uhr.

NESTLE'S Kinder-mehl

Unübertroffen bei:
Bruchdurchfall Diarrhoe Darmkatarrh
Vorrätig in Apotheken, Drogerien, Colonialw.

Nur noch einige Tage!
Mariendorfer Kochbau-Terrain!
300 Baustellen von M. 3000.- an, prachtvoll geschnitten M. 3.- und M. 4.- pro Quadrat-Meter netto Baustelle, zur Ertrage nicht mehr abzutreten.
Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 6 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn Behrenstraße-Mariendorf. 23305*
Verkäufer, auch Sonntag von 3-5 Uhr, auf dem Terrain.
Eigentümer A. Lowrek, Berlin, Gneisenaustr. 52.

Nochmals Schippels Agrarschug.

Genosse Schippel schreibt uns:

Sie haben recht, wenn Sie nicht 47 Spalten der Erwidrerung von mir erwarten. Ich denke, im wesentlichen nur auf den äußeren Anlaß und Gang des Streites nochmals zusammenfassend zurückzukommen. Leider kann ich das auch heute noch nicht erledigen, weil mir einige Zeitungsnummern und Berichte nicht zur Hand sind. Einstweilen bitte ich deshalb um den Abdruck des folgenden:

Ich glaube vorige Woche, in verschiedenen Stellen der „Vorwärts“-Kritik die Absicht erkennen zu dürfen, mich, entgegen allen meinen eingehenden Darlegungen, als Agrarhässler, als Preiskonföderator usw. hinzustellen. Ich hatte deshalb erklärt, daß ich im 8. Wahlkreis eine solche Art des Verhaltens zur Sprache zu bringen beabsichtige. In der gestrigen Nr. 197 des „Vorwärts“ (Anm. 1. Spalte) wird jede solche Absicht der „Vorwärts“-Kritik auf das Bestimmteste bestritten. Da jeder selber als der beste Interpret seiner Anschauungen zu gelten hat, so scheidet damit natürlich — wie ich bereits gestern abend im 8. Kreis bemerkte — dieser persönliche Zwischenfall aus dem Streite aus. — Der Schluß der Anmerkung des „Vorwärts“ beweist allerdings, daß meine Kritiker sich über meine „Grundrenten“-Aufassung noch immer mächtig auf dem Holzwege befindet. Doch das ist sehr gleichgültig.

Was meine vermeintlichen inneren Widersprüche, betreffs der Agrarfrage, anbelangt, so ist in der Partei in Duzenden von Fragen die Stellung eine ganz ähnliche gewesen, sodaß eigentlich kein Wort mehr über Konsequenz oder Inkonsistenz zu verlieren sein sollte.

Man kann als Sozialist z. B. die Bildung und Ausbreitung der Kartelle und Trusts in gewissem Sinne für eine „Notwendigkeit“, für eine durchaus „normale“ Entwicklung halten — innerhalb des bürgerlichen Wirtschaftsrahmens. Diese Auffassung ist heute fast schon Norm in der Partei geworden.

Man kann ferner, wenn diese Auffassung mit allerlei kleinbürgerlichen Illusionen und Schreckphantasien bestritten wird, auch als Sozialist recht wohl weiter darauf hinweisen, daß die angstreue Verhinderung der Folgen der Kartelle doch wohl Uebertrieb sein müßten, denn sonst müßte die bürgerliche Gesellschaft selber, in ihrem eignen Lebensinteresse, in ganz anderer Weise den Kartellen gegenübersehen, als sie dies in Wirklichkeit thut — bei genügendem Unverständnis kann das dann ein persönlicher Gegner als „Verteidigung“ der Kartelle (und vielleicht auch noch der Schatzmacher dazu) denunzieren wollen. Aber auch diese „beschränkende, abtölpelnde“ Auffassung der Kartelle hören wir in der Partei bereits recht oft. Sie kann natürlich unrichtig sein, „parteilidrig“ ist sie in keiner Weise.

Der in Frage kommende Sozialist bleibt sich deshalb durchaus konsequent, wenn er alsdann, vom sozialistischen Standpunkte aus, über diese ganze bürgerliche Entwicklung scharf aburteilt und die Anwendung sozialistischer Mittel gegen die (von ihm anerkannten) Unzulänglichkeiten der alten selbstgewachsenen Einzelkulturren empfiehlt.

Das ist, an einem analogen Beispiel erläutert, das ganze Geheimnis meines „agrarischen“ Standpunktes und ich bleibe dabei: er ist genau so konsequent, wie wir das sonst bei Parteigenossen zu fordern gewohnt sind. Ich halte den Agrarschug, wie mancher von uns die Kartelle, in gewissem Sinne für eine Notwendigkeit innerhalb der bürgerlichen Politik des Kontinents, nachdem seit dem Ende der sechziger Jahre ganz neuartige internationale Konkurrenzverhältnisse entstanden sind. Ich belämpfe, wie mancher unter uns bei den Kartellen, gewisse Schreckphantasien über diesen bürgerlichen Agrarschug, da man sonst die Kraft- und Lebensfähigkeit der agrarischen Strömungen, bei uns und im Ausland von ähnlicher Wirtschaftsstruktur, ganz falsch einschätzt. Ich lehre mich dann jedoch, wie jeder von uns bei den Kartellen, gegen die bürgerliche Feilung und Zerstörung der Agrarkrise — eben gegen die Agrarkrise — und spreche die Hoffnung aus, daß sozialistische Heilmittel zur Anwendung gelangen werden.

Von „Widersprüchen“ vermag ich da gar nichts zu sehen. Auch von einem „Rückzug“ kann gar keine Rede sein, da ich die Frage meiner und unsrer Stellung niemals anders, sondern stets genau so ablehnend wie jetzt, entschieden habe — die bürgerlichen Gründe für Agrarträge habe ich jedoch in Chemnitz prononzierter denn je hervorgehoben, weil man mir sonst wieder Vertuschung und Hintergedanken vorgeworfen haben würde.

Ueber meine Verpflichtung, selber der Partei Vorschläge zu unterbreiten (etwa ähnlich wie Kautsky sein 500 Millionen-Programm), habe ich in der Chemnitzer „Volksstimme“ das Folgende bemerkt, und es scheint mir auch heute noch vollkommen zu genügen:

„Folgern darf man aus meinen Darlegungen allerdings, daß für die Partei die Agrarfrage wohl noch nicht als „gelöst“ zu betrachten ist. Kommt sie, was in keiner Weise eilt, wieder einmal ernstlich zur Erörterung — so wohl hinsichtlich der tatsächlichen Feststellungen über die Lage der Landwirtschaft, wie hinsichtlich der Möglichkeit sozialistischer Heilmittel gegen etwa anzuerkennende Notstände — so unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß mir vieles besser machen werden wie 1898. Ich selber bin ein lebender Zeuge mancher Meinungsumschüngen auf diesem Gebiete, und auch andere haben unterdes mancherlei gelernt. Das geht uns nun einmal allen so, oder doch den meisten von uns — glücklicherweise.“

„Selber rettende Gegenprogramme gegen den bürgerlichen Agrarschug auszudecken, dazu bin ich selbstverständlich nicht verpflichtet, dazu bin ich ferner sehr wenig veranlagt. Ich hütdige in solchen Dingen noch immer dem altväterlichen Grundsatz, daß Programme und programmatische Kundgebungen nur kollektive Arbeit, nur das Ergebnis vorangegangener vielseitiger Aussprachen und Verhandlungsversuche innerhalb der Partei sein können und sein sollen, daß sie darum zunächst ein, in der Partei allseitig empfundenes Bedürfnis nach einer bestimmten Stellungnahme zur Grundfrage haben müssen. Seit dem Jahre 1898 habe ich davon nichts mehr verspürt. Das wird sicher eines schönen Tages abermals anders werden. Bis dahin jedoch kann unferneinern vernünftigerweise weiter nichts wollen, wie Aufklärung über die maßgebendsten agrarischen Entwicklungserscheinungen mit verbreiten zu helfen, um auf diese Weise spätere Diskussionen zu erleichtern und spätere Vorschläge vorzubereiten. Heute schon mehr zu thun, hieße Eier bebrüten, ehe sie gelegt sind.“

In einer Fußnote dazu habe ich dann aber doch darauf hingewiesen, daß auch ich von dem uns angebotenen Projektmachen nicht ganz frei geblieben bin. Ich habe seit Jahren verschiedentlich den Gedanken verfolgt, wie man, bei uns, den Boden und die Agrarproduktion von der Grundrente befreien könne. Denn die Gegenpole der kontinentalen Politik bleiben: entweder (bei Fortbestand der alten Verschuldungsverhältnisse) die Produktpreise halten oder die Landwirtschaft durch „Bodenbefreiung“ konkurrenzfähig machen; da ich das erste, die heutige bürgerliche Hülse ablehne, so ist mir das zweite als Ausweg immer plausibler geworden. Wie ich auch im 8. Berliner Kreis ausführte: in Wänden des Nachts heißt diese „Bodenbefreiung“ Herabsetzung der Pachten durch private Kämpfe und durch staatliches Zwangsangehen — bei uns würde sie meines Erachtens heißen müssen: Ablösung der Grundschulden. Doch das sind vorläufig alles Zukunftsspekulationen.

Berlin, 24. August 1904.

Mag Schippel.

11te Jahres-Versammlung des Centralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich.

München, 23. August.

(Zweiter Tag.)

Anträge auf Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes.

Hierzu liegen verschiedene Anträge vor, die bereits von früheren Generalversammlungen angenommen wurden. Es wird beschlossen, diese Anträge als erledigt zu betrachten und in eine Verhandlung über sie nicht einzutreten. Von den übrigen ist nur der Antrag der Gemeinsamen Orts-Krankenkasse der Stadt Gotha zu § 29 von allgemeinem Interesse: „Ermächtigung der Kassen, Gelder für vorbeugende Krankenfürsorge verwenden zu dürfen.“

Der Antrag wird gegen wenige Stimmen angenommen. Sodann erstattet Graf-Frankfurt den erneuten Bericht der paritätischen Kommission zur Prüfung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der Ortskrankenkassen-Beamten. Die Kommission habe in ihrer gestrigen Sitzung den größten Teil der in der gestrigen Hauptversammlung von einzelnen Rednern gestellten Anträge abgelehnt. Bezüglich der Kündigung hat die Kommission beschlossen, daß die Kündigung gestattet sein soll, wenn ein Beamter wegen großer Pflichtverletzungen innerhalb dreier Jahre (Entwurf: ein Jahr) zweimal verwahrt werden mußte.

Es sollen die Delegierten durch eine Resolution verpflichtet werden, für die Durchführung der zu fassenden Beschlüsse einzutreten. In allen wesentlichen Punkten hält die Kommission an der ursprünglichen Vorlage fest.

In der Debatte protestiert u. a. Schumann-Berlin im Namen der von ihm vertretenen Kassenvorstandschaft dagegen, daß eine zu weit gehende Befolgung und Sicherstellung der Beamten geschaffen werden soll. Es werde nach der Vorlage den Vorständen schwer gemacht, faule und lässige Beamte zu entlassen. (Oho-Rufe.) Ich erkläre, daß wir uns nie und nimmer diesem Beschlusse fügen.

Riem-Dresden bedauert die Ausführungen des Vorredners, der in einer Weise von den Beamten gesprochen habe, die man nicht billigen könne. (Leb. Bravo!) Nach einzelnen räumigen Schafen könne man nicht die gesamte Beamtenchaft beurteilen. (Zustimmung.)

Pöppe-Berlin ist gegen eine lebenslängliche Anstellung der Beamten. Wo diese mit ihrer Vorstandschaft Hand in Hand gehen, so hat letztere ohnehin ein Interesse daran, sich ihre thätigen Beamten zu erhalten. Jede Vorstandschaft wird wohl auch bestrebt sein, ihre Beamten so zu bezahlen, wie es sich gebührt. Die Vorlage der Kommission möge abgelehnt werden, da die Delegierten sich über die vorliegende Frage erst mit ihren Mandatgebern verständigen müßten.

Fischer-Weimar reicht folgende Resolution ein: „Die 11. Jahresversammlung stellt sich grundsätzlich auf den in der Vorlage der Breslauer paritätischen Kommission vertretenen Standpunkt; sie erkennt jedoch an, daß sie keine zwingende Macht habe, die einzelnen Kassen zur Einführung der in Rede stehenden Bestimmungen anzuhalten. Doch richtet die 11. Jahresversammlung an alle Verbandsklassen das dringende Ersuchen, freiwillig die Gehaltsverhältnisse der Kassenbeamten nach den besprochenen Grundfragen zu regeln. Die heute hier versammelten Kassenvorstände erachten es als ihre moralische Pflicht, in dieser Richtung unablässig thätig zu sein.“

Klees-Magdeburg verwahrt sich dagegen, daß die Krankenkassen zu Versorgungsanstalten für die Beamten gemacht werden. Man solle nicht einwenden, daß die Magdeburger Vorgänge nicht maßgebend zur Beurteilung sein könnten. Gerade diese Vorgänge seien ein Beweis, daß die Vorlage der Kommission unannehmbar sei. Bedauerlich sei es, daß man anscheinend alles Vertrauen zur großen Arbeiterbewegung verloren habe, sonst hätte man nicht solche Anträge gestellt. Auch die Resolution Fischer solle man ablehnen und einfach sagen: Die Vorlage ist für uns unannehmbar. Daß die Beamten anständig bezahlt werden, sei selbstverständlich. Ein Schlusstratag wird abgelehnt.

Scholem-Berlin: Die vorgeschlagenen Gehälter seien zu hoch, denn es handle sich doch eigentlich nur um Schreiber. Ich betone, die Gelder der Krankenkassen dürfen nicht als Sturmbod für andre Zwecke verwendet werden. (Unruhe.) Redner spricht sein Bedauern aus, daß sein gestriger Antrag von der Kommission verworfen wurde.

Fischer-Weimar weist die Angriffe auf die Beamten zurück, man dürfe sich nicht beständig auf den Standpunkt des Arbeitgebers stellen. Die Beamten hätten keine Angst vor den Vorständen, sondern seien nur geleitet von dem Bestreben, sich ihre Existenz zu sichern. Die Beamten seien eben nicht nur von dem guten Willen der Vorstände abhängig, sondern auch von der Entwicklung der Verhältnisse. Er empfehle die Annahme seiner Resolution.

Die Versammlung beschließt, daß neue Abänderungsanträge nicht mehr gestellt werden können.

Wulff-Rixdorf: Verschiedene Herren haben sich mit ihrem sozialpolitischen Verständnis gebrüht, aber alle haben sie gesagt: Wer nicht pariert, der fliegt hinaus! Mit solchem sozialpolitischen Verständnis werden wir nicht weit kommen. Wenn diejenigen, die heute in der Minorität bleiben, nicht für die Durchführung unsrer Beschlüsse sorgen wollen, wie es der Stuttgarter Vertreter angeündigt hat, dann haben unsre Beratungen gar keinen Zweck. Die gegen den Vertragsentwurf geltend gemachten Bedenken sind ebenso hinfällig wie die Befürchtungen, die viele Beamte gegenüber den Vorständen zeigen. Aber mit Rücksicht auf die Gefahr, daß die Selbstverwaltung beseitigt wird, müssen die Verhältnisse der Beamten gesichert werden. Redner empfiehlt die Resolution der Kommission; nur dadurch werde bewiesen, daß hier das richtige sozialpolitische Verständnis walte.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

In seinem Schlusswort bemerkt der Referent Graf, es sei ihm unbegreiflich, daß gerade ein Stuttgarter Vertreter gegen den Entwurf gesprochen habe, nachdem doch dort noch bessere Verhältnisse beständen. Bedauerlich sei es, daß einzelne Redner so gesprochen haben, wie es ähnlich der selbige Stimm that. (Zustimmung.) Die Gehälter seien zu hoch gefunden worden; er erwidere, wenn die Verwaltung gut sei, dann sei auch nicht leicht ein dafür gezahlter Lohn zu hoch. (Sehr richtig!) Mit bloßen Sympathieerklärungen sei es nicht mehr abgethan, es müsse jetzt etwas Positives geschaffen werden. Eigentümlich sei es, daß Klees-Magdeburg als Kommissionsmitglied heute gegen die Kommission aufgetreten sei. Wenn er gesagt habe, man solle es doch den Kassen überlassen, welche Löhne sie zahlen wollen, so höre man daselbe auch beständig von den Unternehmern.

Die Versammlung scheidet zur Abstimmung. Es wird vorher angeregt, daß die anwesenden Kassenvorstände freiwillig auf die Beteiligung an der Abstimmung verzichten mögen; doch wird betont, daß eine Verpflichtung dazu nicht vorliege.

Der Entwurf der Kommission wird mit großer Majorität angenommen. (Beifall.)

Ferner wird folgende Resolution (Antrag Riem-Dresden, ergänzt durch die Kommission) gegen eine Stimme angenommen:

„Die Jahresversammlung erkennt die Notwendigkeit und moralische Verpflichtung der Kassen an, die Pensions- und Rentenfürsorge für ihre Beamten einzuführen. Die Jahresversammlung überweist im übrigen den in der Resolution der Breslauer Kommission enthaltenen Vorschlag über die Art der Regelung der Pensionsfrage an die Ortskrankenkassen zur Prüfung.“

Mit allen gegen 5 Stimmen wird folgende von der Kommission vorgelegte Resolution angenommen:

„Nachdem die Jahresversammlung dem von der Kommission vorgelegten Entwurf zugestimmt hat, erklärt sie es für die moralische

Pflicht der Ortskrankenkassen, die Regelung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse nach Maßgabe des beschlossenen Vertragsentwurfes u. a. in die Wege zu leiten. Die anwesenden Delegierten der Ortskrankenkassen verpflichten sich, für Anerkennung und Durchführung dieses Beschlusses innerhalb ihrer Kreise zu wirken.“

Des Weiteren beschließt die Jahresversammlung das Fortbestehen der in Breslau gewählten Kommission zum Zwecke der Vorbereitung von Bestimmungen über die Schaffung eines tariflichen Centralamts bezw. von Bezirks-Schiedsgerichten, die in der 12. Jahresversammlung zur Beratung und Beschlußfassung zu bringen sind.

Die Kommission hat die weitere Aufgabe, bis dahin neben den Delegierten für die Anerkennung und Durchführung der Beschlüsse der Münchener Jahresversammlung zu wirken.

Besprechung von Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten.

In der letzten Jahresversammlung in Breslau hat Prof. Dr. Reicher einen Vortrag gehalten und dabei u. a. folgende These aufgestellt: „Die Einführung einer regelmäßigen, jährlich 1—2mal stattfindenden Untersuchung aller Kassemitglieder ist anzuführen, weil eine solche nicht nur zur Aufdeckung beginnender Herz-, Lungen-, Nierenleiden, Zuckerkrankheiten usw., sondern auch zur Erkennung sehr vieler den Kranken ganz unbekannter oder von ihnen falsch gedeuteter geschlechtlicher Erkrankungen führen wird. Die Kassenärzte können ferner verpflichtet werden, jeden sich ihnen vorstellenden Kranken in geeigneter Form nach vorhandenen oder überstehenden Geschlechtskrankheiten zu fragen und für notwendige Behandlung zu sorgen.“ Die Breslauer Jahresversammlung hat beschlossen, diese bedeutsame These zum Gegenstand eines besonderen Referats zu machen und mit dessen Erstattung Graf-Frankfurt zu beauftragen.

Graf führt aus, die Vorschläge Reichers seien zur Zeit un durchführbar. Die Kassen haben kein Recht, einen Zwang auszuüben; es würde nicht nur eine kolossale Belastung der Kassen, sondern auch durch die bloße Thatsache der Untersuchung eine große Beunruhigung der Mitglieder entstehen. Der Referent schlägt vor, über diese These zur Tagesordnung überzugehen.

Die Versammlung beschließt so.

Weiter geht zur Beratung folgender Antrag der Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte:

a) Krankenversicherungs-Gesetz und Unfallversicherungs-Gesetz.

Die 11. Jahresversammlung des Centralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich beschließt, die Regierung zu ersuchen, dem Reichstage baldigst eine Vorlage zu unterbreiten, welche die betreffenden Bestimmungen der beiden Gesetze derart in Einklang bringt, daß das Krankenversicherungs-Gesetz den Vorschriften des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes klar angepaßt wird, so daß künftighin Zweifel und Nachteile für die Versicherten und eine schwanke Rechtsprechung beseitigt werden.

Eine dementsprechende Petition ist seitens der geschäftsführenden Kasse un verzüglich an die Reichsregierung einzureichen.

b) Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung.

Der Centralverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich hat Kenntnis genommen von den Leitfäden des Vorsitzenden des Landes-Versicherungsanstalt Berlin, Herrn Dr. Freund, bezüglich der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung, wonach die Krankenkassen des Landes-Versicherungsanstalten angegliedert werden sollen.

Der Verband steht in der Verwirklichung eines derartigen Projekts die vollständige Befreiung des Selbstverwaltungsrechts der Versicherten und der Arbeitgeber und protestiert gegen solche Pläne schon heute. Der Centralverband erwartet von Regierung und Reichstag, daß das Kranken-Versicherungsgesetz so ausgebaut wird, wie es den wahren Interessen der Versicherten entspricht. Selbstbehaltung resp. Ausdehnung des Selbstverwaltungsrechts ist hierfür die erste notwendige Voraussetzung.

Soborn die Nachricht zutreffend ist, daß die Regierung mit einer erneuten Durchprüfung des sozialen Versicherungswesens beschäftigt ist, giebt der Verband der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung eine Enquete anordnet, um zur Klärung strittiger Fragen Material von allen Seiten zu gewinnen und daß demgemäß die beteiligten Kreise zur Teilnahme an der Enquete geladen werden.

Der Verband wählt eine Kommission von neun Mitgliedern, drei Arbeitgeber und sechs Versicherten, welche beauftragt wird, eine Gegenvorlage auszuarbeiten und diese der Regierung und dem Reichstage zu unterbreiten.

Der Antrag a wird von Simanowski-Berlin und b von Schdow-Berlin ausführlich begründet.

In der Diskussion, die sich durchaus im zustimmenden Sinne bewegt, schlägt Riem-Dresden vor, mit Rücksicht auf die Kosten nicht eine besondere Kommission, sondern die geschäftsführende Kasse mit der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage zu beauftragen.

Dieser Vorschlag wird mit 124 gegen 75 Stimmen angenommen, im übrigen wird der Antrag a und b einstimmig zum Beschluß erhoben.

Zur Beratung steht weiter ein Antrag auf Abänderung des § 35 des Invalidenversicherungs-Gesetzes (Antragstellerin: Ortskrankenkasse Gotha); es wird beantragt, der Reichszuschuß von 50 M. sei auf 75 M. zu erhöhen.

In der Debatte wird eingewendet, daß eine derartige Erhöhung zu geringfügig sei, man solle wenigstens eine Erhöhung der gesamten Rente um 50 Proz. beantragen.

Fischer-Weimar beantragt, den Antrag der geschäftsführenden Kasse zur weiteren Ausarbeitung zu überlassen.

Der Antrag Fischer wird angenommen.

Anträge zur Abänderung des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes.

Zu § 10 beantragt die Ortsklasse Gotha den Wegfall der Bestimmung, wonach der 1500 M. übersteigende Betrag nur mit einem Drittel zur Anrechnung (bei Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes) in Anrechnung kommt.

Die Ortskrankenkasse B. in Deuthen O.-Schl. stellt einen Antrag auf gleichmäßige Entschädigung der Ortskrankenkassen aus Anlaß des § 151 des Invalidenversicherungs-Gesetzes.

Rixsch-Deuthen begründet den Antrag und fordert, daß allen Kassen 8 Prozent gewährt werden sollen.

Gauschild-Chemnitz wendet dagegen ein, daß die Entscheidung nicht für alle Kassen gleichmäßig sein könne, da eine Klasse in einem Bezirk mit niederen Löhnen mit 100 000 M. genau so viel Arbeit haben könne, wie eine Klasse mit dem Einzug von 300 000 M. in einem Bezirk, wo hohe Löhne gezahlt werden. Den Kassen seien nach Lage der Verhältnisse Entschädigungen zu zahlen, mit denen sie auskommen können.

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Verband der Ortskrankenkassen Thüringen beantragt, der Centralverband wolle beschließen: a) Erhebungen zu veranstalten über den Umfang der durch Bleiweißvergiftung herbeigeführten Erkrankungen; b) die Reichsregierung zu ersuchen, über ein Verbot der Bleiweißfabrikation und die Verwendung von Bleiweiß zu gewerblichen Zwecken dem Reichstag baldigst einen Gesetzesentwurf vorzulegen.

Biffer a dieses Antrages wird angenommen, über Biffer b wird zur Tagesordnung übergegangen, da bereits die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes in die Wege geleitet ist.

Die Ortsklasse Königsb. stellt diesen Antrag: „Die Ortskrankenkassen werden verpflichtet, Material darüber zu sammeln, für wie viel Mitglieder 1. exklusive, 2. inklusive Familienbehandlung in der Praxis sich ein Arzt als ausreichend erwiesen hat, und dieses Material der geschäftsführenden Kasse zwecks Veröffentlichung in den Publikationsorganen des Verbandes zuzusenden.“

Braun-Königsberg: Mit Rücksicht darauf, daß der eigentliche Grund der Mitglieder erlassene, steht aber von den Vergütungen ausgenüht § 56a des Krankenversicherungs-Gesetzes keine Bestimmungen darüber enthalte, welche Anforderungen die Aufsichts-

Behörden an die Klassen stellen dürfen, sind solche Untersuchungen nötig, um entsprechende Verpflichtungen der Behörden bei Anwendung des Gesetzes festzulegen. In Leipzig sei ein Arzt auf 2000 Mitglieder ohne Familienbehandlung nicht ausreichend gewesen an anderen Orten habe man gesehen, daß ein Arzt im Stande war, für 2000 Mitglieder mit Familienbehandlung zu sorgen. Es müsse den Aufsichtsböhrden ein Material vorgelegt werden, das sie in Zukunft nicht einfach ignorieren können.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen, ebenso folgender Antrag der Krankenkasse für die Gewerbebetriebe der Kaufleute usw. zu Berlin:

Die Jahresversammlung wolle beschließen: a) alle deutschen Krankenkassen zum Erlass von Krankheits-Versicherungsvorschriften aufzufordern, b) bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, damit bei einer Umänderung des Krankentassenversicherungsgesetzes den Krankentassen das Recht der Kontrolle derjenigen Betriebe eingeräumt wird, welche nicht der Aufsicht der Gewerbeinspektoren unterstellt sind, um die Durchführung der hygienischen Vorschriften zu ermöglichen.

Endlich stimmt die Versammlung folgendem Antrag der Ortskrankenkasse Görlitz zu: „Die Landesversicherungsanstalten sind verpflichtet, ihre Fürsorge auch auf Jahrtantele auszubehnen und mindestens zwei Drittel der Kosten zu übernehmen.“

Der Vorsitzende giebt bekannt, daß 250 Delegierte anwesend sind, die 167 Klassen mit 2455 778 Mitgliedern vertreten. Niemand in Dresden teilt namens der geschäftsführenden Klasse mit, daß der Verein Arbeiterheim in Karlsbad das Ersuchen an die Krankentassenvertreter richtet, dessen Einrichtung, die Kranken Arbeiter den Genuß der dortigen Bäder ermöglichen soll, zu unterstützen. Der Herausgeber der „Kommunalen Praxis“ hat die Absicht, sich in seiner Zeitschrift mit dem Verhältnis der Gemeindepolitik zum Krankentassenversicherungsgesetz zu befassen und bittet er dabei um die Unterstützung durch die Krankentassen. Redner empfiehlt die Berücksichtigung der beiden Wünsche. Als Ort der nächsten Jahresversammlung wird Göttingen gewählt.

Damit ist die Tagesordnung der Jahresversammlung erledigt.

Berichtigung. Simanowski und Bauer. Berlin nahmen an der Versammlung als Vertreter der Centrale für das deutsche Krankentassenwesen (nicht der Central-Krankentassen) teil.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Eine Volksversammlung, in der der Zeuge im Königsberger Prozeß, Genosse Buchholz, über diesen Prozeß einen Vortrag halten wird, findet am Dienstag nächster Woche, abends 8 1/2 Uhr, im Velters Gesellschaftshaus, Köpenicker Landstr. 20, statt. Es ist wohl anzunehmen, daß diese Versammlung zahlreich besucht wird. Eine Flugblatt-Verbreitung erfolgt Sonntag früh 8 Uhr von Schmidt, Kirchhoffstr. 22 und Staffelt, Baumjulenstraße aus. Zahlreiche Beteiligung ist geboten.

Nixdorf. Die Wählerlisten für die Stadtverordneten-Wahlen liegen nur noch bis zum 30. August und zwar wochentags von 8 bis 8 Uhr und Sonntags von 8—10 Uhr vormittags im Rathaus, Eingang Oststr. 29, 1. Treppe, Zimmer Nr. 11 öffentlich aus. Niemand verläumde, sich zu überzeugen, daß sein Name in der Wählerliste verzeichnet steht. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste müssen spätestens am 30. August schriftlich oder mündlich beim Magistrat erhoben sein. Diejenigen Genossen, welche keine Zeit haben, die Wählerlisten selbst einzusehen, werden ersucht, ihre Adressen in den bekannten Poststellen des Wahlvereins oder bei ihren Bezirksführern bis spätestens Sonnabend, den 27. August, abzugeben.

Die Sammelliste zum Parteitag Nr. 10323 mit dem Stempel des Wahlkreises Teltow-Beesow-Storow-Charlottenburg ist verloren gegangen. Gezeichnet ist nichts auf der Liste. Der Finder wird gebeten, sie bei Stieler, Nixdorf, Prinz Handjerystr. 44/45, abzugeben.

Lokales.

Der Stralauer Fischzug

Ist gestern wieder mit Alimbin begangen worden. Den besten Fischzug machen dabei offenbar die Wirte, die seit Sonntag Vorfeiern veranstaltet haben und bis zum nächsten Sonntag noch Nachfeiern ins Werk setzen. Es wurde gestern wie üblich geflaggt und vom Restaurant Lindenpark aus setzten sich vormittags 9 Uhr zwei reichgeschmückte Dampfer in Bewegung, denen der Zug der Fischerflotte nachfolgte. Auf den Dampfern besaßen sich die Gemeindevorstellung des Ortes Stralau sowie die geladenen Gäste. In vielen Räumen und Prahnen folgten die Fischereiberechtigten des Ortes, um die riesigen Rege auszuwerfen. Seit uralten Zeiten haben schon die Familien Lübbede, Lehmann, Gulsholz, Kracht und andre das Privilegium, die Rege zu liefern. An zwei Stellen, in Stralau und Treprow, werden die Rege herausgezogen und der Fischertrag in die Boote geworfen. Mittags folgte in allen größeren Lokalen des Ortes das traditionelle Fischessen und am Nachmittag der übliche Trubel.

Dem Stralauer Fischzug ist schon seit langer Zeit der Tod prophezeit worden, aber alle Jahre stellt sich von neuem heraus, daß er nicht tot zu kriegen ist. Nach einer Mitteilung ist er 1574 zuerst gefeiert worden, nach einer andere ist er schon 540 Jahre alt. Ja, die bekanntesten Leute wollen sich noch darauf bestimmen, daß der Festtag aus der alten Wendens- und Heidenzeit herstamme. Wie dem auch sei, feststeht, daß den Stralauer Fischern im Jahre 1600 ihr Recht auf große Fischzüge durch kaiserliches Privileg bestätigt wurde. Elf alte Fischerfamilien stützen sich auf dieses Recht.

Das Aussehen eines Berliner Volksfestes scheint der 24. August jedoch erst im 18. Jahrhundert erhalten zu haben. Im Jahre 1780 schrieb Prinz Ferdinand von Preußen, der damals in Friedrichsfelde residierte, an den Berliner Magistrat, daß er mit seiner Gemahlin und Personen vom Hofe am Fischzuge teilnehmen wolle, und diese Meldung löste viele Neugierige hinaus. Der Magistrat sandte zur Aufrechterhaltung der Ordnung Stadtdiener nach Stralau; Schenkwirte und Kuchenfrauen stellten sich ein, und so kam es bald zu dem Jahrmarktstreiben mit Hausweffern, Karussells und Kasperle-Theater.

Allerdings fanden sich auch bald Kritiker des Stralauer Fischzuges ein. Im Jahre 1797 schrieb ein französischer Mercier ein Buch „Neuestes Gemälde von Berlin“, das in deutscher Uebersetzung bei Peter Hamme in Köln erschien. Darin wird das Berliner Volksfest folgendermaßen beschrieben: Unglücklicherweise sind die Volksfeste in Deutschland so selten geworden als Probium und Gemeingeist. In Berlin läßt sich ihre Seltenheit noch eher entschuldigen, weil Klima und Terrain nicht sonderlich dazu einladen. Das arme Vieh kann auf den Sandwüste oft mit aller Anstrengung kaum durchkommen; ein Sirocco lähmt die Glieder bei Tage und des Abends macht ein kalter Nordwind mühsel. Wolken von Sand bedecken die Leuchttürme wie die Flügel großer Gesellschaften, und die Unbeständigkeit der Bitterung verdirbt oder bereitet alle Pläne der Luftpartien. Dieses ist gewöhnlich auch das Los des 24. August, der wegen des sogenannten Stralauer Fischzuges bei den Berlinern so berühmte ist. Das Dorf Stralau liegt eine halbe Meile von der Hauptstadt an der Spree, nach Sonnenanfang; da es aber nur eine einzige Straße enthält, so versammeln sich die Menschen an diesem Tage an beiden Ufern entlang. Alle Schiffe und Gondeln der Stadt werden mit Weib und Kindern, alles bunt durcheinander, beladen, mauerische Gruppen lagern sich in dem schon sterbenden Grün oder suchen das Dunkel der Gebüsche vor dem brennenden Sande; alle Gärten und einzelnen Lusthäuser wimmeln von Menschen. Die Mietpferde haben einen ihrer beschwerlichsten Tage; junge Referendarier und Kaufmannsdiener, welche letztere unter dem Namen der „Ellenreiter“ zum Teil bekannt sind, lassen die Jügel auf Leben und Tod schießen. Die Fische der Spree verbergen sich vor dem betäubenden Geräusch in ihrem tiefsten Abgrund, und wenn

die Wirtleute nicht die Nacht vorher welche aus der Stadt holen (die sie dann für reich gefangen ausstehen), so würde es an diesem Gericht gänzlich mangeln. Da dieses Volksfest gerade vor dem Sonntag Petri Fischzug begangen wird, so ist es wahrscheinlich durch die Kirchengelichte veranlaßt. Es wird auch nach Petri Beispiel eine Zeitlang gefischt und — nicht gefangen. Gleich nach 8 Uhr früh geschieht der erste feierliche Zug von den Fischern des Dorfes für den Magistrat von Berlin; der zweite Zug gilt dem Prediger des Ortes, der dritte und letzte Zug gelangt, wie billig, am Besten, denn er ist für — die Gemeinde des Dorfes. Und nur wird geschmaust, getrunken und getrunken bis zum Aufgang der Sonne, diesseits und jenseits des Ufers in allen Schänken.“

Wie die Zeit, so hat sich seitdem auch der Stralauer Fischzug geändert. Es gehört viel Phantasie dazu, ihn heute noch zu einem Volksfest zu stampeln.

Der Botanische Garten in Berlin

hat seit zehn Jahren die Deffentlichkeit beschäftigt und noch immer ist nicht abzusehen, was aus dem schönen, mit alten kostbaren Bäumen bestandenen, von aller Welt hoch geschätzten Park werden wird. Die Dinge liegen zur Zeit so, daß der Fiskus den größten Teil des an vier Straßen liegenden Gartens der Bebauung erschließen und den übrig bleibenden kleinen Teil gegen einen kolossalen Preis der Stadt Berlin verkaufen möchte und zwar unter Bedingungen, die Befremden erregen müssen. Der Garten dient heute Tausenden zur Erholung. Dies soll aufhören. Es soll ein kleiner offener Platz geschaffen werden und für diese Verschlechterung des jetzigen Zustandes soll die Stadt Berlin ganz unverhältnismäßig große Opfer bringen. Sie lehnt es aber ab, wie aus einem Bericht herabgeht, den der Magistrat vor einiger Zeit auf mehrere Erlasse des Kultusministeriums zc. dem Kultusminister überreicht hat. Dem Bericht entnehmen wir folgendes: „Der Magistrat möchte mit der Stadtverordneten-Versammlung wegen der eben. große Geldmittel erheischenden Angelegenheit in Verbindung treten; es ist auf deren Wunsch eine gemischte Deputation eingesetzt worden. Auf die Gemeinde Schöneberg mußte Rücksicht genommen werden, die besonders in dem Fall interessiert erscheint, daß das Hofeisen-Projekt nicht ausgeführt wird, vielmehr auf der Seite nach Schöneberg umbehalten bleibt. Dazu kommen die zahlreichen Vorschläge, die von der Presse, den Interessenten zc. gemacht wurden. Ferner waren die wiederholten Erörterungen im Landtage zu berücksichtigen. Nachdem der Finanzminister in der Sitzung des Hauses der Abgeordneten erklärt hat: „Der Stadt Berlin ist folgendes Anerbieten gemacht worden: Es sollte ein großer (!) Teil des botanischen Gartens — 20 Morgen groß, etwa viermal so groß wie der Dönhofsplatz — der Stadt Berlin überlassen werden. Es war auf Grund von Sachverständigen-Gutachten der dafür ausgeworfene Preis von zwei Millionen Mark gefordert worden“, glaubt der Magistrat mit einer ausdrücklichen Erklärung nicht mehr zurückhalten zu dürfen, da diese Versicherung einer Ergänzung bedarf, weil sie die in dem Angebot des Staates vom 19. Mai 1898 der Stadt gegenüber erhobenen Anforderungen nicht erschöpfend wieder giebt. Es ist zu bemerken: Zu den hat zu entrichtenden zwei Millionen Mark treten für die in der Mitte des Hofeisen liegenden etwa 48 000 Quadratmeter betragenden, zum Park bestimmten und hinsichtlich der Bebaubarkeit dauernd beschränkten Flächen noch die sehr bedeutenden Kosten der Straßenregulierungen einschließlich der Pflasterung und Entwässerung hinzu, wofür mindestens eine halbe Million Mark aufzuwenden sein würde. Die Stadtgemeinde soll sodann weiterhin auf ihre Erstattungsrecht auch hinsichtlich der den Garten umgebenden vier Straßen Beiträge leisten, was wiederum einen Verlust von über 300 000 M. bedeutet. Zu dem ursprünglichen Vorschlag für die Entwässerung der Potsdamer Vorstadt ist sodann selbstverständlich nicht an die Bebauung des Gartens gedacht worden und es wird deshalb der hierdurch entstehende Zuwachs an Abwässern eine sehr erhebliche Kosten verursachende Erweiterung des betreffenden Radialsystems notwendig machen. Ferner wird die recht wertvolle städtische Baumasse von ca. 279 Quadratmeter an der Palaststraße, ohne deren Erwerb ein Teil der fiskalischen Baustellen unbenutzbar bleiben würden, von der Stadt ohne Entgelt beansprucht. Endlich wird von der Stadt verlangt, daß sie diejenigen Besitzer von Schöneberg, denen zur Vergrößerung des Botanischen Gartens Landflächen im Enteignungsverfahren entzogen worden sind, zum Verzicht auf die Ausübung ihres Vorlaufrechts bestimmt. Was dieses Recht anbelangt, so hält der Magistrat das hinsichtlich der Gutachten, wonach dies Recht deshalb wirkungslos sein soll, weil die enteigneten Flächen Zuehör der bäuerlichen Wirtschaften gewesen wären, für juristisch unhaltbar, tritt vielmehr dem entgegengelegten Gutachten des Prof. Dernburg bei, der die fraglichen Flächen, ehemalige Wiesen der Schöneberger Bauern, als Substanteile der betreffenden Güter und deshalb das Vorlaufrecht als zu Recht bestehend ansieht. Besonders wird vom Magistrat hervorgehoben, daß er die Wöschung des Vorlaufrechts schlechthin, also auch für die Teile übernehmen soll, die im Eigentum des Fiskus verbleibend, von diesem als Baustellen verwendet werden sollen. Anscheinend ist der hier in Frage stehende fiskalische Anteil sogar bedeutend größer als das Landstück, das die Stadtgemeinde erhalten würde. Die Summen, die zur Erlangung dieses Zieles aufgewendet werden müssen, sind kaum zu schätzen. Aus dem Angeführten ergibt sich, daß von der Stadtgemeinde nicht nur zwei Millionen Mark, sondern erheblich höhere, zum Teil kaum erfüllbare und ihrer Höhe nach zur Zeit unschätzbare Leistungen gefordert werden. Der Magistrat hält es nun nicht für billig, daß der Fiskus in dem Augenblick, wo er der städtischen Bevölkerung ein ihr seit Jahrhunderten zur Erholung überlassenes weites Parkterrain lediglich aus finanziellen Rücksichten entzieht, der Stadtgemeinde für die Ueberlassung verhältnismäßig geringen Teils dieses Terrains so erhebliche Opfer auferlegt und muß daher der Magistrat die Vorschläge ablehnen. Dabei war für den Magistrat mitbestimmend, daß in dem projektierten und von Häuserfronten umgebenen Platz kein ausreichender Ersatz für den bisherigen schönen Park zu finden ist.“

Die Gemüseteuerung. Die bereits angekündigten Preissteigerungen für Gemüse nehmen einen Umfang an, der sich für unsere Hausfrauen schon jetzt schwer fühlbar macht und für die ärmere Bevölkerung ganz besonders empfindlich wird. So geben viele Grünwärendler schon jetzt nicht unter zehn Pfennige Suppengrün ab und verabsolgen hierfür eine geringere Quantität als früher für fünf Pfennige. Wirsing-Kohl ist gegenwärtig noch einmal so teuer als sonst zu dieser Jahreszeit, während Blumenkohl nur als eine kostspielige Delikatesse betrachtet werden kann. Die hiesige Ernte ist vollständig verborben, die Köpfe sind gelb und die Strahlen spalten weit auseinander. Es wird infolgedessen nur ausländischer Blumenkohl verkauft. Ähnlich liegen die Verhältnisse mit den übrigen Kohlarten. Die Mohrrüben-Ernte ist so knapp, daß nur der laufende Bedarf gedeckt werden kann, die Anlegung der Winterlager aber vollständig ausgeschlossen ist. Auch die Ernte der Gewürzkräuter fällt außerordentlich ungünstig aus, und selbst die im Hausbedarf so dringend nötige Petersilie ist derartig verentert, daß in manchem kleinen Haushalt darauf verzichtet werden muß. Da auch die Kartoffelpreise ständig steigen, und eine Verbilligung dieses notwendigen Lebensmittels nach dem Stande der Spätkartoffeln nicht zu erwarten ist, wird von Interessenten die Einführung eines Nottarifs im Güterverkehr für Landesprodukte erforderlich gehalten. Im Auslande, wie auch in einzelnen Strichen Deutschlands sind die Ernten in diesem Jahre so außerordentlich günstig, daß durch Herabsetzung der Frachtarife die bevorstehende Notlage einigermaßen gemildert werden könnte. Während Gurken in fast ganz Norddeutschland beinahe überhaupt nicht zu haben sind und im Detailverkauf das Vierfache des sonstigen Wertes kosten, ist die Ernte in Holland und im westlichen Rheinlande besonders günstig ausgefallen. Einmaderurken, die hier pro Schock 2 M. kosten, werden in den oben genannten Gebieten mit 30—75 Pf. pro Hunder verkauft. In den Brudergärten sowie in Frankreich ist die Kartoffelernte so vorzüglich ausgefallen wie seit

Jahrzehnten nicht, und Italien hat eine Unmenge Blumenkohl gewonnen. Durch Einführung eines Notstandsartikels an der Bahn sowie durch Herabsetzung der Zölle könnte demnach der immer weiter um sich greifenden Teuerung einigermaßen entgegengetreten werden.

Der plötzliche Tod des Rechtsanwalts und Notars Dr. G. v. Holzendorff erregt Aufsehen. Herr v. Holzendorff, der in der Charlottenstr. 55 sein Bureau hatte, ging am Dienstagmorgen nach Tegel und kehrte um 6 Uhr im dortigen Restaurant von Corla, zum „Balblater“ ein. Hier bestellte er sich zunächst ein Essen und ersuchte dann die Wirtin, ihm einen Wagen zu besorgen. Als die Frau mit dem Bescheid zurückkehrte, daß ein Fuhrwerk nicht aufzufinden sei, blieb er im Lokal und schrieb verschiedene Briefe, von denen einer an Rechtsanwältin Th. Liebnecht gerichtet war. Gegen 11 Uhr wollte die Wirtin das Lokal schließen und deswegen dem Gast, der nach ihrer Meinung eingeschlafen war, bedeuten, daß er sich auf den Weg machen müsse. Bei dem Versuch, den Herrn zu wecken, stellte sich jedoch heraus, daß Frau Corla eine Leiche vor sich hatte. Man fand bei dem Toten eine Schachtel mit weißem Pulver; den Inhalt mehrerer anderer Päckchen hatte Herr v. Holzendorff zu sich genommen. Ob Selbstmord vorliegt oder ob der Rechtsanwalt ein Opfer der Morphinumacht geworden ist, steht dahin. Wie berichtet wird, besaß sich v. Holzendorff in guten Familienverhältnissen und auch geschäftlich soll keine Ursache zu Mißbilligkeiten vorgelegen haben. Er war seit 13 Jahren verheiratet und lebte in kinderloser Ehe. Allerdings wird gemeldet, daß v. Holzendorff schon seit Jahren leidend war, vertrat, daß er sich einredete, nicht mehr lange leben zu können. Dienstagmorgen hatte er noch mit seiner Frau das Essen eingenommen, war auch im Bureau tätig, und nichts deutete darauf hin, daß er sich mit dem Entschluß trug, aus dem Leben zu scheiden. Als der Anwalt bis zum Abend nicht zurückgekehrt war, suchte ihn sein Bureauvorsteher, der schon acht Jahre im Hause tätig ist, bis nach Mitternacht. Gestern morgen erst gelangte die Nachricht von dem Tode in das Bureau. Man war dort von der That um so mehr erschüttert, als das ganze Wesen des Verschiedenen gar nicht dazu angethan war, um der Vermutung Raum zu geben, daß er einen Selbstmord begehen könne. Vom Gericht ist bereits zur Abwicklung der Geschäfte ein Pfleger bestellt worden. Herr v. Holzendorff stand im 47. Lebensjahre. Er ist ein Sohn des berühmten Münchener Strafrechtslehrers.

Abermals ist eine der bekanntesten zweifelhaftesten Krankentassen verkracht. Der Polizei-Präsident giebt bekannt, daß nach einer Mitteilung des Polizei-Präsidenten von Hannover die eingeschriebene Hilfskasse „Thalia“ Krankentasse für ganz Deutschland zu Hannover, sich durch Beschluß der Generalversammlung vom 24. April 1904 aufgelöst hat. Mit der Abwicklung der Kassengeschäfte ist der bisherige Vorstand betraut worden, dessen Geschäftszimmer sich Hannover, Ziflandstraße 21, befindet.

Schwindel mit Prämienlosen. Das Polizeipräsidium teilt mit: Berlin, den 24. August 1904. In neuerer Zeit entfallen die ausländischen (besonders Amsterdamer und Kopenhagener) Serien- und Prämienlos-Banken wieder in Deutschland eine rege Tätigkeit und machen, trotz wiederholter amtlicher und außeramtlicher Warnungen in der Presse, scheinbar wieder recht gute Geschäfte. Es sei deshalb erneut darauf hingewiesen, daß die Teilnahme an den von jenen Bankinstituten gebildeten Serienlos-Gesellschaften nicht allein äußerst geringe Gewinnchancen bietet, sondern auch die Veranstaltungen selbst die Strafbestimmungen des § 7 des Reichsgesetzes vom 10. Mai 1894 betr. die Abzahlungsgeschäfte verletzen. Es ist außerdem schon vorgekommen, daß solche Bankinstitute die Serienlose, auf welche sie Anteilscheine ausgaben, gar nicht in ihrem Besitze hatten, und sich bereicherten, die Gewinnanteile auszugahen. Aus diesen Gründen kann nicht dringend genug vor der Teilnahme an solchen Serienlos-Gesellschaften gewarnt werden. Für ein gegen den Berliner Vertreter Dornick der Norddeutsche Kommerzbank in Kopenhagen beim Berliner Polizeipräsidium anhängiges Ermittlungsverfahren (wegen Weisung von verbotenen abzahlungsmäßigen Verkäufen von Prämienlosen) ist es ferner von Wichtigkeit, daß diejenigen Personen, welche dem von der Bank gebildeten Prämienlos-Berein beigetreten sind, sich bei der Berliner Kriminalpolizei zu den Akten 6082 IV. 3. 04 als Zeugen melden.

Der korrekte Orthograph. Der kluge Hans wird immer fürchterlicher. Jetzt meldet man von ihm: Ein Offizier, Herr v. Blüthow, trat mit seinen Jägern vor und wollte das Tier seinerseits befragen; er wählte auch sehr mit Recht ein ganz einfaches Beispiel und wollte nur jede Spur einer Hülfe vermieden wissen. „Wieviel ist zwei und zwei?“ Das Pferd scharrte sechs, sieben. . . Man unterbrach es; der Versuch war mißglückt. Und mit ebendenselben Herrn, der dadurch die Rolle des Entlarvers, wenn auch unwillkürlich, gespielt hat, ist den Lehrmeister des klugen Hans etwas sehr Unkluges passiert — damit müßte die ganze Sache von Rechts wegen schon erledigt sein. Es ist folgendes: Man stellt dem Tiere Herrn v. Blüthow durch Namensnennung vor; man spricht dabei selbstverständlich, und wie jedermann ausdrücklich hören konnte, Blüthow. Nach einer halben Stunde, die mit den andern Fragen ausgefüllt war, soll das Pferd beim Anblick des Herrn angeblich den Namen noch wissen und buchstabieren können! Eine Tabelle wird gebracht, auf der jeder Buchstabe in einer numerierten Reihe einen entsprechend numerierten Platz hat. Und nun beginnt das Fragen nach den einzelnen Buchstaben des vor einer halben Stunde ausgesprochenen Namens. P, 1, ü (nicht i) — man nimmt das richtige Klopfen anfangs erstaunt hin. Es kommt zum S, laut, und das Tier giebt richtig das h an. Es kommt zum D, und das Tier hängt richtig auch noch das B an. Es hat die preussischen Adelsnamen orthographisch im Kopfe. . . Mehr kann ein Gaul in der Saurengulenzzeit nicht gut leisten.

Ein Einjährig-Freiwilliger vermißt. Der stud. phil. und Einjährig-Freiwillige im 2. Garde-Regiment, Gustav Wilhelm Weber, geboren am 6. Juli 1882 zu M. Gladbach, hat am 30. April 1904 seine Wohnung verlassen, angeblich, um eine Verjüngungstour in den Spreewald zu machen, und wird seitdem vermißt.

Der Vermißte ist 1,68 Meter groß und von untersehter Gestalt, hat volles Gesicht und breite Stirn, dunkelbraune Haare, die militärisch mittellang geschritten waren, kleinen dunkelbraunen Schnurbart, auffallend starke, dunkelbraune Augenbrauen, grünlich-graue Augen, stumpfe Nase, kleine Zähne, untere Zahnreihe etwas vortretend, kleine Hahnmaße am linken Ellenbogen. Weber war, als er das Haus verließ, mit schwarzem, steifem runden Filzhut, schwarzem Leberzieher mit schwarzen Taschen und großem Monogramm G. W., schwarzem Joppenanzug mit weißen Punkten, schwarzen Schürstücken, schwarzgrünen wollenen Strümpfen, Placco-Unterhosen, wollenem Unterhemd, System Jäger, buntem Faltenhemd und hohem weißen Strickstrumpf bekleidet. Mitteilungen über den Verbleib des Verhollenen nehmen das Polizeipräsidium unter Nr. 3808 IV. 24. 04, sowie der Vater, Karl Otto Weber, München-Glabach, Friedrichstraße 23, entgegen. Der Vater hat auf die Ermittlung seines Sohnes eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt.

Unfall im Straßenbahnbetriebe. Zwischen zwei Straßenbahnen gequieft wurde gestern morgen der auf dem Strassenbahnhof in Reinickendorf angestellte Fahrer Reeg. A. wollte gegen 7 1/2 Uhr einen Anhängewagen an einen Motowagen anknüpfeln und stand zwischen beiden Wagen, während der Schloffer Rege mit der Reinigung des Controllers am Motowagen beschäftigt war. A. beantragte nun den Schloffer, mit dem Kraftwagen an den Anhängewagen heran zu fahren und L. schaltete den Hauptautomat an der (anderen) vorderen Plattform ein, ohne darauf zu achten, daß der Controller auf Kraft stand. Ehe es L. gelang, den Wagen wieder zum Stehen zu bringen, fauste dieser gegen den Anhängewagen und Reeg wurde zwischen die Plattformen gedrückt und schwere innere Verletzungen und mußte, nachdem ihm auf der Infirmerie in der Hochstraße die erste Hülfe zu teil geworden, nach dem Lazarus-Krankenhaus überführt werden.

Nachfragen der Straßenbahn. Die Arbeiter in den zahlreichen Zeitungsdruckerien, die in dem ungeheuren Carré nachts hergestellt

Werden, welches von der Wilhelm-, Bessel-, Linden- und Leipziger-
straße umflossen wird, die Stereotypen, die Drucker und alles,
was dazu gehört, waren, soweit sie im Norden Berlins wohnten,
bisher gezwungen gewesen, den weiten Weg nach Hause zu Fuß
zurückzulegen, da nach 1 Uhr nachts die Straßenbahnverbindung
nach dem hiesmütterlich bedachten Norden eine sehr kümmerliche ist.
Die auf Abhilfe bedachten interessierten Arbeiter traten zusammen,
wählten eine Kommission und diese wandte sich an die Direktion
der Großen Berliner Straßenbahn unter Vorlegung der Ver-
hältnisse. Der Hilferuf ist nicht ungehört verhallt, denn vor einigen
Tagen erhielten die Arbeiter die Benachrichtigung, daß vom 22. d. M.
ein Spät-Einschlagwagen der Linie 55 nach 1 Uhr 45 Minuten nachts
vom Halleschen Thor nach dem Depot in der Schönhauser Allee
(Stargarderstraße) laufen werde, der dort um 2 Uhr 30 Minuten
eintrifft. Die Wagen durchlaufen die Friedrichs-, Charlottenstraße,
Opernplatz, Gadescher Markt, Schönhauser Thor und Schönhauser
Allee, vorläufig auf vier Monate, bei Frequenz jedoch für immer.

Ein alter Kopf! In einigen Berliner Vororten besteht noch von
früherer Zeit her für jeden Erwachsenen männlichen Einwohner die
Verpflichtung, der Feuerwehr des Ortes anzugehören. Allerdings
wurde dieser Zwang, der nicht gerade zur Erhöhung der Leistungs-
fähigkeit der Wehren beiträgt, schon seit Jahren durch Ablösungs-
gebühren gemildert, die in der Höhe von 4—10 M. von solchen Orts-
einwohnern gezahlt wurden, die infolge ihrer Körperkonstitution usw.
sich an der Wehr nicht beteiligen wollten. Die veraltete Einrichtung
hielt denn auch den gegen sie gerichteten Angriffen nicht stand. In-
zwischen wurde für den Vorort Weich, der eine der größten Pflichtfeuer-
wehren besaß, die erwähnte Verpflichtung aufgehoben und eine frei-
willige Feuerwehr begründet. Das Gleiche ist in den letzten Tagen
in mehreren andern Ortschaften der Umgebung geschehen. Diese
Maßnahme wird vielfach als einleitender Schritt zur angekündigten
Reform der Vorortfeuerwehren angesehen.

Mit Blausäure vergiftet hat sich der 26 Jahre alte Kaufmann
Gustav K. aus der Kottbusstraße. Er war der Sohn eines
Barbiers aus Litterfeld, hatte eine gute Schulbildung genossen und
erhielt vor drei Jahren, als er nach Berlin kam, an einer großen
Bank eine Stellung als Beamter. Nach einem halben Jahre erhielt
er jedoch wegen einiger Unregelmäßigkeiten seine Entlassung. Er
reiste nun für eine Butterhandlung in der Kottbusstraße, gab aber
diese Stellung vor 14 Tagen auf, weil er hoffte, die Vertretung einer
Brauerei zu bekommen. Inzwischen hatte er sich mit einer Kellnerin
verlobt, stolt gelebt und liberal Schulden gemacht. Als sich nun die
Brauerei nach dem Lebenswandel des Bewerbers erkundigte, erfuhr
sie von diesen Dingen, und die Folge war, daß die Stelle nicht
bekam. Gestern vergiftete er sich. In Abschiedsbriefen an seinen
Vater und seine Frau teilte er mit, daß die Schulden ihn in den
Tod getrieben hätten.

Straßenbahn-Unfall. Am Mittwochabend um 7 1/2 Uhr wollte in
der Chausseestraße unweit Ecke der Invalidenstrasse ein angetrunkenem
junger Mann einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen
bestiegen, welcher vom Dranienburger Thor nach Regal abfuhr. Der
Mann wurde aber von dem Wagen so wuchtig zurückgeschlagen, daß er
betäubt am Boden liegen blieb, bis ihn die nächsten Passanten
aufhoben. Glücklicherweise war es der letzte Anhängewagen,
den er bestiegen wollte, denn sonst wäre er, nach seinem unglücklichen
Falle zu urteilen, zweifellos unter die Räder des nächsten Wagens
gekommen. Mit einigen Hautabschürfungen im Gesicht und einer
stark blutenden Wunde am Arm ging der Unglückliche davon.

Leichensund. Am 22. d. Mts., vormittags, ist gegenüber Schiff-
bauerdamm 37 aus der Sree die Leiche einer aussehend dem Ar-
beiterstande angehörenden weiblichen Person gelandet; Alter ca. 20
bis 25 Jahre, Größe 1,60 Meter, Haare rötlich blond, Gesichts-
bildung voll und rund, Gestalt schlank. Die Leiche, welche aus-
sichend schon längere Zeit im Wasser gelegen hat, war bekleidet
mit roter, mit schwarzen Streifen versehenen Bluse, welche an den
Ärmeln mit schwarzen Sammetaufschlägen versehen ist, blauem
Kleiderrock mit weißen Ärmeln und schwarzen Strümpfen. Die
Abendstücke können im Leichenschauhause rekonstruiert werden.
Nachrichten werden schriftlich zu 7743 IV. 27. 04 oder mündlich bei
der Kriminalpolizei erstehen.

Gefundene Wertgegenstände. Der Hausdiener Karl Herbst, der in
einem Hotel in der Schadowstraße angestellt war, wurde dabei über-
rascht, als er den Koffer eines Gastes durchsuchte. Da er sich ercappt
sah, so legte er ein goldenes Medaillon, das er ihm entnommen
hatte, noch wieder in den Koffer hinein. Der Vorgang gab aber
der Kriminalpolizei Veranlassung, sich bei ihm einmal etwas näher
umzusehen, und nun fand sie noch ein schwarzes lebernes Cigaretten-
etui, zwei silberne Cigarettenhülsen, das eine gerippt, das andre gerippt
und schwarz gemustert und außerdem am Schloß mit einem blauen
Stein und mehreren kleinen weißen Steinen verziert, und ein braunes
Etui. Diese Sachen, deren Eigentümer unbekannt sind, will er im
Altstädter Hof, wo er früher beschäftigt war, gefunden haben.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in
den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Nach dem Rettelbed-Platz
wurde sie gerufen, weil hier der Postenbelag der Eisenbahnbrücke
von der Stadtbahn jedenfalls durch Funken aus der Lokomotive in
Brand geraten war. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. —
Etwas später gingen in der Potsdamerstraße 122c in einer Packer-
wohnung Möbel, Dedeln und Kleidungsstücke in Flammen auf, die
aber in kurzer Zeit erstickt werden konnten. Mittwoch früh hatte
in der Potsdamerstraße 27 allerlei Gerumpel, alter Hausrat, Ver-
packungsmaterial usw. in einem Keller Feuer gefangen. — Die
übrigen ganz vereinzelt eingelaufenen Alarmierungen waren auf
„blinden Ränne“ zurückzuführen.

Theater. Im Apollo-Theater ist unter der Leitung von
Paul Linde dessen Operette „Venus auf Erden“ gestern zum
300. Male aufgeführt worden. Ein volles Haus und radgroße
Einnahmen in schwerer Menge kennzeichneten diesen Festtag. — Im
Schiller-Theater N. (Chausseestraße) bringt die Korymb-Oper
heute Donnerstag zum letztenmal „Rigoras Hochzeit“. Freitag singt
Leinrich Hölzl als vorletzte Gastrolle in „Martha“ und als letzte
Sonntags-Oper wird „Die Fidin“ gegeben. Bis zum Schluß der
Spielzeit, deren letzte Vorstellung am Mittwoch, werden noch zwei
populäre Vorstellungen bei halben Preisen stattfinden, am
Sonabend „Oberon, König der Elfen“, große Oper in
vier Akten von Carl Maria v. Weber und Dienstag, am vor-
letzten Spielabend „Der Zigeunerbaron“, komische Oper v. Lortzing.
Die Direktion des Lessing-Theaters wird ebenso wie früher
in Deutschen Theater für die am 1. September beginnende neue
Spielzeit ein unpersonliches Abonnement auf 40 Donnerstags-
vorstellungen zu wesentlich ermäßigten Preisen einrichten. Die erste
Abonnementvorstellung findet am Donnerstag, den 8. September,
statt. — Vozena Bradly, die bekannte Soubrette und Vortrags-
künstlerin wird als ständiges Mitglied des Belle-Alliance-
Theaters unter Direktion von u. Schönfeld heute Donnerstag
anlässlich der Wiederaufnahme von „Charles Tante“ zum
erstenmal auftreten. Im dritten Akt in der Gesellschaftsszene wird
die Künstlerin zwei neue Kompositionen von Oscar Strauss zum
Vortrag bringen. Die Besetzung von „Charles Tante“ ist die be-
kante: Guido Thielher spielt die Titelfigur, die andern Hauptrollen
spielen Franz Helmreich, Herbert Radtmüller, August Reiff, Walter
Formes, Hermann Bartels, Helene Brahm, Gertraud Wehling, Eise
Scholz und Gusti Galin.

Aus den Nachbarorten.

Socialpolitik auf dem Submissionswege.

Aus Spandau schreibt man uns: Der vor drei Jahren
so pomphaft angekündigte Bau von Arbeiterwohnhäusern durch die
Herrschaftsverwaltung soll nun jezt — nachdem ein Mangel an kleinen
Wohnungen längst nicht mehr besteht — in Angriff genommen
werden. Zunächst sollen vier Wohnhäuser gebaut werden und es
jezt besteht, wieder in dem berüchtigten Kaserneviertel, der den Ein-

druck, daß es sich bei der Lei Arbeiterwohnhäusern im Grunde doch
nur um eine Art modernisiertes Gefängnis handeln kann, nur noch
vervollständigt. Anfanglich schienen die Herren am grünen Tisch
nicht übel Lust zu haben, von dem für solche Bauten vor-
geschriebenen Schema ein wenig abzugeben und den vier
Wohnhäusern einen etwas moderneren Anstrich zu geben, man
versiegte sich sogar zu dem „Luxus“ von — Balkons für die
— Arbeiterwohnungen, wenigstens sah die Baugeschichte solche vor.
Als jedoch in der hierauf stattgefundenen Submission von den Unter-
nehmern für die Vornahme Preise gefordert wurden, welche
der Herrschaftsverwaltung zu hoch dünkelt, da einsehlich man sich
kurzerhand dazu — die Balkons einfach zu streichen. Damit
erreichte man, daß in der dieser Tage stattgefundenen zweiten
Submission die Mindestforderung um achttausend Mark
niedriger war als zuerst. Der Staat hat hier also auf die
allereinfachste Weise 8000 M. ersparen können, indem er kurz und
bündig dem „Luxus“ an Arbeiterwohnungen den Krieg
erklärte. Er befindet sich hierbei in trauester Seelenharmonie
mit dem hiesigen Tischlermeister Pauli aus Potsdam,
der bekanntlich der Regierung den Vorschlag machte, daß sie in
puncto Socialpolitik geradezu verschwenderisch wirtschaftete, da in der
Lungenheilstätte in Weesig sich sogar veritable Kalbsknochen auf
dem Dünghaufen herumtreiben. — Was braucht der Arbeiter aus
eine Wohnung mit einem Balkon? In den Augen der Paulusse ist
die ganze Socialpolitik nichts weiter wie ein Luxus und eine
schreiende Vergeßlichkeit der armen Besizenden obendrein.

Vom Stadel des Klassenwahlrechts. Von nur vier Wählern
zum Gemeindevertreter gewählt wurde im Vorort Schmargen-
dorf bei einer am 22. d. M. stattgehabten Erstwahl zur ersten
Klasse der Gemeindevertretung der Kammerherren. Es
waren nur vier Wahlberechtigte erschienen, die sämtlich ihre Stimmen
für Herrn A. abgaben.

So kommt unter der Klassenwahl das Vertrauen der Mitbürger
zu stande.

Die neue Schöneberger 26 Millionen-Anleihe soll in Abteilungen
von jedesmal mindestens drei Millionen begeben werden. Jede
Million ist auszugeben in 50 auf den Inhaber lautenden Stücken zu
je 5000 M., in 200 Stücken zu je 2000 M., in 250 Stücken zu je
1000 M., der Rest in 200 Stücken zu je 500 M. oder in 100
Stücken zu je 500 M. und in 250 Stücken zu je 200 M. Von der
Anleihe sollen verwendet werden: 1 779 000 M. zur Tilgung der
anlässlich des Auscheidens aus dem Kreise Teltow gezahlten Ab-
findungssumme von 3 323 400 M. zum Neubau des jüdischen
Krankenhauses, 2 570 000 M. zum Neubau eines zweiten Rathauses,
3 273 000 M. zum Neubau von vier höheren Lehranstalten, 1 231 000
Mark zum Neubau von drei Gemeindefürsorge, 902 000 M. zum Aus-
bau der Sanalisation für die ersten sechs Baujahre, 1 002 500 M.
zur Errichtung eines Stadtparks im sogenannten Fennengelände, 1/2 Mill.
Mark zur Vereinstellung von Betriebsmitteln für einen Grund-
erwerbssfonds, 488 500 M. zur Herstellung neuer und Umbau festz.
Erweiterung aller Wegeunterführungen unter dem Eisenbahnanlagen,
600 000 M. zum Neubau eines Armen- und Siedehauses, 240 000
Mark zum Neubau einer Volkshalle, 180 000 M. zum Neubau
eines Strahlenentwässerungsdepots, 270 000 M. zum Neubau eines
Sanisations-Verwaltungsgebäudes mit Feuerwehrrdepot im
Berliner Ortsteil und 50 000 M. zum Neubau einer kleineren
Feuerwache im Friedenauer Ortsteil.

Ein Kampf gegen die Ratten führt die Gemeinde Grun-
tow a. d. Die Rattenplage ist dafelbst so stark, daß von Gemeinde-
wegen immer neue Rattenvertilgungsmittel geprobt und angeschafft
werden, ohne bis jezt das gewünschte Resultat zu erzielen. Ueber
ein dem gleichen Zwecke dienendes Meerzwiebelpräparat wurde ein
Gutachten von Professor Dr. Liebreich eingeholt, das zu Gunsten
des Mittels ausfiel, auf dessen gute Wirkung nun durch öffentliche
Bekanntmachung hingewiesen werden soll. Die Prämie von 10 Pf.
für jeden Rattenfang hat sich bewährt und soll deshalb auch
fernerhin gezahlt werden. Während der Ferien hat sich auch die
Schuljugend an der Rattenjagd eifrig beteiligt.

Der Fluß See, der aus mehreren großen zusammenhängenden
Seen besteht und in der Havel mündet, gehört zu den größten Seen
Norddeutschlands. Infolge der großen
Trockenheit hat der Wasserstand dieses Sees unterhalb Brandenburg
zu bedeutend abgenommen, daß nicht nur weite Uferstreifen voll-
ständig trocken liegen, sondern auch eine Menge Untiefen, die gänz-
lich unbekannt waren, zu Tage getreten sind. Die Inseln im See
haben jezt eine bedeutend größere Ausdehnung erlangt und die
Grenzen der zusammenhängenden Seen sind zur Zeit deutlicher als
jezt zu beobachten.

Vom Bau des Teltowkanals.

Etwa dreitausend Arbeiter sind gegenwärtig noch bei dem Bau
des Teltowkanals beschäftigt, von denen 1900 allein bei den Erd-
arbeiten thätig sind. Diese große Zahl von Arbeitskräften ist er-
forderlich, insofern der ungeheuren Schwierigkeiten, welche die Ueber-
windung der Bauarbeiten im Bältehal verursacht. Dieses Gebiet
ist vor Jahrtausenden von Jahren zweifellos der Lauf eines Stromes
gewesen, von welchem jezt noch gewaltige Schlickablagerungen bis zu
einer Tiefe von 20 Meter vorhanden sind. Um nun die Aus-
baggerungsarbeiten vornehmen zu können, müssen zu beiden Seiten
der Kanallinie ungeheure Sandmassen aufgeschüttet werden, die ver-
sinking den Schlickboden betartig heben, daß das angrenzende Wie-
senterrain sich um 1—2 Meter selbstständig erhöht. Erst nachdem dies
geschehen, kann die Ausschachtung des Kanalbettes vorgenommen
werden, aber auch hierbei entstehen noch fortgesetzt Schwierigkeiten.
Das angrenzende Schlicklager verschiebt sich, sobald mit der Baggerung
begonnen wird und die Uferbefestigung verschiebt in dem Kanal.
Arbeitsleistungen, die von Hunderten von Mann in einer Zeit von
2 Monaten vollzogen sind, verschwinden in einer Stunde. So schnell
geht die Erdbeschichtung mitunter von statten, daß kaum die
Materialien gerettet werden können. So ist beispielsweise vor
einigen Tagen das Gerüst eines großen Baggerturms, welcher den
mit Wasser vermengten Schluff hebt, und nach den benachbarten
Feldern pumpt, zusammengebrochen. Der Turm mußte an einer
andern Stelle neu aufgestellt werden. Es sind Fälle vorgekommen,
daß infolge der Verschiebungen Dämme verschwand, die vor Jahren
errichtet sind. Trotz all dieser Schwierigkeiten hofft die Kanalbau-
Verwaltung bestimmt, daß der Eröffnungstermin, der für 1906 vor-
gesehen ist, innegehalten werden kann. Interessant ist, daß bei der
Herstellung des Grundes im Bältehal eine Gesamtverschiebung von
9 Millionen Kubikmetern berechnet worden ist. Obwohl nun nach-
träglich entdeckt wurde, daß die Schlicklager bedeutende Ausläufer
besitzen, dürfte die Gesamtverschiebung doch nicht mehr als 12 Mill.
Kubikmeter betragen.

Centralverband der Konditoren. Heute, Donnerstag, den 25. August,
abends 8 1/2 Uhr, in Damms Festsaal, Lindenstr. 106: Essenliche Versam-
lung für die hiesigen Stadtkonditoren. Tagesordnung: 1. Die Tarifge-
meinschaft im Bäckergewerbe und wie können die Konditoren das Gelingen
erreichen. 2. Bericht über den Schluß an den zweiten Zeiter-
tag.

**Öffentliche Versammlung der Barbier-, Friseur- und Perrücken-
macher-Gesellen** Berlin und Umgegend am Donnerstag, den 25. August,
abends 10 Uhr, bei Buggenbögen, Wochplatz. Tagesordnung: 1. Die
wirtschaftliche Lage der Gesellen und die Beschlässe der Arbeiterge-
meinschaft. Referent Karl Müller. 2. Bericht über den Schluß an den zweiten Zeiter-
tag.

Über-Schneeweide. Die Parteigenossen und Radfahrer von Ober-
Schneeweide werden zu der heute abend 8 Uhr in Tabberis Waldhölzchen
stattfindenden öffentlichen Radfahrer-Versammlung eingeladen. Das Ge-
schehen jedes Arbeiter-Radfahrers erwartet. Der Einberufer.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das
47. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir
hervor: Die kriminal-soziologische Studie als Rumpelstilzchen für die Interessen
der herrschenden Klassen. Von W. Sures. I. — Das Jagd in Leipzig
Herzogsland. Von Gustav Raack. — Herbert Spencers Leben und Lehre.
Von W. Beer. (Schluß). — Die Nationalitätenkämpfe und die Reformen in
der Türkei. Von Nikolai Popowitsch. (Schluß). — Noxmal die Arbeiter-

schule von Otto Kühle. — Literarische Rundschau: Stefan Großmann, Die
Gasse. Von Hugo Heller. Ellen Key, Ueber Liebe und Ehe. Von Theresie
Schiffinger. Adhler. — Notizen: Zu einer internationalen sozialistischen
Kongress. Von R. M. Uebernahme des Selbstverkehrs während der
Wartzeit durch die Berufsorganisationen. Von Eduard Graf. Koral-
statistik. Von Dr. J. H. —

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch-
handlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro
Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal
abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.
Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen
(Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben die Nr. 18 des 14. Jahrganges
zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:
Um das Wahlrecht. — Zur Frage der Agitation. Von Marie Radwiz. —
Ruh Strafe sein? Von Julian Borchardt, Adolph Berg i. Pr. III. — Der
achte Verbandstag der Schneider und Schneiderrinnen Deutschlands. Von
H. G. — Frauen in der Armenpflege. Von P. H. — Aus der Bewegung. —
Kantilen: Gethobenes Künstlerleben. Von Lu Warten-Charlottenburg. —
Kontrollen: Weibliche Fabrikinspektoren. — Frauenarbeit auf dem Gebiete
der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Arbeitsbedingungen
der Arbeiterinnen. — Kinderarbeit. — Frauenklimax. — Frauen-
bewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer
10 Pf. durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich
ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 80 Pf.

Von den „Dokumenten des Sozialismus“, herausgegeben von
Ed. Bernstein (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 8. Heft des
IV. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor:
I. Kritische Biographie des Sozialismus. II. Aus der Geschichte des Social-
ismus. Ludwig Feuerbach. Saint Max. Aus einem nachgelassenen Werke
von Max Engels über Max Stirner. (Fortsetzung.) Zu den Kommunisten-
berichten über das Agrarprogramm der holländischen Socialdemokratie.
(Schluß.) III. Urkunden des Sozialismus. Entwurf eines sozialistischen
Kommunalprogramms. IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

Die „Dokumente des Sozialismus“ erscheinen monatlich einmal und
sind durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise
von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 75 Pf.

**Zu Ferdinand Lassalle 40. Todestag bringt der „Wahre
Jacob“** in seiner soeben erschienenen Nummer ein Zeitgedicht sowie die
Wiedergabe des Bildes „Ferdinand Lassalle auf dem Totenbette“. Das
vordere farbige Bild der Nummer zeigt den preussischen Staatsanwalt, auf
der Seite nach der russischen Begeistertheit, während das zweite farbige
Bild „Russische Manifeste“ die Situation verportet, in welche der russische
Großmogul durch den seinen Japaner gebracht ist. Als Satiren auf den
Parisismus, den deutschen Russentum und den russisch-japanischen Krieg
repräsentieren sich noch die Bilder „Der heilige Krieg“, „Aus Königsberg“,
„Rur ein Wort“, „Voller Europas, wir verwahren eure heiligen Güter“,
„Der neue Kurs“, „Wieder eine Niederlage!“, „Die Freiheitskämpfer in Rus-
land“, „Der geistliche Teil der Nummer bringt noch das Gedicht „Maxer
Colbas an sein Parliamt“, sowie die größeren Hefttitel „Gerichtshung
im vorderrussischen Zukunftsstaat“ und „Ein merkwürdiges Interview“.
Nebenbei äußern sich noch Karl Hiller und Claus Swarcum, der
„Flegelmeier“ von St. Pauli, über einige hervorragende Zeitvergnisse. Der
Preis der 12 Seiten Karten Nummer ist 10 Pf.

Vermischtes.

Ein mächtiger Wirbelsturm, der Nordost-Dalota heimsuchte,
richtete am Montagabend in der Stadt Sillow Lake große Ver-
wüstungen an. Zwei Personen wurden getötet, 30 verletzt. Die
Methodisten-Kirche wurde von der Gewalt des Sturmes in ganzen
emporgehoben und mit dem Dach nach unten auf das Dach des
Pfarrhauses geworfen, welches von dem furchtbaren Stoß glatt
durchbrochen wurde. Das Stationsgebäude der Great Northern-
Eisenbahn wurde vom Sturm auf die Gasse geworfen, auf denen
es genau in der Mitte liegen blieb. Alle diese Häuser sind große
Festgebäude.

Schmalhaas ist Rächenmeister in St. Louis geworden. Wie uns
von dort geschrieben wird, weigert sich die Ausstellungs-Gesellschaft
energisch, die Auslagen der vom Auslande einberufenen Preisrichter
zu erstatten. Aus Frankreich allein sind 100 Preisrichter beziehungs-
weise Stellvertreter erschienen. Die ausländischen Kommissare stützten
ihre Forderung betreffs Uebernahme der Kosten auf den Präzedenz-
fall, daß bei der Weltausstellung in Chicago jeden der fremden
Preisrichter 750 Dollar bewilligt wurden. Die St. Louiser
Ausstellungs-Behörden erklären dagegen, auf europäischen
Weltausstellungen seien derartige Auslagen auch nicht erstattet
worden. — Noch deutlicher tritt das Sparsystem in einer Verfügung
der Gesellschaft zu Tage, nach welcher die Gehälter aller
Ausstellungs-Angestellten beschnitten werden sollen. Von den kleineren Gehältern (bis 55. Dollar) werden 5 Proz., von
den höheren bis zu 20 Proz. (!) abgezogen. Der höchste Prozent-
satz betrifft die fetten Direktoren u. Gehälter von 500 Dollar
und mehr pro Monat; es trifft dieser Abzug nicht weniger als
350 Personen!

Ueber ein großes Bergwerk-Angst wird aus Hannover ge-
meldet: Auf dem Kaliberberg eine bei Gronau (Prov. Hannover)
ereignete sich vorgestern abend eine Explosion von Gasen. Von den 21
im Schacht befindlichen Bergleuten wurden vier getötet, 12 schwer
und drei leicht verletzt.

Das sogenannte Trompeterschloß in Säckingen wird, wie man
dem „Burgwart“ schreibt, am 20. August im Wege der Zwangs-
vollstreckung versteigert. Es ist auf 170 000 M. bewertet.

Eisenbahnunfall. Der heute morgen 8 Uhr von München nach
Augsburg hier abgegangene Schnellzug mußte infolge Entgleisens
des Speisewagens auf offener Strecke zwischen hier und der Station
Dinkelscherben halten. Ob Personen verunglückt sind oder sonstiger
Schaden angerichtet wurde, ist noch nicht bekannt, da ein offizielles
Communiqué noch nicht ausgegeben ist.

Ein heftiger Orkan richtete in der Nacht vom 23. d. M. in dem
Gebiete der Gemeinde Glosa Samitica (Italien) sehr schwere Ver-
wüstungen an. Das Wasser riß eine Hälfte der Kohlenarbeiter fort,
wobei drei junge Mädchen ertranken. Man fürchtet, daß noch mehr
Personen zu Schaden gekommen sind.

Für die Abgebrannten in Jüßfeld erläßt ein Hilfskomitee
folgenden Aufruf: „Ein Brandunglück von felderer Ausdehnung hat
am 4. und 5. August die Gemeinde Jüßfeld, Oberamt Besig-
heim, betroffen: 180 Wohnhäuser und viele Nebengebäude sind
dem verheerenden Element zum Opfer gefallen. Die Kirche, das
Rathaus, Pfarrhaus, ein Schulhaus und viele Geschäftshäuser liegen
in Trümmern. 150 Familien sind obdachlos; die reichen Leute und
Pantierbörse sind verbrannt, das Vieh entbehrte der Unter-
künfte. Wohl hat sich die Privatwohlfähigkeit der Nachbargemeinden
alsbald der augenblicklichen Not in dankenswerter Weise
angenommen; aber größere und wirksamere Hilfe ist dringend von nöten,
um den Abgebrannten durchzuhalten, bis sie wieder in den Besitz eines
eigenen Heims gelangt sein werden. Wir glauben daher keine Zeh-
bitte zu thun, wenn wir an die osterprobie Wohlthätigkeit unsrer
Mitbürger in Stadt und Land uns wenden und bemerken, daß rasche
Hilfe besonders Noth thut. Gaben für die Abgebrannten nehmen neben der
Gemeindekasse Jüßfeld, der Oberamtspflege in Besigheim und dem
Kassenamt der Centralleitung des Wohlthätigkeitsvereins in Stutt-
gart in Empfang.“

Jeder Menschenfreund wird den Abgebrannten einen reichen Er-
folg ihrer Bitte gönnen. Aber merkwürdig ist es, daß man nicht
zu öffentlicher Hilfe für die Unglücklichen hört, wo doch den
Ausländern in Karlsruhe und anderswo von Deutschland aus
die Gaben sozusagen schiffelweise aufgedrängt worden sind.

Briefkasten der Redaktion.

D. S. 1 Werk = 1,067 km, 1 russische Meile = 10 Werk = 10,67 km,
1 Duanat. Werk = 11 280,2 M., 1 Desjatine = 109,25 M., 1 Lonne
= 12 Badloway = 10 Bad = 1963,48 kg; 1 Bad also = 16,4 kg, 1 Rubel
= 17,9961 gr fein Silber = 100 Kopelen = 2 M. 16 Pf. 1 geographische
Meile = 7420,38 m, 1 Sermelle (Knoten) = 1854,965 m, 1 Pard = 3 Fng
= 12 Zoll = 0,914 m, 1 Abdlänge = 120 Faden = 2 Fards.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 25. August 1904.
Ein wenig wärmer, zeitweilig trübe ohne erhebliche Niederschläge;
schwache Nordwinde.

